

Christian Kind

Krieg auf dem Balkan

Geschichte
Hintergründe
Motive



Verlag NZZ

Len & Agon

VII. 95

Zürich

Christian Kind
Krieg auf dem Balkan

Krieg auf dem Balkan

Der jugoslawische Friedenstreit
Kirche, Ministerium, Medien

Verlag Dieter Lüthi Zürich

Christian Kind

Krieg auf dem Balkan

Der jugoslawische Bruderstreit: Geschichte, Hintergründe, Motive

Verlag Neue Zürcher Zeitung

Krieg auf dem Balkan

Die historischen Ereignisse
aus politischer Sicht

© 1994, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich
ISBN 3 85823 511 3

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

Gefangene der Geschichte	9
Muster des Zerfalls	13
Suche nach Ursachen	16

Die Südslawen vor der Zeit des Nationalismus

Im Schnittpunkt dreier Kulturen	19
Leben unter den Türken	21
Islamische Stadtkultur, armes Hinterland	23
Gesäter Hass	25
Abglanz mittelalterlicher Grösse	26
Serbische Wanderungen	28
Beengtes Kroatentum	30

Konkurrenz der Nationalideen im 19. Jahrhundert

Die serbische Revolution	33
«Serben alle und überall»	36
Garašanins Plan für die serbische Expansion	38
Das Ziel Gross-Serbiens	40
Erbfeind Österreich	41
Der Mord von Sarajewo	45
Kroatiens Kampf um historische Rechte	46
Widerstand gegen die Magyarisierung	49
Die grosskroatische Antithese	51
Hoffnung auf Serbien	53
Bosniens Muslime im Dienste des osmanischen Reichs	55

Gescheitertes Experiment Jugoslawien	
Serbiens Konzept des Einheitsstaates	58
Kroatische Verweigerung	63
Todesschüsse im Parlament	68
Diktatur und Königsmord	69
Die kroatische Frage als Bleigewicht	71
Verspätete Einigung	73
Titos Föderationskonzept	
Jugoslawien am Nullpunkt	77
Befreiungskrieg unter kommunistischer Führung	83
Vom nationalen Widerstand zur sozialistischen Revolution	88
Auflösung gegen Stalin	91
Grenzen der Liberalisierung	96
Wende nach dem Sturz Ranković	98
Renaissance der Nationalismen	
Serbiens Selbstverständnis als Kernland Jugoslawiens	101
Wiedererwachendes Eigeninteresse Kroatiens	104
Die nationalistische Versuchung	107
Der «kroatische Frühling»	108
Serbisches Missbehagen	110
Scharf kontrolliertes Kroatien	114
Bosnien – die Idee eines Muslimstaates in Europa	
Erschwerte Selbstfindung	116
Auf dem Weg zum Mehrheitsvolk	119
Der Islamistenprozess von Sarajewo	122
Zerfall	
Slowenien schreitet zum Austritt	127
Kroatiens serbische Altlast	134

Krieg	
Kampf um die Trümmer Jugoslawiens	140
Zerreissprobe für Bosnien-Herzegowina	144
Bosniens Weg in den Krieg	148
Vergeltung oder Vermittlung?	153
Teilung als Ausweg	
Suche nach einer pragmatischen Lösung	159
Kroatisch-muslimische Verständigung	162
Europas Friedensaufgabe	168
Zeittafel	175
Literaturverzeichnis	183

Einleitung

Gefangene der Geschichte?

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien verlangt nach Erklärungen. Was ist es, das im heutigen Europa die drei südslawischen Völker der Serben, Kroaten und der bosnischen Muslime zur gegenseitigen Zerfleischung veranlasst, zu einem blutigen Ringen ohne Schonung von Frauen, Kindern und Alten? Ist es richtig, sie Gefangene der Geschichte zu nennen? Gibt es Gründe im historischen Bewusstsein, in der Völkerpsychologie, in wirtschaftlichen oder geographischen Gegebenheiten? Wir tun sicher gut daran, gegenüber dem, was die Streitparteien als Ursachen und Motive ihres Handelns vorbringen, misstrauisch zu sein. Wer vorgibt, aus historischen Gründen etwas tun zu müssen, sucht die Geschichte zu seiner Dienstmagd zu machen. Doch wenn wir uns darum bemühen, die Geschehnisse zu verstehen, kommen wir nicht darum herum, zu den Informationen Zuflucht zu nehmen, die sich aus den menschlichen Erfahrungen gewinnen lassen. Wir haben sie allerdings einer kritischen Wertung zu unterziehen. Dazu gehört, dass wir uns dem Begriff der Nation skeptisch nähern, wenn er dazu dient, gegen die Humanität verstossendes Handeln zu rechtfertigen. Andererseits lässt sich nicht leugnen, dass es ein Bewusstsein kollektiver Identität gibt, das auf geschichtlicher Erfahrung beruht und sich weder mit marxistischen noch postmarxistischen Lehren ökonomischer Determiniertheit allen menschlichen Handelns wegdisputieren lässt.

Der Konflikt in den südslawischen Ländern fällt in eine Zeit, in der in Europa die Nation wieder als Subjekt der Geschichte in

Erscheinung tritt. Die nationalistische Politik Deutschlands in ihrer massenmörderischen Übersteigerung durch den Nationalsozialismus hatte Europa in den Zweiten Weltkrieg gestürzt. Mit der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reichs schien, zumindest für Europa, ein Kapitel abgeschlossen. Nationalismus war zum Tabubegriff geworden, der in einer neuen internationalen Ordnung keinen Platz mehr haben sollte. Diese Ächtung dauerte fort, als nach 1945 die Kriegsallianz gegen die Achsenmächte durch die neue Konstellation der ost-westlichen Spaltung abgelöst wurde und 1949 der Nordatlantikpakt und der Warschaupakt geschlossen wurden. Die Kriegsgefahr sorgte für Disziplin innerhalb der Bündnisse. Ein ungebundenes Verfechten nationaler Interessen schien allenfalls noch in der Dritten Welt möglich. Doch die Zweiteilung der Welt in amerikanische und sowjetische Interessengebiete führte dazu, aus jeder bilateralen Auseinandersetzung zwischen Nationen einen Stellvertreterkrieg zu machen, in dem es im Grunde um die Vorherrschaft von Kommunismus oder Kapitalismus ging. Mit der Bekehrung Deutschlands und Japans zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat schien der Nationalismus als geschichtliche Kraft ausgespielt zu haben. Die deutsch-französische Aussöhnung wurde nach den drei erbitterten Kriegen von 1870/71, 1914/18 und 1939/45 zum zentralen Fundament der Europäischen Gemeinschaft.

Was als Fortschritt der Zivilisation angesehen wurde – der Niedergang des nationalstaatlichen Denkens –, war, wie wir heute erkennen müssen, eine Konsequenz der Zweiteilung der Welt in ideologisch und machtpolitisch bestimmte Lager. Die gegenseitige Bedrohung mit dem nuklearen Untergang sorgte für die Unterordnung nationalistischer Bestrebungen unter die Ultima ratio des atomaren Weltkriegs. In der Windstille des Kalten Krieges fand die europäische Einigung ein günstiges Klima, konnte das Projekt einer auf gemeinsamer Wirtschaftspolitik be-

ruhenden Gemeinschaft gedeihen. Unbehindert von aussenpolitischen Rivalitäten bauten die in ihr zusammengeschlossenen Staaten eine von aussen beneidete Industriezivilisation der reichen Länder Westeuropas auf und überliessen die weltpolitische Verantwortung der amerikanischen Führungsmacht in der Nato. Die militärische Ordnungsrolle, die Frankreich und Grossbritannien in den Überresten ihrer Kolonialreiche übernahmen, wurde als zu Ende gehende Verbindlichkeit aufgefasst, die die Gemeinschaft nicht involvierte. Die Bestimmungen des Vertrags von Maastricht über das Ziel einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik erwiesen sich als eine von der Wirklichkeit schnell widerlegte Absichtserklärung.

Als Michail Gorbatschews Versuch, den Sozialismus zu reformieren, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete, war die Welt auf die Folgen nicht vorbereitet. Jahrzehntelang hatten alle diplomatischen Bemühungen der Entschärfung der Gegensätze zwischen den beiden Weltlagern und der Aufrechterhaltung des nuklearen Gleichgewichts gegolten. Doch nun war im Gebiet östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs eine Welt mittlerer und kleinerer Staaten entstanden, die alle den Anspruch auf Unabhängigkeit und Verfolgung eigener Interessen erhoben, und nach Jahrzehnten erzwungenen Stillhaltens drängten alte Rivalitäten wieder an die Oberfläche. In Gebieten mit stark gemischter Bevölkerung dauerte es nicht lange, bis die von Stalin gezogenen Republikgrenzen in Frage gestellt wurden. Im Kaukasus, in der Moldau, dem ehemaligen Bessarabien, zwischen Armenien und Aserbeidschan, in mehreren der ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien brachen Konflikte zwischen national verschiedenen Bevölkerungsteilen aus, die sich mit den Mitteln der erst vor kurzem eingeführten Demokratie nicht lösen liessen und häufig zu bewaffneten Auseinandersetzungen führten, an denen offen oder heimlich auch Truppen der ehemaligen Sowjetarmee beteiligt waren. Im Bereich der ehemaligen Satellitenstaaten der

Sowjetunion kam es zwar nicht zu Grenzkonflikten, aber doch zu inneren Spannungen wie im Falle der vom slowakischen Unabhängigkeitswillen herausgeforderten Tschechoslowakei.

Das selber als Föderation organisierte Russland hatte den Zerfall der Sowjetunion nach dem vereitelten Augustputsch von 1991 selber herbeigeführt. Der erste demokratisch gewählte Präsident Russlands, Boris Jelzin, setzte auf die Unabhängigkeit, um die Herrschaft der auf der Sowjetebene organisierten Kommunistischen Partei leichter abschütteln zu können. Russland hatte damit selber auf die Vorherrschaft im ehemaligen Sowjetreich verzichtet. Faktisch blieb ihm allerdings eine dominierende Stellung erhalten, durch seine Grösse, durch die Herrschaft über die meisten Rohstoffquellen und durch den gewaltigen Apparat der ehemaligen Sowjetarmee, den nur Russland aufrechtzuerhalten imstande war. Gestützt auf diese Vormachtstellung kann Russland es sich, machtpolitisch gesehen, leisten, zunächst eine Politik der inneren Konsolidierung zu betreiben und sich, abgesehen von gelegentlichen Schreckschüssen, mit den neuen internationalen Grenzen abzufinden. Immer wieder wurde aber bewusst dazu gesehen, dass Russlands Interesse am Schicksal der ausserhalb seiner Grenzen verbliebenen Russen nicht in Vergessenheit gerät. Und scheinbar ohne Steuerung von der Moskauer Zentrale haben wiederholte Interventionen russischer Truppen oder geduldeter Freiwilligenverbände dafür gesorgt, dass die Regierenden im «nahen Ausland», wie die ehemaligen Sowjetrepubliken heute genannt werden, sich trotz der völkerrechtlichen Anerkennung ihrer geringen Macht gegenüber dem grossen Nachbarn bewusst bleiben.

Nur im Falle der baltischen Republiken kann man die erreichte Unabhängigkeit für gesichert halten, mit Aussicht darauf, sich mit der Zeit aus der Abhängigkeit vom ehemaligen Sowjetreich zu befreien. Die russische Bevölkerung in diesen Staaten verlangt zwar Respektierung ihrer Nationalität und Sprache,

scheint aber mehrheitlich nicht daran zu denken, den erreichten höhern Lebensstandard mit irredentistischen Unternehmungen aufs Spiel zu setzen. Die russische Regierung wie auch ihre potentiellen Nachfolger können auf Grund der Vorgeschichte und der wiedergefundenen Anteilnahme des Westens an diesen 1940 gewaltsam einverleibten Staaten nicht damit rechnen, dass das bestehende Machtgefälle die Balten wieder in Russlands Arme treiben könnte. In allen andern ehemaligen Sowjetrepubliken stehen die Chancen für allfällige Revisionsforderungen Moskaus weit günstiger. Präsident Jelzin kann daher, ohne sich dem Vorwurf nationalen Versagens auszusetzen, die weitere Entwicklung in Ruhe abwarten. Die Vereinigten Staaten sind ihm dabei behilflich, indem sie Geldmittel zur Verfügung stellen, um die ausserhalb Russlands, in der Ukraine und in Kasachstan, verbliebenen Atomwaffen einzusammeln. Diese wären in einem eventuellen Machtkampf kaum direkt verwendbar, wären aber in jedem Konflikt ein unberechenbarer Faktor. Wie sich ein allfälliger Nachfolger nationalistischer Ausrichtung im Kreml in der Zukunft verhalten würde, muss Gegenstand lebhafter Besorgnisse sein. Vorwände zum Eingreifen zugunsten bedrohter Russen im «nahen Ausland» wären sicher jederzeit zu finden.

Muster des Zerfalls

Der Zerfall Jugoslawiens war schon vor dem Ende der Sowjetunion durch den Verzicht Gorbatschews auf militärische Unterstützung der schwankenden kommunistischen Regime des östlichen Mitteleuropa ausgelöst worden, der auch den Staat Titos seines äusseren Halts beraubte. Das Muster war jedoch ein anderes. Das Auseinanderbrechen des jugoslawischen Bundesstaats, der einst nach dem selben Rezept wie jener Stalins geschaffen worden war, ist nicht von der grössten Teilrepublik herbeigeführt, sondern von den zwei abtrünnig gewordenen Bundes-

gliedern Slowenien und Kroatien gegen Serbien und die seit langem geschwächte Bundeszentralgewalt erzwungen worden. Im Gegensatz zu Russland konnte sich Serbien auf keine natürliche Vormachtstellung verlassen. Die Abspaltung Sloweniens und Kroatiens drohte Tatsachen zu schaffen, die der serbischen Doktrin zuwiderliefen, dass nur im Rahmen eines jugoslawischen Gesamtstaats oder aber eines grösseren Serbien die Existenz der ausserhalb Serbiens lebenden Serben gesichert sei. Die Doktrin stützt sich auf die geschichtliche Erfahrung der Serbenverfolgungen im Unabhängigen Staat Kroatien während des Zweiten Weltkriegs, hat aber auch Wurzeln in einer serbischen Grossmachtideologie aus dem 19. Jahrhundert. Substanz erhielt sie durch die Bereitschaft eines grossen Teils der Bevölkerung in den Serbengebieten Kroatiens, den Kampf gegen die neue Regierung aufzunehmen. Entscheidend war jedoch die Rolle der Jugoslawischen Volksarmee, die zunächst Titos historischen Auftrag zur Bewahrung des Bundesstaats auszuführen suchte, nach dem Debakel in Slowenien und der Selbstblockierung des jugoslawischen Staatspräsidiums aber zu einer grossserbischen Zielsetzung überging und in aller Offenheit die serbischen Aufständischen unterstützte.

Dem Streit um die Trümmer des jugoslawischen Staats, der nach 1918 von den Siegern des Ersten Weltkriegs geschaffen worden war, liegt der nationale Gegensatz zwischen den Serben und den Kroaten zugrunde, eine Feindschaft unter nahen Verwandten, die von unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen, kulturellen Einflüssen und religiösen Bekenntnissen geprägt sind. Im bosnischen Krieg sind als dritte Streitpartei die Muslime dazugekommen, die nach Abstammung und Sprache dem selben Volk angehören, aber durch ihre lange Zugehörigkeit zum Osmanenreich und zum Islam eine eigene nationale Identität erhalten haben. Der Grundkonflikt liegt aber primär zwischen den Serben und den Kroaten, und eines seiner Objekte war in der

Vergangenheit immer wieder die Zugehörigkeit Bosniens und seiner islamischen Bevölkerung zu der einen oder andern Nation. Beide, Serben und Kroaten, gehören unzweifelhaft zu Europa, zwischen ihnen verläuft die Grenze zwischen östlicher Orthodoxie und westlichem Katholizismus. Die Serben sehen sich mehr in der liberalen und zentralistischen Tradition Frankreichs, die Kroaten suchen ihre Inspiration mehr in der Richtung ihrer ehemaligen Reichszugehörigkeit, das heisst bei Österreich und Deutschland. Die orthodoxe Kirche der Serben identifiziert sich stark mit dem serbischen Staat, und auch die katholische Kirche hat zuweilen die nationalen Anliegen Kroatiens zu ihren eigenen gemacht, durch sie fühlen sich die Kroaten mit dem christlichen Abendland und seiner Kultur verbunden. Auf Grund historischer Erfahrungen aus der Zeit des Niedergangs der Imperien neigen beide dazu, Entscheidungen vom Ausland zu erwarten. Die Serben richten ihre Hoffnungen traditionell auf Frankreich, England und insbesondere Russland, die Kroaten eher auf Deutschland, Österreich und Ungarn, am meisten geht es ihnen aber um die Gunst der Vereinigten Staaten. Kein Wunder daher, dass Perspektiven einer möglichen Beendigung des Kriegs in Bosnien erst sichtbar geworden sind, seit Amerka ein direktes, wenn auch auf Diplomatie beschränktes Interesse zu zeigen begonnen hat.

Die Nationsbildung begann unter den Südslawen mit historischer Verspätung gegenüber den westlichen Vorbildern, nicht auf der Grundlage der Machtpolitik starker Monarchien, sondern als ein abgeleiteter Prozess in einem von aussen, durch die drei Imperien des russischen Zars, des österreichischen Kaisers und des türkischen Sultans dominierten Raum. Die Serben gingen voran, mit einer eigenständigen Revolution, aus der um 1830 zunächst ein halbsouveränes Staatswesen, 1878 ein unabhängiges Königreich hervorging. Mit dem Blick auf die treibende Kraft bei der Einigung Italiens erklärte sich Serbien zum «Pie-

mont» der Südslawen. Doch im Gegensatz zum italienischen Beispiel, wo die geographische Einheit der stiefelförmigen Halbinsel nach Ausfüllung durch eine einheitliche Nation rief, waren die Grenzen auf dem Balkan nicht vorgegeben, der Plan einer einheitlichen südslawischen Nation wegen der kulturellen und religiösen Verschiedenheiten umstritten und Serbien vor allem nicht stark genug, die Einheit militärisch zu erzwingen.

Das kroatische Nationalbewusstsein bildete sich als Antwort auf das serbische aus. Es klammerte sich, so lange das Habsburger Reich existierte, an die Tradition einer seit dem frühen Mittelalter unter ungarischer Vorherrschaft erhalten gebliebenen eigenen Monarchie. Grundlage des Selbstgefühls waren die Kriegstüchtigkeit des kroatischen Adels in habsburgischen Diensten und die Behauptung der eigenen Rechte und der eigenen Sprache gegenüber den Zumutungen der auch für Zagreb zuständigen Regierung in Budapest. Es gab, ausser einem völlig untauglichen Versuch, nie eine kroatische Revolution, und demokratisches Bewusstsein entwickelte sich erst nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918, jetzt aber in der Auseinandersetzung mit der serbischen Vorherrschaft in dem durch die Alliierten geschaffenen Staat. Umso virulenter trat es hier in Erscheinung, vor allem aber in der Form der Verweigerung und der Denunziation der serbischen Machtelite. Der in die Enge gedrängte kroatische Nationalismus schürte selber und provozierte Hassgefühle auf beiden Seiten. Erst 70 Jahre nach der Gründung Jugoslawiens erhoben die bosnischen Muslime, den Zusammenbruch von Titos Föderation nutzend, den Anspruch auf einen eigenen Staat.

Suche nach Ursachen

Ist vor dem Hintergrund des aktuellen Konflikts, in dem die serbische Seite zur Gewalt gegriffen und sich schwerer Übergriffe

gegen die Zivilbevölkerung schuldig gemacht 'hat, der Versuch zulässig, eine nüchterne Darstellung der Vorgeschichte zu geben und Verurteilungen aus heutiger Sicht nach Möglichkeit zu unterlassen? Für die Kroaten und Bosnier, die sich mit den gleichen Mitteln zur Wehr gesetzt haben, aber dennoch auf der strikten Unterscheidung von Tätern und Opfern beharren, ist die Antwort eindeutig. Nach ihrer Interpretation der Geschichte erklärt sich das heutige Ringen ausschliesslich aus einer chauvinistischen Grundanlage der Serben, die sie mit drastischen Zitaten serbischer Autoren über den Umgang mit feindlichen Bevölkerungen belegen. Die Einordnung des serbischen Verhaltens in ein Muster von Wechselwirkungen wäre von daher grundsätzlich abzulehnen. Man fühlt sich an den deutschen Historikerstreit erinnert, in dem es im wesentlichen um die Frage ging, ob es heute schon erlaubt sei, die Erscheinung Hitlers und des Nationalsozialismus als eine von vielen andern beeinflusste und bedingte Welle in den Fluten der Menschheitsgeschichte zu betrachten, oder ob die Enormität der an den Juden und andern Völkern begangenen Verbrechen jede Relativierung noch auf lange Zeit ausschliesse. Die zweite Ansicht hat, sicher zu Recht, vorerst die Oberhand behalten. Aus moralischen Gründen, aus Rücksicht auf die Opfer, müsste dies noch lange so bleiben. Dies bedeutet aber auch, dass man trotz aller Empörung der Versuchung widerstehen sollte, die von serbischen Freischärlern begangenen Kriegsverbrechen mit Hitlers bewusst geplanter und im voraus verkündeter Politik der Ausrottung eines ganzen Volkes gleichzusetzen. Dies wäre eine unzulässige Relativierung des Holocaust.

Das vorliegende Buch versucht, so weit dies möglich ist, die Wurzeln des Konflikts unter den eng verwandten, heute aber bitter verfeindeten südslawischen Völkern *sine ira et studio* herauszuarbeiten. Das Hauptinteresse kann dabei nicht den ins Mittelalter zurückgreifenden geschichtlichen Vorherrschaftsan-

sprüchen gelten. Sie sind im serbisch-orthodoxen Kollektivbewusstsein nach wie vor ein gewichtiger Faktor. Die Kroaten und später auch die bosnischen Muslime haben den serbischen Mythen im 19. und 20. Jahrhundert ihre eigenen Versionen entgegengesetzt. Die Auseinandersetzung der verschiedenen Nationalismen im Vorfeld der Gründung des ersten jugoslawischen Staates soll den Ausgangspunkt bilden. Wie die prekäre Konstruktion des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen zustandekam und wie sie am mangelnden Verständigungswillen aller Beteiligten scheiterte, wird dann darzustellen sein. Die Ereignisse während des Zweiten Weltkriegs unter der deutschen Besetzung erregen ein halbes Jahrhundert später noch immer die Gemüter und sind unter dem kommunistischen Zwangsregime Titos weder vergessen noch irgendwie verarbeitet worden. Titos bundesstaatliche Lösung und ihr unter seinen Augen erfolgender Zerfall in weitgehend selbständige Einheiten schufen die Voraussetzungen für erneute nationale Konflikte. Zu deren Bewältigung fehlten nach dem Verschwinden des kommunistischen Machtmonopols die Methoden und Mittel einer demokratischen Auseinandersetzung. In dieser Situation trat die erst spät zum eigenen Bewusstsein gelangte bosnisch-muslimische Nation als neuer Machtfaktor auf den Plan. Der traditionelle serbisch-kroatische Grundkonflikt weitete sich zum dreiseitigen Kampf um die Zukunft von Bosnien-Herzegowina aus.

Die Südslawen vor der Zeit des Nationalismus

Im Schnittpunkt dreier Kulturen

Serben, Kroaten und bosnische Muslime sind die Nachkommen des südslawischen Volkes, das im frühen Mittelalter aus dem Osten auf die Balkanhalbinsel vordrang. Ihr Siedlungsgebiet erstreckte sich von den südöstlichen Ausläufern der Alpen der Adria entlang hinunter bis zum heutigen Albanien und von der dalmatinischen Küste über das bosnische Bergland und die dahinter liegende Tiefebene der Save bis zur Donau. Weiter südlich gehörten dazu das serbische Hügelland entlang des Morava-Flusses, die Berge Montenegros, die Ebene von Kosovo, die sich nach Süden öffnenden Täler des slawischen Mazedonien und das heutige Bulgarien bis zum Schwarzen Meer. Neben den Slowenen, den Bulgaren und den einen bulgarischen Dialekt sprechenden Mazedoniern leben die übrigen Südslawen in einem einheitlichen Sprachgebiet, in dem, in verschiedenen Dialektvarianten, die gleiche Sprache, das Serbokroatische oder Kroatoserbische, gesprochen wird.

Der Doppelname weist auf das Konkurrenzverhältnis zweier Nationen hin, die nicht mehr zusammenleben, sich aber auch wegen ihrer nahen Verwandtschaft schwer auseinanderreissen können. So sehr man heute in Belgrad auf dem Namen Serbisch und in Zagreb auf Kroatisch besteht, so wenig lässt sich die verwandtschaftliche Nähe leugnen. Der Hauptunterschied liegt darin, dass die Serben wie die Russen und Bulgaren das kyrillische Alphabet verwenden, während die Kroaten lateinisch schreiben und wo nötig Aussprachebezeichnungen beifügen. Generell steht

dort, wo im Serbischen ein betontes -e- erscheint, im Kroatischen -ije-. Im übrigen gibt es eine Differenzierung des Wortschatzes zumal von kroatischer Seite her, wo das Bedürfnis nach eigenen Ausdrücken stärker war. Das Kroatische versucht Lehnwörter zu vermeiden und verwendet beispielsweise anstelle der in der ganzen Welt gebräuchlichen, aus dem Lateinischen stammenden Monatsnamen eigene slawische Ausdrücke wie Lindenmonat für den Juni und Blätterfall für den Oktober. Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass es Jugoslawisch als Sprache nicht gibt. Der Begriff Jugoslawien und jugoslawisch, von jug = Süden, steht für ein im 19. Jahrhundert konzipiertes politisches und heute wohl überholtes Programm der Vereinigung aller Südslawen mit Einschluss der Slowenen und ursprünglich auch der Bulgaren. Dass man sich nie auf einen entsprechenden Namen für die gemeinsame Sprache zu einigen vermochte, lässt erkennen, auf wie schwachen Füßen der «Jugoslawismus» immer gestanden hat.

Obwohl sie die gleiche Sprache sprechen, gehören Serben, Kroaten und Muslime drei verschiedenen Religionen und Kulturreihen an. Die Serben fühlen sich zusammen mit den Griechen, Bulgaren, Rumänen und Russen der orthodox-christlichen Welt verbunden, die Kroaten sehen sich als Teil des abendländisch-katholischen Christentums, die bosnischen Muslime leben unter dem Einfluss des Islams. Der Streit zwischen Katholizismus und Orthodoxie, zwischen West- und Ostrom, geht auf die Spaltung des Römischen Reichs unter den Nachfolgern Kaiser Konstantins (306–337) zurück. Nach dem Zerfall des westlichen Reiches blieb das Papsttum als spirituelle Autorität zurück, während das rund tausend Jahre länger dauernde Kaisertum im Osten die Vorherrschaft über die Kirche bewahrte. Zwischen lateinischem und griechischem Christentum erstreckte sich im frühen Mittelalter eine quer über die Balkanhalbinsel verlaufende Grenzlinie. Diese blieb auch bestehen, als die Herrschaft der griechischen

Kaiser zurückgedrängt wurde und Serben und Bulgaren unabhängige Königreiche errichteten, die in Glaubensfragen Selbständigkeit anstrebten. Nach der türkischen Eroberung lebte die Orthodoxie auf dem Balkan als geduldete Untertanenreligion fort, während das katholische Christentum sich durch Kaiser und Papst auf höchster Ebene vertreten fühlte und darin seine Überlegenheit bestätigt sah.

Vor dem Auftreten des modernen Nationalstaatsdenkens war die Religion das entscheidende Merkmal kollektiver Unterscheidung. Bis zu einem gewissen Grad ist sie es bis heute geblieben. Sie bestimmt die nationale Zugehörigkeit bei Serben und Kroaten. Dass ein Serbe katholisch oder ein Kroat orthodox sein könnte, wird als innerer Widerspruch empfunden. Religiöser Eifer hat immer wieder die nationalen Gegensätze verschärft. Tatsache ist, dass Serben, Kroaten und Muslime, die Protagonisten des gegenwärtigen Dramas im ehemaligen Jugoslawien, eine lange, wechselvolle Geschichte von gegenseitigem Unverständnis und vielfach Hass, von verpassten Einigungschancen und skrupellosem Machtgebrauch hinter sich haben. Wer einen Sinn für historische Entwicklungslinien hat, kann zweifellos in der Vorgeschichte des Jugoslawienkonflikts Gründe und Ursachen für die heutigen, hartnäckig verwickelten Auseinandersetzungen erkennen.

Leben unter den Türken

Zur Zeit der Herrschaft des Osmanischen Reiches lebten orthodoxe Christen in Serbien und Orthodoxe wie Katholiken in Bosnien unter der Führung ihrer geistlichen Hirten in einem vom Islam dominierten Staat. Der Islam war zwar die Staatsreligion und Eroberungen wurden in seinem Namen unternommen, im Staatsaufbau überwog jedoch das imperiale Interesse an der Erhaltung und Mehrung militärischer Macht jede konfessionelle Motivierung. Solange die unterworfenen Völker die ihnen auf-

erlegten Abgaben entrichteten, wurden sie in Ruhe gelassen und konnten unter dem sogenannten Millet-System ihre innern Angelegenheiten selbständig ordnen. Priester und Bischöfe durften in Serbien ungehindert die Erinnerung an das unter dem Ansturm der Türken untergegangene mittelalterliche Königreich pflegen. Eine von einheimischen Hirten getragene mündliche Sängertradition knüpfte an die glanzvolle Vorgeschichte der türkischen Eroberung an. Doch auf dem Boden einer gemeinsamen ethnischen Herkunft und einer trotz Zersplitterung in viele Dialekte im wesentlichen gemeinsame Sprache wurde die Zugehörigkeit des einzelnen konfessionell und nicht national definiert.

Es ist kein Zufall, dass das Drama der jugoslawischen Spaltung sich in Bosnien und Herzegowina am stärksten manifestiert. Bosnien war vor der Türkenzzeit ein selbständiges Königreich im Einflussbereich Ungarns gewesen. Kirchlich wurde es von den auf die Römerzeit zurückgehenden Bischofssitzen an der Adria aus verwaltet. Doch statt dass sich eine eigene kirchliche Hierarchie bilden konnte, galt Bosnien als Missionsgebiet, das durch franziskanische Mönche betreut wurde, deren Klöster als kirchliche Vorposten dienten. In diesem wenig gesicherten Bereich ihres Einflusses hatte die römische Kirche in den Jahrzehnten vor dem türkischen Einmarsch die häretische Sekte der Patarener oder Bogumilen bekämpft. Diese Glaubensbewegung, die in ähnlicher Form zuvor auch in Bulgarien aufgetreten war, nannte sich selber die Bosnische Kirche und vereinigte christliche und orientalische Elemente in einer dualistischen Lehre von Licht und Finsternis, Gott und Teufel, die um den Menschen ringen. Anstoss erregten vor allem ihre Ablehnung der Autorität Roms und seiner Bischöfe, ihre Leugnung der göttlichen Natur Jesu, ihre vegetarischen Enthaltsamkeitsgebote, die Verwerfung der Ehe, ihr Verständnis der Taufe als Reinigungsritual und ihre Weigerung, das Kruzifix zu verehren.

Die historische Bedeutung des Bogumilentums ist umstritten. Man weiss von ihnen vor allem aus den Berichten der mit ihrer Bekämpfung betrauten Abgesandten Roms, während eigene Zeugnisse und einheimische Quellen fast völlig fehlen. Eine verbreitete Lehrmeinung, die allerdings von der neueren Forschung in Frage gestellt wird, schreibt ihrer Existenz und ihrem Selbstbehauptungswillen die Ursache dafür zu, dass es in Bosnien und der Herzegowina weit mehr als in andern südslawischen Gebieten zu einer zahlenmäßig bedeutenden Islamisierung gekommen ist, nicht nur unter dem grundbesitzenden Adel, der mit dem Übertritt seine Privilegien wahrte, sondern auch unter der einfachen Landbevölkerung. Die Bogumilen oder Patarener hätten demnach die Bekehrung zum Islam der Rückkehr in die von den Türken geduldete katholische Religionsgemeinschaft vorgezogen. Fest steht nur, dass die Sekte in der Türkenzzeit rasch verschwand. Aus türkischer Sicht mochte es schon aus strategischen Gründen angezeigt scheinen, ihre Herrschaft über Bosnien durch zwangsweise verordnete oder als Gunst gewährte Islamisierung – damit war die Befreiung von der christlichen Bevölkerung auferlegten Abgaben verbunden – zu festigen. Bosnien war bis zu seiner Okkupation durch Österreich ein Eckpfeiler der türkischen Herrschaft über den westlichen Teil der Balkanhalbinsel.

Islamische Stadtkultur, armes Hinterland

Aus türkischen Steuerverzeichnissen entnehmen die Historiker, dass die Muslime in Bosnien-Herzegowina unter der Herrschaft des Sultans immer eine Minderheit waren. Ausser einer Oberschicht von adligen Grundbesitzern, den Agas und Begs, von Beamten, Richtern und Kaufleuten war nur ein Teil der bäuerlichen Bevölkerung zum Islam übergetreten. Unter der türkischen Herrschaft setzte ein starker Wirtschaftsaufschwung ein. Es entstand eine türkisch geprägte Stadtkultur mit Moscheen, Basaren,

Karawansereien und prächtigen Residenzen der islamischen Oberschicht. In den bosnischen Bergen schürften aus dem Ausland herbeigeholte Fachleute, vor allem Deutsche, nach Silber und Eisenerz. Wichtige Handelswege verbanden die dalmatinischen Städte mit den bosnischen Zentren und dem Innern der Balkanhalbinsel. Während die Orthodoxen vor der türkischen Eroberung kaum vertreten waren, setzte mit der wirtschaftlichen Blüte eine starke Zuwanderung aus den Berggebieten der südlichen Balkanhalbinsel ein. Man nannte diese Einwanderer Wlachen. Sie entsprangen einer nomadisierenden Bevölkerung und waren vor allem als Maultiertreiber auf den Handelswegen von der Adria ins Innere tätig gewesen. Sie erschlossen neue Siedlungsgebiete abseits der Städte. Von unterschiedlicher ethnischer Herkunft, wurden sie der Konfession nach dem orthodoxen Bevölkerungsteil zugezählt, der sich in der Zeit der nationalen Emanzipation mehr und mehr als serbisch betrachtete.

Das Leben der nicht islamischen Völker unter der Herrschaft des Sultans war ursprünglich nach strengen Gesetzen und Vorschriften geregelt. Diese gingen von dem Grundsatz aus, dass die Feinde des wahren Glaubens eigentlich ausgerottet oder versklavt werden müssten, dass ihnen aber im Falle ihrer Unterwerfung Gnade erwiesen und der Status von Schutzbefohlenen gewährt werden könne. Der Raja, wie man die nichtislamische Bevölkerung kollektiv nannte, war es nicht gestattet, Waffen zu tragen. Ihre Angehörigen mussten sich bescheiden kleiden und wenn sie einem Muslim begegneten, vom Pferd steigen und beiseite treten. Der Bau von Kirchen und Klöstern war verboten; Renovationen wurden nur mit besonderer, oft teuer zu bezahlender Erlaubnis gestattet und durften nur in Holz ausgeführt werden. Die Klöster wurden verpflichtet, jederzeit Reisenden Unterkunft zu gewähren, und mussten ihre Tore so erweitern, dass man zu Pferd hineinreiten konnte. Um die islamischen Gläubigen nicht zu behelligen, durfte es kein Glockengeläute

und keinen Kirchengesang geben. Während Fragen des Glaubens und des Eherechts innerhalb der Religionsgemeinschaft erledigt und entschieden werden konnten, unterstanden die Orthodoxen, Katholiken und Juden der islamischen Gerichtsbarkeit, durften aber nicht als Zeugen auftreten, sondern mussten sich Muslime als Fürsprecher und Bürgen verpflichten.

Zum Schicksal der Unterworfenen gehörte die Institution der Knabenlese. Abgesandte des Sultans suchten in den christlichen Provinzen nach besonders begabten und gutaussehenden Jünglingen im Alter zwischen 9 und 16 Jahren, die zwangsweise nach Istanbul gebracht, beschnitten und zum Islam bekehrt, im Sultanspalast als Pagen dienten. Später konnten sie Beamte werden und bis in die höchsten militärischen und zivilen Ränge aufsteigen. Ivo Andrić schildert in seinem Roman «Die Brücke über die Drina» den Auszug einer Karawane aus dem bosnischen Višegrad mit den in grossen Körben auf den Pferden festgebundenen Jugendlichen, gefolgt von untröstlichen Müttern. Allerdings kann man sich denken, dass eine solche Aufstiegsmöglichkeit in manchen Fällen auch den Wünschen der Eltern entsprach. Die Knabenlese sorgte für regelmässige Blutauffrischung in der trägen Maschinerie der osmanischen Bürokratie. Oft kam sie aber auch den Völkern, denen die Entführten entstammten, zugute, wenn ein hoch aufgestiegener Abkömmling sich seiner ehemaligen Zugehörigkeit erinnerte.

Gesäter Hass

In der Spätphase der türkischen Herrschaft, im 18. und 19. Jahrhundert verloren die Regeln für das Leben der Raja ihre ursprüngliche Strenge. Bestechliche Beamte und Richter liessen – gegen Bezahlung – Ausnahmen zu und erfanden anderseits immer neue Gründe, um legale oder illegale Geldforderungen zu erheben. Die Institution des Blutgelds, einer Art Kollektivstrafe,

die von der Gemeinschaft eines Ermordeten ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld zu zahlen war, wurde zum Erpressungsmittel gegen die christlichen Klöster. Für einen heimlich auf ihr Gebiet geschafften Leichnam, wurde ein hohes Blutgeld verlangt, dem zu entgehen wiederum nur durch Bestechung von Richtern oder Beamten möglich war. Willkürakte und Korruption waren immer wieder Ursache von grösseren und kleineren Rebellionen, die aber in der Regel keinen Befreiungskampf anstrebten, sondern die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung zum Ziel hatten.

Vermeintliche oder tatsächliche Begünstigung der Christen führte oft zu hasserfüllten Reaktionen unter den Muslimen, die sich um so eifervoller zusammenrotteten, wenn sie Glaubensvorschriften verletzt sahen. Mord und Totschlag bei solchen Gelegenheiten gruben sich tief in das kollektive Gedächtnis der Nationalitäten ein. Die Zeit des Niedergangs der türkischen Macht war aber auch eine Zeit unablässiger Rivalitäten zwischen den Religionsgemeinschaften der Orthodoxen und Katholiken. Dabei spielten die korrupten türkischen Behörden oft eine verhängnisvolle Rolle, indem sie die beiden Seiten gegeneinander aufbrachten und sich von den einen wie von den andern für Begünstigungen bezahlen liessen. Pauschale Beschuldigungen gingen zwischen «Papisten» und «Schismatikern» hin und her und erfuhren auf der Volksebene eine entsprechende Vergrößerung, die permanenten Hass säte. In dieser gegenseitigen Verstrickung begannen die verfeindeten christlichen Gemeinschaften Bosniens sich nach Rückhalt umzusehen, die Katholiken bei Ungarn und dem Vatikan, die Orthodoxen bei Serbien und in der Ferne beim russischen Zaren.

Abglanz mittelalterlicher Grösse

Anders als für die Bosnier, deren mittelalterliches Königreich fast spurlos verschwand, war bei den Serben die Erinnerung an

den alten Glanz ihres Reiches ein mächtiger Antrieb des Selbstbehauptungswillens auch unter türkischer Herrschaft. Im 13. und 14. Jahrhundert hatte die aus einer Adelsfamilie hervorgegangene Dynastie der Nemanjiden über ein ausgedehntes Reich mit dem Zentrum im Gebiet der heutigen Provinz Kosovo geherrscht. Seine grösste Ausdehnung erreichte es unter Stefan Dušan (1331–1355), der sich Kaiser der Serben, Griechen, Bulgaren und Albanier nennen liess und in einer Zeit der Wirren die Nachfolge des alten byzantinischen Reiches anstrebte. Den Nemanjiden gelang es, für die serbische orthodoxe Kirche einen selbständigen Status zu erlangen und in Peć, im heutigen Kosovo, ein eigenes Patriarchat zu begründen. Zahlreiche freskengeschmückte Klöster und Kirchen zeugen noch heute von dem kulturellen Reichtum jener Epoche. Selbst im Untergang hinterliess das alte Serbenreich seine eindrücklichen Spuren.

Die serbische Überlieferung betonte stets das tragische Ende einer glorreichen Epoche. Die Nachkommen des Stefan Dušan vermochten das Erbe nicht zu bewahren. Im Streit der Fürsten unter einander suchten einige Unterstützung bei den Türken, was diesen ermöglichte, bald alle zu unterwerfen. Am Sankt Veitstag (28. Juni) des Jahres 1389 führte Fürst Lazar noch einmal ein grosses Heer gegen die Türken. In der berühmten Schlacht auf dem Amsfeld (serbisch Kosovo Polje) gelang es zunächst einem serbischen Ritter, den Sultan in seinem Zelt zu ermorden. Er hatte vorgegeben, sich dem türkischen Herrscher persönlich unterwerfen zu wollen. Die wenig ruhmreiche Tat brachte den Serben kein Glück, was deren Nachkommen aber nicht hinderte, sie zu einem zentralen Teil des Mythos vom serbischen Heldenmut auf dem Amsfeld zu machen. Der junge Sultanssohn Bayezid übernahm sofort den Oberbefehl, und nach langem Ringen besiegte er das serbische Heer, nahm Fürst Lazar gefangen und liess ihn sogleich hinrichten.

Das dramatische Geschehen auf dem Amsfeld hinterliess

eine breite Spur im Bewusstsein der unterworfenen Serben. Während andere Nationen historischer Siege gedenken, blieb ihnen als Anknüpfungspunkt der Erinnerung eine grosse Niederlage. Trauer über vergeblichen Heldenmut und Stolz auf eine vergangene Grösse erwies sich als eine bewegende Mischung. Ihrer führenden Schichten beraubt, führten die Serben die Existenz eines Bauernvolkes ohne schriftliche Überlieferung. Nur die Kirche einerseits und das Volkslied andererseits trugen die Kunde von der alten Grösse des Serbentums durch die Jahrhunderte.

Serbische Wanderungen

In der historischen Erfahrung der Serben spielen Erinnerungen an Flucht und Wanderung eine nachhaltige Rolle. Unter dem Druck der türkischen Herrschaftsmethoden und der aus den Bergen nachdrängenden albanischen Nomaden setzte nach der Unterwerfung eine Wanderungsbewegung ein, in deren jahrhundertelangem Verlauf sich der Schwerpunkt der serbischen Besiedlung in das Gebiet des heutigen Innerserbien um Belgrad herum verlagerte. In mehreren Wellen, unter der Leitung ihrer kirchlichen Führer, zogen Auswanderer gegen Norden und fanden in der fruchtbaren Landschaft der Šumadija neue Heimstätten. Mit der zunehmenden Entfernung von der einstigen Heimat erhielt die Sage vom Amsfeld eine zusätzliche Verklärung.

Die Woge der türkischen Eroberungen war inzwischen schon weit nach Norden vorgedrungen. 1463 war Bosnien unterworfen, 1529 bei Mohacs das ungarische Königreich geschlagen. Zweimal, 1529 und 1683 setzten die Türken zum Sturm auf Wien an, ohne jedoch zum Ziel zu gelangen. Nach dem zweiten Versuch wendeten sich die historischen Gezeiten. Schon wenige Jahre später war Ungarn befreit und das Türkreich bis an die Save bei Belgrad zurückgedrängt. In den wieder ungarisch ge-

wordenen Gebieten hatten die Kriege ausgedehnte Verwüstungen hinterlassen. Zur Neubesiedlung trugen zahlreiche Serben bei, die nach dem Frieden von Karlowitz (1699) ihre Nordwanderung auf habsburgisches Gebiet in Südungarn, der heutigen Vojvodina, sowie im kroatischen Syrmien und Slawonien ausdehnten. Bei wiederholten Vorstossen der kaiserlichen Truppen in das Gebiet des türkischen Paschas von Belgrad schlossen sich aufständische Serben den Österreichern an, die sich jedoch wieder im Stich gelassen fühlten, wenn aus Wien wegen anderweitiger Konflikte die Order zum Abbruch des Feldzugs erging. Jeder dieser Rückzüge löste eine neue Welle von Flüchtlingen aus, die sich der grausamen Rache des Sultans durch Flucht über die Save zu entziehen suchten.

Unter der habsburgischen Herrschaft liess es sich besser leben als im rückständigen Reich der Türkei unter einer korrupten und alle Initiativen erstickenden Verwaltung. Die Serben in Südungarn entfalteten eine rege wirtschaftliche Tätigkeit. Es bildeten sich Ansätze zu einem aktiven und gebildeten Mittelstand, wie es ihn im türkischen Serbien nicht gab und nicht geben durfte. Im fremden Gebiet entstanden auch die ersten Ansätze eines nationalen Denkens, entwickelten sich Ideen über eine künftige Neuordnung nach dem Ende der Türkeneherrschaft. Elementare Ansätze zur Herausbildung einer eigenen Schriftsprache gingen in ständiger Auseinandersetzung mit den zum ungarischen Teil des Habsburger Reichs gehörenden Kroaten aus dieser Exilsituation hervor.

Den auf österreichisches Gebiet übergetretenen Serben eröffnete sich eine Möglichkeit privilegierter Niederlassung an der sogenannten Militärgrenze. Gegen die ständige Verpflichtung zum Militärdienst wurden entlang der Grenze des unter türkischer Herrschaft verbliebenen Bosnien serbische Flüchtlinge in grosser Zahl angesiedelt, die direkt dem Kaiser in Wien unterstellt und von allen Verpflichtungen gegenüber dem kroati-

schen Adel befreit waren. Sie brachten ihre eigenen orthodoxen Priester mit sich und konnten sich unter der österreichischen Militärauthorität selber verwalten. Diese militärische Sonderzone – Krajina genannt – erstreckte sich vom adriatischen Hinterland um die Nordwestspitze Bosniens herum durch Kroatien und Slawonien bis zu den Karpathen.

Die vom Kaiser verliehenen Privilegien haben bis in die Neuzeit hinein das politische Bewusstsein der Serben und ihr Verhalten gegenüber den kroatischen Autoritäten geprägt. Man sollte mit historischen Analogien vorsichtig sein, aber es drängt sich hier eine Erinnerung daran auf, wie die kaiserlichen Freiheitsbriefe, die fünfhundert Jahre früher den Eidgenossen als Lohn für den militärischen Schutz der Alpenpässe gewährt wurden, deren Verhalten gegenüber dem österreichischen Adel auch später geprägt haben. Die Siedlungstätigkeit der Serben im öden Karstgebiet hinter der Adriaküste war auch eine ökonomische Pionierleistung. Doch auch heute noch ist es eine wirtschaftlich zurückgebliebene Gegend, die vor allem wegen der durch sie führenden Durchgangsrouten von Innerkroatien nach den Häfen von Split und Zadar wichtig ist.

Beengtes Kroatentum

Das zu Ungarn gehörende Kroatien, in dem die Militärgrenze errichtet wurde, konnte ebenso wie Serbien auf eine mittelalterliche Geschichte als eigenes Königreich zurückblicken. Es umfasste zeitweise außer dem eigentlichen Kroatien, Dalmatien und Slawonien auch Bosnien und die Herzegowina, wurde aber nie ein homogenes Gebiet. Der kulturelle Gegensatz zwischen den auf die spätromische Zeit zurückgehenden Städten der Adriaküste, deren Muster sich die eigenen kroatischen Gründungen anpassten, und dem lange in einer Art Stammesorganisation verharrenden Hinterland wurde nie überwunden. Dies bedeu-

tete auch eine Grenze für den Einfluss des Papsttums. Dieses suchte den lateinischen Ritus gegen den sogenannten glagolitischen durchzusetzen, der auf einer alten slawischen Kirchensprache beruhte. Das kroatische Königtum wollte sich die lateinischen zivilisierenden Einflüsse zunutze machen, wurde jedoch von den Führern des Adels im Innern immer wieder zu Kompromissen gezwungen. Als eine Form dieses Widerstandes kann man vermutlich auch das Ketzertum der Patarener im bosnischen Bereich auffassen. Die Besetzung der Adriaküste durch die Venezianer, die bosnischen Unabhängigkeitsregungen und die Niederlassung der Ungarn im Theissbecken begrenzten den machtpolitischen Spielraum der im 9. bis 11. Jahrhundert regierenden kroatischen Königsdynastie. Nach deren Aussterben wurde Kroatien zu einem Besitztum der ungarischen Krone und blieb in deren Abhängigkeit bis 1918.

Als Bestandteil Ungarns machte Kroatien bis 1800 die gleiche, durch eine starke Stellung des Adels gekennzeichnete Entwicklung durch. Der Hochadel, die Magnaten, konnte sich grosse Teile der königlichen Besitzungen aneignen, indem sie verschwenderischen Monarchen Geld zur Verfügung stellten und die Pfänder einzogen, wenn die Rückzahlung ausblieb. Der niedere Adel seinerseits liess sich in der Goldenen Bulle von 1222 Steuerfreiheit und freie Verfügung über ihre Lehen, Freiheit von Verhaftung und Konfiskation zusichern sowie das Recht sich jährlich zu versammeln und Klagen vorzubringen. Im Dienste des Kaisers waren Kroaten in hervorragendem Mass an allen Kriegen des Habsburgischen Reiches beteiligt. Von der türkischen Eroberung wurde Kroatien ebenso wie Ungarn betroffen. Nur das Gebiet um Zagreb und der nördliche Landesteil blieben verschont. Die türkischen Eroberungen, die zweimal bis vor die Tore Wiens reichten, hinterliessen weithin verwüstete und verlassene Landschaften. Unter Kaiserin Maria Theresia wurden neue Dörfer errichtet und mit Bauern aus allen Teilen der

Donaumonarchie wieder besiedelt, in der Grenzzone unter jener besonderen militärischen Organisation, deren Privilegien zu einem guten Teil von Serben in Anspruch genommen wurden. Kroatiens Charakter eines agrarisch geprägten Landes mit wenigen grösseren städtischen Zentren blieb vorherrschend.

Konkurrenz der Nationalideen im 19. Jahrhundert

Die serbische Revolution

Die Idee der Nation und der nationalen Befreiung, die sich, ausgehend von der französischen Revolution, über Europa verbreitete, erwies sich auch unter den Bewohnern der Balkanhalbinsel von hoher Anziehungskraft. Die im Kampf gegen Napoleon geformten Anschauungen über den Nationalstaat, zu dessen Schaffung sich Völker gleicher Sprache und Kultur zusammenschließen und sich dabei aus der Bindung übernationaler Reiche befreien müssen, begleiteten auch die Entstehung des unabhängigen Staates Serbien. Die serbische Revolution von 1804 war aber zunächst keine von Dichtern und Denkern getragene Bewegung. Sie entstand vielmehr aus dem Aufbegehren eines drangsalierten Bauernvolkes und aus Selbsthilfe gegen illegale Bedrückung und überhandnehmende Unordnung in den Balkanprovinzen des Osmanischen Reichs. Aus anfänglichen Erfolgen ergab sich die Notwendigkeit einer Organisation, zuerst im militärischen, später auch im staatlicher Bereich.

Die grosse Masse der Serben lebte als Bauern in weit verstreuten, in riesigen Eichenwäldern versteckten Dörfern. Die Besiedlung der Hügellandschaft des heutigen Innerserbien, der sogenannten Šumadija, war noch im Gange, gespeist von den einander folgenden Wanderungsbewegungen aus den altserbischen Gebieten von Kosovo, Metohija und Raszien nach Norden. In den Städten waren die Garnisonen des türkischen Heeres untergebracht. Ihre zivile Bevölkerung bestand außer den Türken und islamisierten Serben aus Händlern und Handwerkern

nichtserbischer Herkunft, Griechen, Deutschen, Rumänen und Juden. Von der Landbevölkerung wurden die Steuern und Abgaben eingetrieben, die den türkischen Machtapparat speisten. Oft kam es vor, dass die Dorfbewohner vor der Gewalt der Steuereintreiber und Schergen des türkischen Paschas von Belgrad in die Wälder flohen und sich dort zu Banden sogenannter Heiducken zusammenschlossen, die von der Räuberei lebten und als eine Art Guerilla die Türken in Atem hielten. Diese übten schreckliche Rache, wenn es ihnen gelang, ein Gebiet wieder unter ihre Herrschaft zu zwingen. Es war üblich, die Anführer unter grausamen Foltern öffentlich hinrichten – Ivo Andrić hat in seinem Roman «Die Brücke über die Drina» eine Pfählung drastisch beschrieben –, die übrigen Gefangenen reihenweise abzuschlachten und Frauen und Kinder nur dann zu verschonen, wenn es darum ging, sie als Sklaven nach Kleinasien oder in andere Teile des Osmanischen Reichs zu verschleppen. Als ein unterworfenes Volk besasssen die Serben keinen Adel und keine gebildete Elite. Es war denn auch kein von einer Führung geplanter Griff nach der Unabhängigkeit, als die Serben 1804 den Aufstand wagten, sondern eine Auflehnung gegen die Willkür türkischer Militärführer, die gegen den Willen des Sultans und seines Statthalters die Bevölkerung bedrängten und erpressten.

Unter den Hauptleuten der Serben aus Dorfältesten und ehemaligen Freikorpsmitgliedern tat sich bei der spontanen Erhebung der Schweinehändler Djordje Petrović, genannt der schwarze Georg, hervor, ein zum Jähzorn neigender Mann von imponierendem Äussern. Ihm wurde durch einen Wahlakt die Führung anvertraut, nachdem er zuvor gewarnt hatte, er sei entschlossen, seine Befehlsgewalt rücksichtslos zu gebrauchen. Seine brutale Entschlossenheit machte, als es zu Auseinandersetzungen kam, vor niemandem halt, auch nicht vor der Person seines Vaters, an dessen Ermordung er sich selber beteiligte. Dennoch blieben Rivalitäten nicht aus, gab es doch keine staat-

liche Organisation, sondern nur sporadische Kontakte meist separat operierender Mannschaften aus verschiedenen Gegen- den. Später wurde ein Rat der Anführer geschaffen, doch von einer einheitlichen Strategie konnte kaum die Rede sein, und nach anfänglichen Erfolgen stellten sich Rückschläge ein. Die Serben suchten Unterstützung bei Russland, das sich zur gleichen Zeit anschickte, auf die Balkanhalbinsel vorzudringen. Gleichzeitig suchten sie den Sultan in Istanbul davon zu überzeugen, dass sie seine Oberhoheit nicht antasten, sondern bloss ihr Recht erkämpfen wollten. Doch die beiden Ziele erwiesen sich als unvereinbar: Die russische Unterstützung für die aufständischen Serben, denen sogleich die Rolle eines Flankenschutzes für die eigenen Operationen zugewiesen wurde, brachte Serbien in einen unwiderruflichen Gegensatz zum Sultan. Dessen Zorn wurde noch verstärkt durch serbische Massaker unter der türkischen Bevölkerung der eroberten Städte und den Bruch feierlicher Versprechen für freien Abzug aus Belgrad.

Der serbische Aufstand spielte sich nicht nur in einem russisch-türkischen Kraftfeld ab. Österreich und Frankreich verfolgten eifersüchtig das Geschehen, um einseitige Gewinne der Russen auf Kosten des «kranken Mannes am Bosporus» zu verhindern. Karadjordje verhandelte zeitweise mit Österreich über eine mögliche Annexion Serbiens durch das Habsburger Reich, suchte damit aber vor allem seinen Nachschub über die Save hinweg zu sichern. Frankreich stellte Geld und Fürsprache in Istanbul für eine friedliche Einigung über ein selbständiges Serbien unter türkischer Oberhoheit in Aussicht. In Abhängigkeit vom Geschehen auf andern Kriegsschauplätzen trat einmal diese, einmal jene Macht als Beschützerin der Serben auf. Als Napoleons Feldzug gegen Russland und später der Befreiungskrieg in Europa die Macht des Zaren voll in Anspruch nahmen, vermochten die Türken Serbien noch einmal niederzuwerfen und ihre Herrschaft unter grässlichen Vergeltungsakten wiederherzu-

stellen. Karadjordje floh nach Österreich und wurde dort interniert. Aber schon 1815 brach ein neuer Aufstand aus, in dem Miloš Obrenović, die Führung übernahm. Auch diese Erhebung war schnell beendet, doch die früheren Zustände liessen sich nicht mehr herstellen. Es gelang Miloš, durch eine wendige Taktik, durch Ausnützung der Schwächen des osmanischen Feudalsystems und durch systematische Bestechung die türkischen Machthaber zufriedenzustellen und sich den erblichen Titel eines Fürsten von Serbien zu sichern. Ein Versuch des aus Österreich zurückgekehrten Karadjordje, ihm das Amt streitig zu machen, endete mit dessen Ermordung. Damit begann eine lange Geschichte gegenseitiger Intrigen und Gewalttätigkeiten zwischen den Häusern der Obrenović und der Karadjordjević. Während der Befreiungskampf Griechenlands von 1821 an den Sultan in Anspruch nahm, war ihm an Ruhe in andern Teilen des Reichs gelegen. Unter russischem Druck stimmte Istanbul schliesslich im Jahre 1830 der Errichtung eines autonomen Fürstentums unter türkischer Oberhoheit zu. Die Serben hatten Tribut zu leisten und türkisches Militär in einigen strategischen Festungen zu dulden. Doch anderseits fielen jetzt die islamischen Vorschriften über das Leben der christlichen Untertanen dahin. Erstmals konnten wieder Kirchenglocken geläutet werden.

«Serben alle und überall»

Das Fürstentum Serbien konnte seine staatlichen Einrichtungen selbständig gestalten – so lange es die nominelle Macht des Sultans anerkannte. Das Land hatte einen weiten Weg zurückzulegen – von den primitiven Anfängen eines patriarchalisch regierten Bauernvolkes bis zur Organisation eines modernen Staates. Als ein Motor des Fortschritts kam Serbien der höhere Bildungsstand der unter habsburgischer Herrschaft niedergelassenen Serben und deren Bereitschaft zu gute, im Mutterland

Ämter zu übernehmen. An der Save bei Belgrad lag die Grenze zwischen Europa und dem Orient. Im südlichen Ungarn, das die Serben Vojvodina nannten, lebte man in annähernd mitteleuropäischen Verhältnissen, während in Serbien noch lange orientalische Lebensformen, türkische Kleidung und der Fes als alltägliche Kopfbedeckung vorherrschten. Die Serben «von drüben» schauten oft herablassend auf ihre bäuerischen Verwandten hinunter. Dafür wurden sie als «Deutsche» abgestempelt. Novi Sad oder Neusatz, die Hauptstadt der Vojvodina, war bis weit in die Neuzeit grösser und reicher als Belgrad.

Der auf dem Gebiet des heutigen Serbien – ohne Kosovo und Vojvodina – entstandene Staat bezog seine Identität einerseits aus der Erinnerung an das untergegangene mittelalterliche Königreich der Nemanjiden, andererseits aus der Zugehörigkeit zur orthodoxen Kirche. Serbe sein hieß orthodoxen Glaubens sein und umgekehrt. Zur Aufwertung der serbischen Nationalidee trug vor allem der Sprachforscher und Volksliedsammler Vuk Karadžić bei, der in Übereinstimmung mit dem Geist der deutschen Romantik und in engem Kontakt mit deutschen Gelehrten wie Jacob Grimm und Leopold von Ranke die Welt der mittelalterlichen Helden wieder erstehen liess. In mündlicher Überlieferung hatten fahrende Sänger die Kunde von der unglücklichen Schlacht auf dem Amselfeld und von den legendären Taten des Königssohns Marko von Generation zu Generation weitergegeben. Die Welt der «Pesme», der Volksgesänge, war keine Schule moralisch einwandfreien Heroismus. List und Verrat und exemplarische Grausamkeiten werden darin in einer bilderreichen Sprache geschildert. Jetzt wurde der Schatz gesichtet und wissenschaftlich erschlossen. Karadžić stellte auch das erste serbische Wörterbuch zusammen und setzte sich zugunsten einer für Serben und Kroaten einheitlichen Schriftsprache ein. Karadžić war der Meinung, dass Serben und Kroaten der Sprache nach eigentlich ein Volk seien, und hielt es für richtig, dieses

serbisch zu nennen («Serben alle und überall»). Mangels einer genügenden sprachlichen Unterscheidung müsse man sich damit begnügen, die Religion darüber bestimmen zu lassen, wer Serbe und wer Kroate sei. Zusammen mit dem in Kroatien tätigen Sprachreformer Ljudevit Gaj legte Karadžić die Grundlage für ein in Wien geschlossenes Sprachenabkommen, das eine gemeinsame serbokroatische oder kroatoserbische Sprache auf der Grundlage des am weitesten verbreiteten Dialekts etablierte.

Garašanins Plan für die serbische Expansion

Der serbische Staat, in dem das neue Nationalbewusstsein entstand, umfasste nur einen Teil des serbischen Volkes. In Mazedonien und Kosovo noch unter den Türken, im unabhängigen Montenegro, im türkischen Bosnien, im zu Ungarn gehörenden Kroatien und in Südtirol selber war mehr als die Hälfte aller Serben ausserhalb des werdenden Nationalstaats geblieben. Mit dem Vorbild Frankreichs vor Augen beschäftigte der Gedanke an einen Zusammenschluss, an eine Befreiung der von Serben bewohnten Gebiete, ständig die serbische Politik. In der Mitte des Jahrhunderts verfasste der serbische Innenminister Ilja Garašanin eine Denkschrift mit dem Titel «Načertanje» oder «Umriss». Garašanin war stark beeinflusst durch polnische Emigranten, die sich nach dem gescheiterten Aufstand von 1830 in Paris niedergelassen hatten und mit heimlicher französischer Unterstützung gegen Russland und Österreich agitierten. In realistischer Einschätzung der Situation Serbiens im Einflussbereich der auf dem Balkan miteinander rivalisierenden Grossmächte war Garašanin sich bewusst, dass ein Sieg der einen wie der andern Macht für Serbien nachteilig sein würde. Russland war zwar die natürliche Schutzmacht der orthodoxen Slawen, respektierte jedoch in seinem Bereich – siehe Polen – keine Unabhängigkeit. Österreich-Ungarn wiederum drohte zu mächtig zu werden, um

nicht zu versuchen, Serbien von sich abhängig zu machen. Der serbische Staatsmann setzte daher auf eine eigenständige Politik des kleinen Serbien, für die er allenfalls Unterstützung weiter entfernter Mächte wie Frankreich und England in Anspruch nehmen wollte.

In Übereinstimmung mit den Ratschlägen des polnischen Exilaussenministers Czartoryski befürwortete Garašanin ein loyales Verhalten gegenüber der Türkei, unter deren Oberhoheit Serbien immer noch stand. Gleichzeitig aber sollte Serbien durch Diplomatie und Propaganda die Befreiung und Einigung aller südslawischen Völker anstreben. In seiner Eigenschaft als Innenminister baute Garašanin ein Agentennetz in allen umliegenden Staaten auf, das Informationen liefern und Werbung für die gemeinsame südslawische Sache betreiben sollte. Aus praktisch-politischen Überlegungen entschied sich Garašanin, seine Agitation zunächst auf die unter türkischer Herrschaft stehenden Gebiete mit serbischer und orthodoxer Bevölkerung, das heißt vor allem Bosnien, zu konzentrieren. Er sah voraus, dass das osmanische Reich zerfallen würde und dass Österreich und Russland darauf warteten, sich seiner Teile zu bemächtigen, sofern nicht ein südslawischer Nationalstaat oder ein vergrößertes Serbien in der Lage wäre, den beiden Kaiserreichen die Stirn zu bieten. Ihm schwebte als Ideal für sein Land eine Nachfolge des byzantinischen Kaiserreichs vor, das die Türken mit westlicher Hilfe aus Europa verdrängen und das Nachrücken Russlands und Österreichs verhindern würde.

Gegenüber den Serben in Südgarn, die ihr Gebiet als serbisches Herzogtum – Vojvodina – bezeichneten, sollte Serbien sich nach Garašanins Ansicht wohlwollend, aber vorsichtig verhalten, um keinen direkten Konflikt mit Wien zu provozieren. Um die dortigen Serben zu überzeugen, schlug Garašanin vor, dass Serbien sich bemühen sollte, als ein «wohlgeordneter, gerechter, kraftvoller und kultivierter Staat» zu erscheinen und religiöse

Toleranz gegenüber den Katholiken zu üben. Doch als im Frühjahr 1848 die Ungarn sich gegen Habsburg erhoben und mit ihrem magyarisch-nationalistischen Programm die Serben der Vojvodina ihrerseits zum Aufstand gegen Ungarn provozierten, zögerte der Minister nicht, die Landsleute jenseits der Donau mit Freiwilligen und Waffen zu unterstützen. Die Hilfe kam indirekt Österreich zugute und von ihm erhoffte man sich nach der Niederschlagung des ungarischen Aufstands die Gewährung einer Autonomie. Wien zeigte sich jedoch, als die russische Armee schliesslich der ungarischen Adelsrepublik ein Ende gemacht hatte, nicht bereit zu Zugeständnissen. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1868 war Ungarn vollends frei, in seiner Reichshälfte mit den nichtmagyarischen Bevölkerungsteilen nach Gutedanken zu verfahren. Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Vojvodina, wo Serben und Ungarn gemischt mit andern Völkern lebten, mit Serbien beziehungsweise Jugoslawien vereinigt.

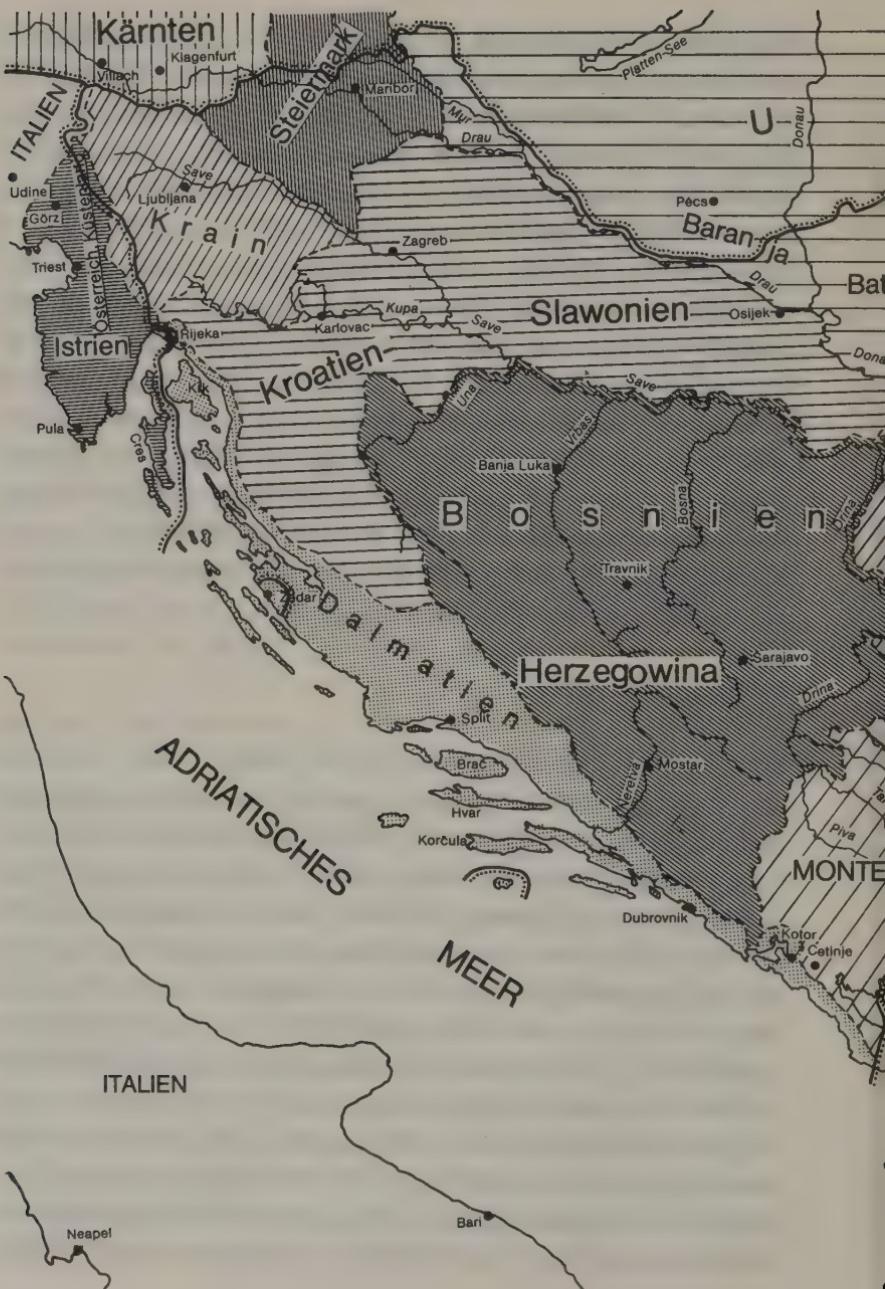
Das Ziel Gross-Serbiens

Die serbische Politik kümmerte sich stets weit mehr um das Schicksal der unter fremder Herrschaft lebenden orthodoxen Glaubensgenossen als der übrigen Slawen. Die katholischen Kroaten wurden als potentielle Bundesgenossen gegen Habsburg angesehen, gleichzeitig aber auch als Konkurrenz im Kampf um die noch türkisch gebliebenen Gebiete, insbesondere Bosnien und Herzegowina. Ausgehend von Garašanins «Načertanje» entwickelte sich eine vor allem vom Militär getragene gross-serbische Ideologie die auf die Schaffung eines Staates aller Serben abzielte, der alle Gebiete, wo Serben leben, vereinigen sollte. Vorbild war dabei die von Piemont ausgehende und mit militärischen Mitteln durchgesetzte italienische Einigungsbewegung unter der Führung Cavaours, und nach ihrem Beispiel begriff sich Serbien als das

«Pijemont» der Südslawen. Gegen den Willen des sich sträubenden Fürsten setzten die Militärs und ihnen nahestehende Politiker, als sich die christliche Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina 1875 gegen die Türken erhob, eine serbische Intervention durch. Man hatte jedoch die eigenen Kräfte überschätzt. Die Serben wurden von den Türken an allen Fronten besiegt, bevor diese in einem neuen russisch-türkischen Krieg bis vor die Tore von Istanbul zurückgedrängt wurden. Serbien erhielt einige Gebiete im Süden, musste sich aber im übrigen damit begnügen, von den Grossmächten, die auf dem Berliner Kongress eine umfassende Neuordnung auf dem Balkan beschlossen, die formelle Anerkennung seiner Unabhängigkeit zu erhalten. Zur grossen Enttäuschung der Serben bekam Österreich-Ungarn das Recht zugesanden, Bosnien-Herzegowina und den zwischen Serbien und Montenegro gelegenen Sandschak (Verwaltungsbezirk) von Novi Pasar militärisch zu besetzen.

Erbfeind Österreich

Bosnien blieb jedoch im Visier der serbischen Politik. Während die Regierung sich nach aussen zurückhielt und der Monarch sich aus finanziellen Nöten Österreich gegenüber zum Wohlverhalten verpflichtete, arbeiteten serbische Agenten auf die Untergrabung der in Sarajewo errichteten Militäradministration hin. Als Wien 1908 zur Annexion Bosniens und der Herzegowina schritt, gingen die Wogen in Serbien wiederum hoch. Die Regierung mobilisierte die Armee und drohte mit einem Einmarsch nach Bosnien, musste jedoch, da die erhoffte Unterstützung aus St. Petersburg ausblieb, zurückkrebsen und eine beschämende Verzichtserklärung abgeben. Die Agitation ging aber weiter. Im Zusammenspiel mit hochgestellten Persönlichkeiten des Hofs und des Generalstabs wurden Geheimgesellschaften nach dem Beispiel der italienischen Carbonari aufgebaut, deren Mitglieder





Karte 1: Gliederung des jugoslawischen Territoriums vor der Vereinigung von 1918

- Staatsgrenzen nach 1918
- - - Staats- und Verwaltungsgrenzen vor 1918
- Südgrenze Serbiens von 1878
- Südgrenze Serbiens bis 1876/78

- Österreichische Kronländer
Kärnten, Krain, Steiermark,
Dalmatien und Küstenland

- Kgr. Ungarn
- Kgr. Kroatien-Slawonien (Realunion mit Ungarn)

- Bosnien Herzegowina (ab 1878 unter gemeinsamer Verwaltung Österreichs und Ungarns; bis 1908 unter osmanischer Obrigkeit)

- Kgr. Montenegro (Grenzen von 1913)

- Kgr. Serbien (in den Grenzen von 1878)

- 1913 an Serbien angeschlossene Gebiete (bis dahin unter osmanischer Herrschaft)

zu äusserster Disziplin gehalten waren und vor der Ausführung von Mordbefehlen nicht zurückschrecken durften Sie trugen abenteuerliche Namen wie «Schwarze Hand», «Weisse Hand» und «Vereinigung oder Tod». Gleichzeitig wurde die Aufstellung von Freiwilligenverbänden gefördert, die sich nach einer alten Tradition «Tschetniks» (von četa = Bande, Trupp) nannten. Ihnen war die Aufgabe zugeschrieben, im Falle eines Kriegs im Hinterland der feindlichen Front Kommandoposten zu überfallen und Strassen oder Brücken zu sprengen. In den Balkankriegen von 1912 und 1913, aber auch in den beiden Weltkriegen und wieder in jüngster Zeit sollten sie zu einem Instrument der grossserbischen Nationalstaatsideologie werden, das zur Drangsalierung und Vertreibung nichtserbischer Bevölkerungen diente. Dies war die düstere nationalistische Kehrseite einer im Vergleich zu andern Ländern jener Zeit liberalen Staatsordnung. Ausserlegale Aktivitäten machten auch vor der konstitutionellen Monarchie nicht halt. Im Jahre 1903 wurde der letzte König aus der Dynastie der Obrenović, Alexander, samt seiner Gemahlin und einer grossen Zahl von Höflingen im Königspalast ermordet. Sein Nachfolger, Peter I. Karadjordjević, stand völlig unter dem Einfluss der Verschwörer, die in Wirklichkeit die Macht ausübten und sich sogleich daran machten, den latenten Konflikt mit Österreich zu verschärfen.

Während der Weg nach Bosnien versperrt war, zeichneten sich im Süden neue Ausdehnungsziele ab, wo Aufstände mazedonischer Nationalisten und türkische Offiziersrevolten den Zerfall des Osmanischen Reichs ankündigten. Die Aussicht auf Beute weckte die Begehrlichkeit nicht nur der Serben, sondern auch der Bulgaren und der Griechen. Im Bund mit Bulgarien griff Serbien im Oktober 1912, trotz wiederholter Warnungen aus Wien und St. Petersburg, die übrig gebliebenen türkischen Besitzungen im Süden der Balkanhalbinsel an, worauf Griechenland sich den beiden anschloss. Es war ein leichter Sieg, doch die neuen

Grenzziehungen erwiesen sich als langwierig, da die Grossmächte einzeln und gemeinsam Einsprüche erhoben. Zu den territorialen Zielen serbischer Expansionspolitik gehörte seit langem – und gehört heute noch –, einen Zugang zur Adria zu erhalten. Jetzt schien die Gelegenheit gekommen, sich Nordalbanien anzueignen, obwohl es dort keine Serben oder andere Südslawen zu befreien gab. Schon der geopolitische Denker Garašanin hatte zu seiner Zeit den Ausgang zum Meer als lebenswichtig bezeichnet, sich allerdings mit der Forderung nach einer Handelsniederlassung an der Adria begnügt. Massive Einwendungen Österreichs verbunden mit militärischen Drohungen zwangen aber die Serben zum Rückzug, und Albanien wurde von den Grossmächten zum unabhängigen Staat erhoben.

Serbien sah sich ein weiteres Mal betrogen, hatte es doch mit dem Blick auf Nordalbanien Bulgarien den grösseren Teil Mazedoniens zugestanden. Nun verlangte es eine Revision der früher vereinbarten Teilung und brachte Griechenland auf seine Seite. Bulgarien fühlte sich durch seine Waffenbrüder vom Vorjahr bedroht und eröffnete, um einem Angriff zuvorzukommen, im Juni 1913 selber einen neuen Feldzug, wurde aber im zweiten Balkankrieg rasch und vernichtend geschlagen. Serbien und Griechenland teilten nun Mazedonien entlang der heutigen griechischen Nordgrenze unter sich auf und überliessen Bulgarien nur einen kleinen Rest. Serbien konnte sich weit nach Süden ausdehnen und erhielt das seit langem begehrte, aber inzwischen mehrheitlich von Albanern besiedelte altserbische Gebiet von Kosovo und Metohija. Dass Österreich erneut eine serbische Ausdehnung blockiert hatte, steigerte den Hass der Nationalisten ins Ungemessene.

Der Mord von Sarajewo

Auch in Wien erregte das Erstarken Serbiens in den Balkankriegen ungute Gefühle. In Kreisen des Aussenministeriums und der

militärischen Führung wuchs eine antiserbische Stimmung, die darauf abzielte, den Serben bei erster Gelegenheit einen gehörigen Schlag zu versetzen. Serbische Nationalisten lieferten ihnen den Anlass dazu mit der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand bei einem Besuch in Sarajewo am 28. Juni 1914. Für die Serben war das Datum des Besuchs provozierend: Zum erstenmal wurde an diesem Tag nach der Rückgewinnung des Kosovo-Gebiets der Vidovdan, der Jahrestag der Niederlage auf dem Amselfeld, als Nationalfeiertag begangen. Weshalb Franz Ferdinand trotz dieses Umstands nicht besser geschützt wurde, ist nie aufgeklärt worden. Bevor der Attentäter Gavrilo Princip seine tödlichen PistolenSchüsse auf das Thronfolgerpaar abfeuerte, hatte schon ein anderer eine Bombe geworfen, die die kaiserliche Kutsche knapp verfehlte.

In Wien erhob sich sofort der Ruf nach einer harten Bestrafung Serbiens. Ein österreichisches Ultimatum mit demütigenden Bedingungen wurde von Belgrad nur teilweise erfüllt. Das genügte der kaiserlich-königlichen Regierung, um Serbien den Krieg zu erklären. Wien löste damit, als Russland Serbien zu Hilfe kam, das Deutsche Reich für Österreich Partei nahm und zugleich den Krieg gegen Frankreich eröffnete, England wiederum mit Krieg auf die Verletzung der Neutralität Belgiens reagierte, die Katastrophe des Ersten Weltkriegs aus. Serbien, das zuerst erfolgreich Widerstand leistete, dann aber mit deutscher und bulgarischer Hilfe vollständig geschlagen und besetzt wurde, erlebte das Kriegsende nichtsdestoweniger auf der Seite der Sieger und mit gestärktem Selbstgefühl, was sich in den Wirren der Nachkriegszeit noch lange bemerkbar machen sollte.

Kroatiens Kampf um historische Rechte

Im Gegensatz zu dem aus einer Revolution hervorgewachsenen Nationalismus Serbiens hatte es der Gedanke eines kroatischen

Nationalstaates ungleich schwerer. Kroatien leitete seine Identität nicht aus der Existenz eines seinen Lebensraum abgrenzenden kroatischen Volkes ab, sondern vielmehr aus dem historischen und rechtlichen Anspruch auf Wiederherstellung des Machtbereichs seines mittelalterlichen Königtums. Dessen Höhepunkt liegt rund zwei Jahrhunderte weiter zurück, im 10. und 11. Jahrhundert, aber es hatte, obwohl es zeitweise bis nach Montenegro hinunter reichte, keine mit dem serbischen Nemanjidenreich vergleichbare Ausdehnung und hinterliess weder im Kirchenbau, noch im Volkslied, noch in der Geschichte herausragender Kriegstaten eine vergleichbare Spur. Im Jahre 1102 wurde Kroatien nach einer Niederlage zur Vereinigung mit Ungarn gezwungen, und seither war bis 1918 der ungarische König jeweils auch Herrscher über Kroatien. Im Streit zwischen West- und Ostkirche standen die Kroaten fest auf der Seite Roms, und auf Grund ihrer religiösen Zugehörigkeit fühlten sich die Italien benachbarten katholischen Bewohner des adriatischen Küstenlandes unter wechselnden Herren als Kroaten. Der ungarische König wurde in Kroatien durch einen aus den Reihen des Hochadels ausgewählten Vertreter, den Ban von Kroatien, repräsentiert.

Als Teil Ungarns machte Kroatien die wechselvolle Geschichte des magyarischen Königtums mit, das nach dem Erlöschen der Arpaden-Dynastie zwischen Thronanwärtern und einheimischen Wahlkönigen heftig umstritten war – bis das Erbe mit Einschluss Kroatiens definitiv an Habsburg überging. Inzwischen waren die Türken bis vor Wien vorgestossen und hatten außer Ungarn auch Slawonien, den östlichen Teil des heutigen Kroatien und Bosnien besetzt, während Venedig sich den grössten Teil Dalmatiens anzueignen vermochte. Als sich die Türken nach der zweiten erfolglosen Belagerung Wiens am Ende des 17. Jahrhunderts bis zur Save zurückzogen, wurden die zum grossen Teil verödeten Gebiete mit neuen Siedlern, darunter

viele Orthodoxe aus Serbien und andern türkischen Gebieten, besetzt. Als Untertanen des Kaisers mussten die Kroaten zusehen, wie auf ihrem Gebiet zur Sicherung der neuen Niederlassungen die sogenannte Militärgrenze (Vojna Krajina) eingerichtet wurde. In einem breiten Gebietsstreifen entlang der Grenze des türkisch gebliebenen Bosnien erhielten Neubauern Land gegen die Verpflichtung zum ständigen Militärdienst zugewiesen. Gegenüber dem kroatischen und ungarischen Adel waren diese frei, während deren Untertanen Leibeigene waren. Die Siedler konnten ihre eigenen Lokalbehörden wählen und erhielten religiöse Freiheit sowie das Recht zum Bau orthodoxer Kirchen und zur Errichtung einer orthodoxen Kirchenhierarchie zugestanden, während in andern Teilen des Reichs seit der Gegenreformation der römisch-katholische Glaube Staatsreligion war.

In der Zeit des beginnenden Nationalismus war Kroatien ein Randgebiet des österreichischen Reiches, Bestandteil Ungarns mit einigen Sonderrechten, aber eingeschnürt durch die der direkten Administration Wiens unterstehende Militärgrenze. Das bosnische Bergland war nach wie vor türkisch, Dalmatien zuerst venezianisch, dann unter Napoleon französisch, später österreichisches Kronland bis 1918. Die slowenischen Länder Kärnten und Krain im Norden hatten zusammen mit Dalmatien die illyrischen Provinzen Napoleons gebildet und waren dann ebenfalls wieder zu Österreich zurückgekehrt. Die von Paris verfügte Namenswahl war eine Erinnerung an die römische Provinz Illyrien, die einst die römischen Städte an der Adria mit ihrem Hinterland vereinigt hatte. Illyrien wurde im 19. Jahrhundert auch zum Stichwort für eine neue Ordnung auf der westlichen Balkanhalbinsel, die an die Stelle des habsburgischen und des osmanischen Reichs treten und die dort angesiedelten südslawischen Völker vereinen sollte. Zunächst aber ging es um einen Sprachenstreit. Der ungarische Adel, der sich als das ungarische

Volk ansah und es verstand, sein nationales Ziel der Magyarisierung aller ungarischen Untertanen mit dem Kampf zur Erhaltung seiner Vorrechte zu verbinden, postulierte die Ersetzung des Lateins als Amtssprache durch das Ungarische und wollte die andern Nationalitäten des Königreichs zum alleinigen Gebrauch dieser Sprache zwingen. Die Kroaten wollten aber nur auf das Lateinische verzichten, wenn ihre eigene Sprache offiziellen Status erhalten hätte. Als Voraussetzung dazu bedurfte es einer Einstellung über eine verbindliche Form der einheimischen Sprache und Schrift. Ein Pionier dieses Bemühens war der bereits erwähnte Ljudevit Gaj, der mit dem serbischen Sprachforscher Vuk Karadžić zusammenarbeitete. Gaj befürwortete in einer Denkschrift für das Illyrische, wie er die gemeinsame Sprache der Serben und Kroaten nennen wollte, den Gebrauch der lateinischen Schrift unter Verwendung der kurz zuvor für das Tschechische eingeführten Aussprachebezeichnungen. Die Serben waren dagegen nicht bereit, auf das kyrillische Alphabet zu verzichten.

Widerstand gegen die Magyarisierung

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die nationalen Energien Kroatiens hauptsächlich auf die Abwehr der von Budapest ausgehenden Magyarisierungstendenzen gerichtet. Die Serben waren dabei Helfer und Bundesgenossen. In den Revolutionswirren nach 1848 schien die Zeit für eine Erfüllung des Wunsches nach kroatischer Einheit und Eigenständigkeit nahegerückt, als der Kommandant der Militärgrenze, Jelačić, zum Ban von Kroatien und Slawonien ernannt und gleichzeitig Gouverneur von Dalmatien wurde. An der Spitze eines kroatischen Heeres trat er zuerst gegen das revolutionär-nationale Ungarn an, wandte sich aber gegen Wien, als die Revolution auch dort ausbrach und der Hof ins mährische Olmütz fliehen musste. Die

entscheidende Hilfe der Kroaten bei der Rettung des Kaiserthrons wurde schlecht vergolten. Nach der Niederwerfung der Ungarn durch russische Truppen führte Wien unter dem reaktionären Innenminister Alexander Bach ein zentralistisches Regime ein, das alle historischen Rechte des Adels abschaffte und die Leibeigenschaft aufhob, aber Kroatien zu einer österreichischen Provinz unter einer fremden Beamtenchaft degradierte. Das Bach-System liess sich aber nicht durchhalten. Es folgten Versuche des entscheidungsschwachen Kaisers Franz Josef, sich der alten Ordnung wieder anzunähern, was die Hoffnung der Kroaten neu belebte, endlich als konstituierender Teil einer föderalistisch organisierten Donaumonarchie existieren zu können. Doch alles zerschlug sich, als der Kaiser nach der schweren Niederlage von Königgrätz gegen die Preussen 1866 beschloss, die Lösung seiner Probleme in einem Ausgleich mit Ungarn (1868) zu suchen. Das Reich wurde in zwei Hälften mit einer kleinen gemeinsamen Administration geteilt. Kroatien war wieder auf Gedeih und Verderb Ungarn unterstellt.

Nachdem sich alle Hoffnungen, Wien und Budapest gegeneinander ausspielen zu können, zerschlagen hatten, wandten sich die nationalen Bestrebungen wieder Lösungen ausserhalb des Reichsverbandes zu. Der katholische Bischof von Djakovo, Josip Juraj Strossmayer, setzte sich für den Zusammenschluss aller Südslawen ein, verwendete aber als Stichwort für seine Ziele nicht mehr das etwas künstliche «Illyrien», sondern begann von Jugoslawien zu sprechen. Strossmayer, ein hoch gebildeter und energischer Kirchenmann, hatte mit Djakovo eines der grössten und reichsten Bistümer des Reichs erhalten, was ihm eine äusserst grosszügige Förderung seiner politischen und kulturellen Zwecke erlaubte. Er gründete in Zagreb eine Akademie der Künste und Wissenschaften, die er programmatisch Jugoslawische Akademie taufte. Im Schoss der katholischen Kirche erregte er grosses Aufsehen, als er am 1. Vatikanischen Konzil 1869 vehe-

ment gegen die Doktrin der päpstlichen Unfehlbarkeit Stellung bezog. Sein Motiv war dabei, dass dieser Schritt Roms die Versöhnung zwischen West- und Ostkirche entscheidend erschweren werde, die er als zentral für eine Einigung der südslawischen Völker ansah. Den Kern eines jugoslawischen Staats sollte nach der Meinung des Bischofs Kroatien bilden, dieses wiederum in einem grösseren Ganzen aufgehen. Strossmayer liess historische Arbeiten über das frühe Kroatien als «jugoslawische» Geschichtswerke publizieren.

Die grosskroatische Antithese

Strossmajers aufgeklärter «Jugoslawismus» stiess aber schon früh auf den Widerstand der Anhänger eines kroatischen Nationalbegriffs. Dieser reichte ebenfalls über die Grenzen des Reichsteils Kroatien-Slawonien hinaus, baute aber auf einem anderen Fundament auf, auf dem Anspruch nämlich, dass das historische kroatische Königreich, wie es einmal im frühen Mittelalter unter Einschluss von Bosnien, Herzegowina und Dalmatien existiert hatte, wiederhergestellt werden müsse. Was die Verfechter des Jugoslawismus vermeiden wollten, trat ein. Die kroatische Nationalidee trat in Konkurrenz zu der älteren, auf einem Befreiungskrieg fussenden serbischen und akzentuierte sich um so schärfer, als sie sich auf ein räumlich beschränktes, durch serbische Ansiedlung zusätzlich eingeengtes Gebiet stützte.

Die Verfechter der historischen Rechte Kroatiens nahmen keine Rücksicht auf die Wünsche der Bewohner der von ihnen beanspruchten Regionen. Von einem fiktiven kroatischen Nationalstaat des Mittelalters ausgehend suchten sie auch diejenigen zu Kroaten zu erklären, die sich keineswegs als solche fühlten. Sie beanspruchten insbesondere die bosnischen Muslime als den zum Islam verführten angeblich «ältesten und reinsten Teil» des kroatischen Volkes. Der Gründer der kroatischen Partei

des Rechts, Antun Starčević (1823–1896), hatte ursprünglich der illyrischen Bewegung angehört. Er sah jedoch bald, dass die Serben dem Gedanken einer illyrischen oder jugoslawischen Nation gegenüber sich sehr zurückhaltend zeigten und lieber ihre eigene, aus der Geschichte gewachsene Identität pflegen wollten. Das veranlasste ihn, sich seinerseits von der Idee der Gemeinsamkeit abzuwenden und eine kroatische Nation zu seinem ausschliesslichen Ziel zu erheben.

Starčević verherrlichte das Mittelalter, den Adel und das Königtum und predigte die geschichtliche Kontinuität eines Staates, der nach seiner Meinung von Rechts wegen hätte fortbestehen sollen, hätten nicht feiger Verrat und moralische Dekadenz es verhindert. Er propagierte ein starkes, zentral regiertes kroatisches Staatsgebilde, dem das innere Kroatien, Slawonien, das Gebiet der Militärgrenze, Dalmatien und Bosnien-Herzegowina angehören sollten. Dieser Staat sollte völlig unabhängig sein. Starčević hielt nichts von der zeitweise populären Idee einer kroatischen Selbständigkeit innerhalb eines renovierten Kaiserreichs, in dem Kroatien den dritten gleichberechtigten Bestandteil neben Österreich und Ungarn bilden würde. Starčevićs Gegnerschaft gegenüber den Serben steigerte sich zu einer Rassentheorie, die die «Slavoserben» als minderwertig und unrein und als ein Volk mit einer Sklavengesinnung darstellte. Gleichzeitig brachte er es aber fertig, alle in Kroatien lebenden Serben als ursprüngliche Kroaten für seinen Nationalstaat in Anspruch zu nehmen. Wer sich dem verweigerte, bewies damit seine Inferiorität und niedrige Mentalität.

Dem Gründer der Partei des Rechts – die es heute wieder gibt – missfielen auch die Bestrebungen zur Etablierung einer gemeinsamen serbokroatischen Sprache. Er entwickelte eine eigene Orthographie, um das Kroatische vom Serbischen abzuheben, ohne Rücksicht darauf, dass damit die Verständigung zwischen Serben und Kroaten erschwert wurde. Es war im Sinne Starče-

vićs, dass der Unabhängige Staat Kroatien von Hitlers Gnaden auf diese Schreibregeln zurückzugreifen suchte.

Als Begründer des kroatischen Nationalismus wies Starčević seine Landsleute auf einen extremistischen Pfad, der in vielem an die Übersteigerungen der deutschen nationalen Idee bis hin zu Hitler erinnert. Ein politischer und ideeller Weggefährte, Eugen Kvaternik, suchte Starčevićs Ideen mit den Waffen in die Praxis umzusetzen. Als das Kaiserreich nach dem Krieg mit Preussen von 1866 geschwächt erschien, begann er mit der Vorbereitung einer Aufstandsbewegung zur Errichtung eines kroatischen Nationalstaats. Die dilettantisch unternommene Erhebung der Garnison von Rakovica unter Führung des selbsternannten «Regenten» Kvaternik scheiterte 1871 kläglich; ihr Urheber und seine wenigen Anhänger kamen bei der Wiederherstellung der Ordnung ums Leben.

Starčević fand einen fast ebenso fanatischen Nachfolger in dem Rechtsanwalt Josip Frank. Diesem war Starčevićs Partei nach dessen Tod nicht mehr radikal genug; er verliess sie 1895, um eine eigene Partei zu gründen, die er «Reine Rechtspartei» nannte. Im Gegensatz zu seinem Mentor, der sich gleichzeitig von beiden Zentren der Doppelmonarchie lossagte, verfolgte Frank einen österreichfreundlichen Kurs, weil er Kroatien durch den österreichisch-ungarischen Ausgleich von 1867, der Ungarn gestärkt hatte, benachteiligt sah. Vor allem aber wandte er sich gegen jede Kooperation mit den Serben.

Hoffnung auf Serbien

Die antiserbische Haltung der von Starčević und später Frank angeführten Opposition im Zagreber Landtag führte dazu, dass die Serben ihre Interessen bei der Regierung des Ban besser aufgehoben sahen. Dies machte es möglich, Serben und Kroaten gegeneinander auszuspielen und nach dem Prinzip des «Teile

und herrsche» die Unabhängigkeitsbestrebungen beider im Zaum zu halten. Eine Veränderung bahnte sich erst an, als aus Dalmatien ein neuer Anstoss zu gemeinsamem Vorgehen kam. Aus Enttäuschung über eine ergebnislos gebliebene Vorsprache beim Kaiser suchten dalmatinische Politiker Rückhalt in Kroatien zu einem neuen Versuch, sich mit Ungarn ins Benehmen zu setzen. Eine politische Versammlung in Rjeka verkündete 1905 die Bereitschaft der Kroaten und Dalmatiner, den wieder akut gewordenen Kampf um die ungarische Unabhängigkeit zu unterstützen, sofern Dalmatien endlich mit Kroatien vereinigt werde und den Kroaten ein repräsentatives Wahlrecht zugestanden werde. Noch immer war der Landtag in Zagreb von Adligen und Beamten dominiert, deren Interessen mit denen der ungarischen Regierung übereinstimmten. Den Forderungen von Rjeka schlossen sich nach einigem Zögern auch die serbischen Parteien Kroatiens an, die bisher das Regime unterstützt hatten. Unmittelbaren Erfolg hatte die von Dalmatien ausgegangene Bewegung nicht, weil die Ungarn nicht daran dachten, auf ihre Politik der Magyarisierung zu verzichten, und ein allgemeines Wahlrecht, das den andern Nationalitäten endlich ihr volles Gewicht gegeben hätte, ablehnten. Von da an waren aber die Unabhängigkeitsbestrebungen der kroatischen Mehrheit auf Vereinigung mit den Serben und Loslösung von der Monarchie gerichtet. Starčevićs Nachfolger in der Führung der Partei des Rechts, Josip Frank, widersetzte sich jedoch scharf dem neuen Kurs und suchte damit Unterstützung in Wien.

In den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg regierte in Zagreb eine serbisch-kroatische Koalition, die die Übereinstimmung mit der Politik Belgrads suchte. Im Gegensatz zu dem langjährigen Lavieren der Kroaten zwischen Budapest und Wien besass das serbische Vorgehen eine das ganze Land erfassende Dynamik. Seit der Erlangung der Unabhängigkeit hatte Belgrad den Kampf gegen Habsburg sowohl öffentlich wie konspirativ

betrieben. In Kroatien hatte es dagegen ausser dem dilettantisch aufgezogenen Aufstandsversuch von Eugen Kvaternik und Strassendemonstrationen gegen die Einführung ungarischer Aufschriften an öffentlichen Gebäuden keine offene Auflehnung gegeben. Ein grosser Hochverratsprozess in Zagreb wegen Verschwörung gegen die Monarchie scheiterte daran, dass das Anklagematerial, das Belgrad implizieren sollte, sich als offensichtlich gefälscht erwies. Unfähig zur Rebellion und erfolglos im Bemühen, seinen Status innerhalb der Donaumonarchie zu verbessern, blieb Kroatien nur die Hoffnung auf einen Erfolg Serbiens.

Bosniens Muslime im Dienst des Osmanischen Reichs

Während Serben und Kroaten gemeinsam und separat ihre nationalen Ziele verfolgten, entwickelte die muslimische Oberschicht in Bosnien und Herzegowina im 19. Jahrhundert kein eigenes Nationalgefühl. Sie sah sich als einen wesentlichen Pfeiler des Osmanischen Reiches im Nordwesten des Balkans und darüber hinaus als Stütze der Sultansherrschaft in Europa und Asien. Heerführer aus Bosnien erhielten bedeutende Regierungsfunktionen in den Ländern rund um das östliche Mittelmeer. Auch kulturell war Bosnien in die islamische Reichskultur integriert. Zahlreiche Gelehrte und Dichter wiesen sich durch Beinamen wie el-Bosnawi als bosnischer Herkunft aus, schrieben aber ihre berühmt gewordenen Werke nicht in der Sprache ihrer slawischen Herkunft, sondern in den Kultursprachen Arabisch oder Persisch.

Die bosnische Herrschaftsschicht genoss unter der Leitung einheimischer Militärführer eine beschränkte Autonomie und verteidigte diese verbissen gegen modernistische Tendenzen, die von reformfreundlichen Herrschern in Istanbul ausgingen. Sie betrafen unter anderem die Abschaffung des Turbans und die

Einführung des Fes als obligatorische Kopfbedeckung aller erwachsenen Männer. Im Jahre 1831 schlug ein bosnisches Heer unter Husein-Kapetan von Gradačac dasjenige des Sultans auf dem Amsselfeld und begründete damit einen bosnischen Staat (eyalet) im Rahmen des Imperiums. Dieser war jedoch von kurzer Dauer. Schon 1832 war es damit zu Ende, und 1834 wurden auch die Reste der bosnischen Selbstverwaltung aufgehoben. Die Versuche zur Reorganisation des Reichs und zur Stärkung der Zentralgewalt blieben aber ohne dauernden Erfolg.

Die christliche Landbevölkerung kroatisch-katholischer und serbisch-orthodoxer Prägung hatte an diesen Bewegungen keinen Anteil. Insoweit sie ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickelte, richtete sich dieses auf den serbischen Nationalstaat oder auf das zum Habsburger Reich gehörende Kroatien. Der Aufstand der Serben von 1875 zielte offen auf die Vereinigung mit Serbien hin und wurde von Belgrad militärisch unterstützt, blieb jedoch erfolglos. Er endete nach türkischer Tradition mit harten Strafmaßnahmen, die die Loyalität gegenüber der türkischen Herrschaft nicht erhöhten. Die Unsicherheit über die weitere Zukunft dieser Herrschaft veranlasste Österreich nach dem russisch-türkischen Krieg von 1877/78, sich auf dem Berliner Kongress das Recht zur Besetzung Bosniens und der Herzegowina einzuräumen zu lassen.

Der österreichische Einmarsch traf nur auf geringen Widerstand. Doch eine grosse Zahl von Muslimen wollte nicht unter der Herrschaft der Ungläubigen leben und entschloss sich zur Auswanderung nach andern Teilen des Türkischen Reichs, nach Mazedonien, Albanien, der europäischen Türkei, Anatolien und sogar nach Palästina. Die verbliebenen Angehörigen der grundbesitzenden Oberschicht verloren ihre politische Vorrangstellung und suchten sich, so gut es ging, mit der österreichischen Militärverwaltung zu arrangieren. Bosnien-Herzegowina wurde aus Gründen des Gleichgewichts weder Österreich noch Ungarn

zugeschlagen, sondern der Verwaltung des beiden Reichsteilen gemeinsamen Finanzministeriums unterstellt. Der österreichisch-ungarische Finanzminister Benjamin Kallay suchte einen bosnischen Lokalpatriotismus zu fördern, um den Einflüssen von serbischer und kroatischer Seite entgegenzuwirken. Um die muslimischen Grundbesitzer zu gewinnen, verzögerte er geplante Massnahmen zur Neuverteilung des Landbesitzes. Sein Ziel war allerdings nicht eine bosnische Eigenständigkeit, sondern eine bessere Eingliederung in den habsburgischen Reichsverband. Diesem Zweck hätte auch eine vom Staat begünstigte Konversion zum Katholizismus dienen sollen, die er erwogen haben soll, ohne dass der Plan zur Ausführung gelangte. Der Versuch wäre nicht ratsam gewesen, kam es doch schon wegen der angeblichen Bekehrung eines jungen muslimischen Mädchens zur katholischen Religion zu lang anhaltenden Unruhen. Die 1908 erfolgte Annexion machte Bosnien und die Herzegowina definitiv zu einem Bestandteil von Österreich-Ungarn. Dagegen protestierten vor allem die serbischen Bauern, im Einklang mit antiösterreichischen Kundgebungen in Serbien selbst. Die Muslime reagierten mit einer neuen Auswanderungswelle.

Bis zu den Balkankriegen von 1912 und 1913 grenzte Bosnien noch an das europäische Reichsgebiet der Türkei. Der Zusammenbruch der türkischen Herrschaft und der Rückzug des Islam aus den serbisch, bulgarisch oder griechisch gewordenen Teilen liess die Muslime in Bosnien und der Herzegowina isoliert zurück. Sie klammerten sich an ihre Religion, ihre alte Lebensweise und ihre Privilegien als Grundbesitzer. Für die Idee eines südslawischen Staates vermochten sie sich ebenso wenig zu begeistern wie für das zum Untergang bestimmte habsburgische Reich.

Gescheitertes Experiment Jugoslawien

Serbiens Konzept des Einheitsstaates

Als am Ende des Ersten Weltkriegs die Mittelmächte Deutsches Reich und Österreich-Ungarn zusammenbrachen, war die Zeit für eine Lösung der sogenannten Südslawischen Frage angebrochen. Darüber, wie der Zusammenschluss der südslawischen Völker bewerkstelligt werden sollte, bestanden zwischen Serben, Kroaten, Slowenen und Mazedoniern stark verschiedene Vorstellungen. Serbien trat in die Phase der territorialen Neuordnung als ein Nationalstaat mit bewegter Vergangenheit ein, der eben noch dramatische Umschwünge erlebt hatte. Nach der Katastrophe der völligen Niederlage und Besetzung durch Österreich, Deutschland und Bulgarien hatte ein mühseliger Rückzug durch die albanischen Berge die Reste der serbischen Armee ins Exil nach Korfu geführt. Von da aus wurden sie zusammen mit französischen Truppen zur Eröffnung einer neuen Front nach Saloniki verschifft. Nach einer erbitterten Schlacht um das Grenzgebirge des Kajmačalan blieb den Serben die Wiedererobierung ihres Landes noch fast zwei Jahre lang versagt. Erst in den letzten Kriegsmonaten gelang es, die Bulgaren, die sich in Mazedonien festgesetzt hatten, zu vertreiben und Belgrad zu befreien. Serbien sah sich auf der Seite der Sieger, die sich anschickten, das Habsburger Reich zu zerschlagen, und liess sich in die Pläne zur Errichtung eines Nationalstaatengürtels einbeziehen, der künftig die territorial zurückgestutzten ehemaligen Mittelmächte im Schach halten sollte.

Aus serbischer Sicht waren die Slowenen und Kroaten be-

freite Völker, die sich dankbar in einen Einheitsstaat unter seiner Führung einordnen sollten. Die kroatischen und slowenischen Politiker strebten dagegen eine föderalistische Lösung an, die der historischen Identität ihrer Landesteile innerhalb des Habsburger Reiches entsprechen sollte. Unter der Führung des dalmatinischen Politikers Ante Trumbić hatte ein Jugoslawisches Komitee von Exilpolitikern in London schon in den Kriegsjahren für einen künftigen südslawischen Staat geworben. Es suchte vor allem die Alliierten von territorialen Zugeständnissen an Italien auf jugoslawische Kosten abzuhalten. Dennoch wurde Italien 1915 im Vertrag von London als Preis für seinen Kriegseintritt gegen Deutschland und Österreich ein Anspruch auf Görz, Triest, Istrien und einen Teil Dalmatiens zugesichert. Für die slowenischen und kroatischen Mitglieder des Komitees war dies eine ernsthafte Bedrohung ihrer Ziele. Die Serben fühlten sich von diesen Ansprüchen weniger betroffen, und gaben dies auch der italienischen Regierung zu verstehen.

Der serbische Ministerpräsident Nikola Pašić (1845–1926), dessen Regierung nach der serbischen Niederlage auf der griechischen Insel Korfu residierte, hatte seine eigenen Vorstellungen über die Zukunft, sah sich aber dennoch veranlasst, eine Verständigung mit den kroatischen und slowenischen Exilpolitikern über die Gestaltung eines künftigen südslawischen Staates zu anzustreben. Er lud das Jugoslawische Komitee nach Korfu ein und liess sich zur Veröffentlichung einer gemeinsamen Erklärung herbei. Auf die Idee einer bundesstaatlichen Lösung ging er nicht ein, offerierte dagegen die Formel eines dreinamigen Staates, das heißt eines Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen. In vager Weise wurde die Anwendung des nationalen Selbstbestimmungsrechts innerhalb geschlossener Siedlungsgebiete in Aussicht gestellt und ebenso unpräzis wurde festgehalten, dass die Verfassung des neuen Staates mit einer zahlenmäßig qualifizierten Mehrheit verabschiedet werden müsse.

Während Trumbić und die Kroaten damit eine verbindliche Grundlage gelegt zu haben glaubten, liess Pašić bald erkennen, dass er die Deklaration nicht als bindend ansah.

Für die kroatischen und slowenischen Politiker wirkte sich nachteilig aus, dass es ihnen nicht gelang, im Zusammenbruch des Habsburger Reichs für ihre Gebiete die Anerkennung der Alliierten zu erlangen, um selbständig an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu können. Die kurz vor dem Kriegsende erfolgten Unabhängigkeitserklärungen in Ljubljana und Zagreb kamen zu spät, um den Vorsprung Serbiens einzuholen, das als kriegsführende Macht und Verbündeter Frankreichs ohne weiteres einen Platz am Verhandlungstisch beanspruchen konnte. In der kroatischen Hauptstadt wurde am 5. und 6. Oktober 1918 ein Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben ins Leben gerufen, dem die südslawischen Abgeordneten des Zgreber Landtags, des ungarischen Reichstags und des Reichsrats in Wien angehörten. Sie proklamierten den Zusammenschluss der bisher habsburgischen Gebiete in einem unabhängigen Staat. Dieser Staat verfügte jedoch nicht über eigene Machtmittel, während Unordnung und Unruhen um sich griffen. Als sich herausstellte, dass von den Alliierten keine Hilfe zu erwarten war, während Italien mit der Besetzung der ihm versprochenen Gebiete an der Adria begann, musste der in sich uneinige Nationalrat nachgeben. Eine Delegation wurde mit dem Auftrag nach Belgrad entsandt, die provisorische Vereinigung mit Serbien herbeizuführen, unter der Bedingung, dass die auszuarbeitende Verfassung mit Zweidrittelmehrheit gutgeheissen werden müsse. Sie vermochte sich mit dieser Bedingung nicht durchzusetzen, sah sich aber auch nicht in der Lage, jetzt noch den Beitritt zu verweigern, und so kam es zur Ausrufung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen durch den Prinzregenten Alexander Karadjordjević.

Die Nachricht, dass Kroatien sich der serbischen Monarchie

unterstellt habe, löste in Zagreb Unruhen aus. Sie wurden von rasch entsandten serbischen Truppen niedergeschlagen, deren Vorgehen von vielen als Zeichen künftiger Unterdrückung aufgefasst wurde. Als Gegner der neuen Ordnung erklärte sich vor allem die Kroatische Volks- und Bauernpartei unter ihrem Vorsitzenden Stjepan Radić. Dieser hatte sich der Vereinigung, die er als überstürzt empfand, widersetzt und sich geweigert, mit der Delegation des Nationalrats nach Belgrad zu gehen. Radić hatte mit seinen Vorstellungen eines agrarischen Sozialismus und seiner Idealisierung des Dorflebens und der Verbundenheit mit der Scholle unter der armen, bis dahin vom Adel kurz gehaltenen Landbevölkerung einen grossen Anhang gewonnen. Wegen des vom Vermögen abhängigen Wahlrechts waren die kroatischen Bauern zuvor politisch kaum in Erscheinung getreten. Jetzt zeigte sich, dass die von Politikern und Intellektuellen getragene Idee des südslawischen Zusammenschlusses bei der Landbevölkerung viel weniger populär war als in den höheren Schichten. Gleichzeitig machten die Kroaten in der Armee und in der öffentlichen Verwaltung die Erfahrung, dass an ihre Bewerbungen weit höhere Ansprüche gestellt wurden als an jene der Serben. Enttäuschung über den neuen Staat verbreitete sich schon vor seiner verfassungsmässigen Konstituierung.

In der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung vom November 1920 erhielt Radićs Partei unter dem allgemeinen Wahlrecht in Kroatien eine überwältigende Mehrheit und wurde damit zur eigentlichen politischen Vertretung der Kroaten im neuen Königreich. Im gesamtjugoslawischen Parlament fielen ihr 50 von 419 Sitzen zu. Stärkste Partei wurde mit 92 Sitzen die Demokratische Partei, in der sich die bisherige serbische Opposition mit den Serben der bisher habsburgischen Gebiete vereinigte. Die vorher in Belgrad regierende Radikale Partei von Nikola Pašić gelangte mit 91 nur an die zweite Stelle. Die beiden grossen serbischen Parteien unterschieden sich in ihrer Einstel-

lung zum neuen Staat. Beide wollten ein zentralistisches Regime, die Demokraten betonten aber die jugoslawische Idee von der Gleichberechtigung der drei Nationalitäten, während die Radikalen im «dreinamigen» Königreich nur das Vehikel zu einer grosserbischen Lösung erblickten. Die Spaltung der serbischen Mehrheit hätte einer geschickt agierenden Opposition Mitwirkungschancen eröffnen können. Das hätte jedoch eine Anerkennung der bestehenden Ordnung vorausgesetzt. Radić wollte sich aber mit der Minderheitsposition seiner Partei im Gesamtstaat nicht abfinden. Die kroatischen Abgeordneten blieben der Verfassunggebenden Versammlung fern, und die Partei unterstrich ihre Verweigerung gegenüber Staat und Monarchie, indem sie ihren Namen mit dem Zusatz republikanisch versah.

Die Parteien im ersten Parlament des dreinamigen Königreichs waren mit einer Ausnahme durch ihre nationale Herkunft aus Serbien, Kroatien, Slowenien, Montenegro, Mazedonien oder durch ihre muslimische Glaubenzugehörigkeit geprägt. Einzig die Kommunisten, die sich als jugoslawische Partei verstanden, verfügten über eine auf das ganze Land verteilte Mitgliedschaft. (Erst in der Volksfrontperiode gingen sie Mitte der dreissiger Jahre aus taktischen Gründen davon ab.) In den Notzeiten nach dem Krieg hatten sie einen starken Zulauf zu verzeichnen und erzielten in der Wahl von 1920 nicht weniger als 59 Sitze. Wegen ihres revolutionären Auftretens wurden sie aber schon bald in die Illegalität abgedrängt.

Aus der Arbeit der Verfassunggebenden Versammlung ging, wie nicht anders zu erwarten war, eine stark zentralistische Verfassung hervor. Ihre Verabschiedung drohte schwierig zu werden. Obwohl durch Manipulation der Geschäftsordnung schon dafür gesorgt war, dass zur Verabschiedung der Verfassung eine einfache Mehrheit aller Mitglieder der Konstituante genügte, hatten deren Anhänger alle Mühe, diese ermässigte Hürde zu überwinden. Die beiden grossen serbischen Parteien sahen sich

gezwungen, den beiden muslimischen Gruppierungen Jugoslawische Muslimische Organisation und Džemijet, die eine mehr in Bosnien, die andere in Kosovo und Mazedonien beheimatet, besondere Konzessionen anzubieten. Den muslimischen Grossgrundbesitzern wurden erhöhte Entschädigungen bei der geplanten Landreform zugesagt. Die Abstimmung fand am Veitstag statt, an dem von nationalen Gefühlen der Serben getränkten Jahrestag der Schlacht auf dem Amselinfeld, was die Nichtserben als Provokation empfinden mussten. Die Kroaten und Slowenen sowie die Kommunisten blieben der Abstimmung fern.

Die unter solchen Umständen verabschiedete Verfassung brachte dem Land keine Ruhe. Die Kommunisten suchten die allgemeine Notlage mit Streiks für ihre Zwecke auszunützen. Darauf reagierte die Regierung mit einem Parteiverbot, und als es dann zu Attentatsversuchen gegen bürgerliche Politiker kam, wurde die parlamentarische Immunität der KP-Abgeordneten aufgehoben und eine grosse Verhaftungswelle eingeleitet. Die Gefahr von Unruhen wurde damit nicht behoben. Nicht nur die Kommunisten bedrohten die Ordnung, es brodelte auch im Süden, wo mazedonische Nationalisten den Anschluss an Bulgarien verlangten und albanische Muslime des Kosovo-Gebiets sich gewaltsam gegen serbische Willkürakte zur Wehr setzten.

Kroatische Verweigerung

In dem wenig gefestigten Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen betrieb die Kroatische Republikanische Bauernpartei eine unverhohlene Obstruktionspolitik. Ihre Abgeordneten blieben dem Parlament auch nach der Verfassungsabstimmung fern. Schon zuvor hatten sie in Zagreb eine kroatische Gegenverfassung verabschiedet. Nach dieser sollte Kroatien eine Republik bilden, in der das Volk direkt entscheiden würde. Diese Republik sollte dann in eine auf dem international aner-

kannten jugoslawischen Staatsgebiet zu errichtende Föderation eintreten. Man wollte den Vorgang der Staatsgründung, durch den sich die Kroaten überfahren fühlten, nochmals von Grund auf wiederholen. Hoch idealistisch und realitätsfern glaubte Radić die Staatsmacht ignorieren zu können. Der separatistische Akt schuf bei den serbischen Regierungsparteien Verbitterung und führte zu einer Konfrontation, aus der es keinen Ausweg zu geben schien.

Dabei war die serbische Regierungsmehrheit keineswegs solide. Die bosnischen Muslime zogen sich aus der Regierung zurück, als sie sahen, dass ihre Hilfe bei der Verabschiedung der Verfassung ihnen wenig eintrug. Die Radikalen unter Pašić und ein Teil der Demokraten suchten nach Kompromissen und wollten den Kroaten mit dem Angebot einer breiten Selbstverwaltung unter der bestehenden zentralistischen Verfassung entgegenkommen. Der von den kroatischen Serben unter Svetozar Pribičević gebildete andere Flügel der Demokraten aber beharrte auf einer Politik der Härte. Dieser Gegensatz führte zum Sturz der Regierung und schon im März 1923 zur Neuwahl des Parlaments.

Der Wahlkampf drehte sich beinahe ausschliesslich um die Veitstags-Verfassung. Die Gegensätze vertieften sich noch, indem die Kroatische Republikanische Bauernpartei ihren Stimmenanteil nochmals kräftig zu erhöhen vermochte und die übrigen nationalen Gruppierungen der Slowenen und der Muslime sie in der Opposition gegen den Belgrader Zentralismus bestärkten. Ein Jahr lang regierte Pašić in der Minderheit, während die Kroaten wiederum zuhause blieben. Im Frühjahr 1924 entschloss sich Radić endlich, von der Obstruktion abzugehen. Zwanzig Abgeordnete seiner Partei erschienen in der Skupština und ließen ihre Mandate beglaubigen. Damit wurde die Opposition stark genug, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Gleichzeitig war dies der Moment, in dem die Demokratische

Partei sich spaltete und die Anhänger Pribičević als Selbständige Demokratische Partei ihren eigenen Weg einschlugen. Als Vertretung der in Kroatien wohnenden Serben stellten sie sich Pašić zur Durchsetzung einer Politik der Härte zur Verfügung.

Mit dem Eintritt auch der restlichen 50 kroatischen Abgeordneten ins Parlament wurde die Regierungsbildung aber immer schwieriger. Als die Regierung von Pašić und Pribičević erneut gestürzt zu werden drohte, glaubte König Alexander mit einer Vertagung des Parlaments eingreifen zu müssen. Vor den energischen Protesten, die der fragwürdige Schritt hervorrief, wich er zurück, worauf zum erstenmal ein von der Opposition getragenes Kabinett unter der Führung des kompromissbereiten Flügels der Demokraten und mit parlamentarischer Unterstützung der Kroatischen Republikanischen Bauernpartei zustandekam. Der demokratische Parteichef Ljubomir Davidović wurde zum Ministerpräsidenten, und da man das Militär keinem Oppositionspolitiker anvertrauen wollte, ein parteiloser General zum Verteidigungsminister gemacht.

Jetzt hätte für Radić die Gelegenheit bestanden, von innen heraus die Dinge in Richtung einer Autonomielösung für Kroatien zu steuern. Dazu hätte er sich allerdings mit der Existenz des jugoslawischen Staats abfinden müssen. Stattdessen erklärte er den Beitritt seiner Partei zu einer in Moskau gegründeten «Grünen Internationalen» sozialistisch orientierter Bauernparteien und gab als Begründung an, es gehe ihm darum, bei einer nicht am Versailler Vertrag beteiligten Macht, gemeint war die Sowjetunion, Unterstützung zu finden. Das konnte nur als Kampfansage an den eigenen Staat, gestützt auf eine feindliche Grossmacht, verstanden werden, mit der Belgrad bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg keine Beziehungen unterhielt. Angesichts der durch Radićs Schritt und seine provozierenden Erklärungen verursachten Empörung hatte die Regierung Davidović kaum eine Chance. Am Hof, beim Militär und bei den in die Opposition

verwiesenen Radikalen suchte man nach Wegen, sie gleich wieder zu stürzen. Zweifelhafte Gerüchte über angeblich geplante Unruhen in Kroatien machten die Runde, wurden vielleicht sogar bewusst ausgestreut, um den Verteidigungsminister zum Rücktritt zu veranlassen. Als er ging, stürzte die ganze Regierung, die noch knapp Zeit gefunden hatte, erste Schritte zu Autonomielösungen für Kroatien und Slowenien in die Wege zu leiten. Ein zaghafter Versuch zur Entspannung der inneren Gegensätze war an der Sturheit beider Lager gescheitert.

In Belgrad wurde jetzt eine provisorische Regierung eingesetzt, die Radić verräterischer Umtriebe beschuldigte und ihn in Haft nahm. Trotz seiner Abwesenheit im Wahlkampf vermochte sich die Bauernpartei auch in den nächsten Wahlen vom Februar 1925 als zweitstärkste Partei zu behaupten. Während schon Vorbereitungen getroffen wurden, um den Anhängern Radićs wegen Staatsgefährdung die eben gewonnenen Mandate zu entziehen, liess sich der Parteiführer im Gefängnis zu einer Erklärung herbei, in der er seiner republikanischen Überzeugung abschwore und die Veitstags-Verfassung sowie die Monarchie als «Tatsachen» anerkannte. Gleichzeitig beharrte er aber auf einer den Zentralismus schwächenden Verfassungsrevision. Sein Hauptgegner Pašić war mit dieser halben Kapitulation nicht zufrieden und verstärkte seinen Druck, worauf Radić ein weiteres Mal einlenkte und auch auf eine sofortige Verfassungsänderung verzichtete.

Damit hatte der kroatische Bauernführer Stjepan Radić auf der ganzen Linie nachgegeben. Die in Form eines Parteienabkommens festgehaltene Einigung brachte aber keine Versöhnung und war darum auch eine schlechte Grundlage der Zusammenarbeit, auf die sich Radić jetzt plötzlich einliess. In einer Koalitionsregierung der Radikalen und der Kroatischen Bauernpartei, die auf den Beinamen republikanisch verzichtet hatte, wurde Radić Unterrichtsminister. Seine gefühlsbetonte,

widersprüchliche Natur machte ihn zum Regieren und Verwalten wenig geeignet. Von den kroatischen Nationalisten ausserhalb seiner Partei wurde er des Verrats beschuldigt, während er für andere immer noch als Verfassungsfeind galt. Mit öffentlichen Anschuldigungen gegen Ministerkollegen von der Radikalen Partei provozierte er wütende Wortgefechte im Parlament. Die Teilnahme der Kroatischen Bauernpartei an der Regierung konnte unter diesen Umständen eine Lösung der grundlegenden Differenzen über die Organisation des gemeinsamen Staates nicht näherbringen. Masslosigkeit gab es allerdings nicht nur auf der kroatischen Seite. Das parlamentarische System degenerierte in Dauerstreitigkeiten und versagte in der Bewältigung dringlicher Gesetzesprojekte wie der Vereinheitlichung der Steuersysteme und der Verwirklichung der Agrarreform.

Nach dem Ausscheiden des langjährigen Ministerpräsidenten Nikola Pašić aus der Politik, den Anklagen wegen offener Korruption in seiner Familie im April 1926 zum Rücktritt veranlasst hatten, verstärkte sich noch die Instabilität des politischen Lebens im Königreich. Innerhalb eines Jahres lösten sechs Regierungen einander ab. An mehreren von ihnen war die Kroatische Bauernpartei beteiligt, sie machte jedoch immer wieder mit der Opposition gemeinsame Sache, wenn diese Anklagen gegen einzelne Minister erhob. So ging die Zusammenarbeit der Partei Radićs mit den Radikalen bald zu Ende, um andern temporären Koalitionen Platz zu machen. Ergebnisse im Hinblick auf eine kroatische Autonomie hatte sie nicht erbracht. Auch an der Tatsache, dass die Serben in der Beamtenschaft und im Militär weit über ihren Bevölkerungsanteil hinaus vertreten waren, hatte sich nichts geändert. Immer noch wurden die Steuern im nordwestlichen Landesteil nach den aus habsburgischer Zeit stammenden Grundlagen erhoben, was eine weit stärkere Belastung der Wirtschaft nach sich zog. Die staatlichen Investitionen gingen aber mehrheitlich in den unterentwickelten Süden.

Todesschüsse im Parlament

Wieder in der Opposition bot sich der Kroatischen Bauernpartei nach Neuwahlen im September 1927 unerwartet die Gelegenheit, zusammen mit der Vertretung der kroatischen Serben eine Bäuerlich-Demokratische Koalition zu bilden. Die Neuserben aus dem ehemals habsburgischen Landesteil, früher die schärfsten Gegenr der kroatischen Ansprüche, fanden sich von den Altserben häufig missverstanden und wirtschaftlich benachteiligt. Jetzt wandten sie sich gemeinsam mit den kroatischen Bauernvertretern in grosser Schärfe gegen die Misswirtschaft in Belgrad und die dunklen Geschäfte einiger Minister. Stjepan Radić sah sich Seite an Seite mit seinem früheren Gegner Svetozar Pribičević als Zielscheibe wütender Angriffe der Belgrader Presse, die sich bis zu Morddrohungen steigerten.

Am 20. Juni 1928 entlud sich der angestaute Hass in einer denkwürdigen Bluttat im Parlament. Ein montenegrinischer Abgeordneter beschuldigte die Opposition in einer persönlichen Erklärung, das Ansehen des Parlaments und des Landes ruiniert zu haben und erklärte drohend, es sei notwendig, das Serbentum mit andern Mitteln als bisher zu verteidigen. Auf einen Zwischenruf hin nahm er einen Revolver hervor und schoss auf den Rufer, auf dessen Parteifreunde, die ihm zu Hilfe eilen wollten, und auf Stjepan Radić. Zwei Tote, zwei schwer und ein leicht Verletzter waren das Ergebnis. Der schwer getroffene Radić starb sechs Wochen später. Er hinterliess ein zwiespältiges Vermächtnis. Radić hatte durch seine ungezügelte Polemik und seine politische Unberechenbarkeit zur Entstehung der explosiven Atmosphäre wesentlich beigetragen, die den Gewaltakt nach sich zog. Unduldsamkeit und Arroganz auf allen Seiten hatten die parlamentarische Demokratie in eine Sackgasse geführt.

Nach dem Blutbad in der Skupština verweigerte die Bäuerlich-Demokratische Koalition die weitere Mitarbeit im Parla-

ment und sprach der Regierung das Recht ab, Gesetze für die ehemals habsburgischen Gebiete verabschieden zu lassen. In deklamatorischem Eifer wurde die Anerkennung der Verfassung von 1921 zurückgezogen. Radićs Nachfolger in der Führung der Bauernpartei, Vladko Maček, verlangte die unverzügliche Einführung einer föderalistischen Staatsform und forderte den König zum Eingreifen auf. Extremisten verschiedener Schattierungen riefen nach gewaltsamen Trennungslösungen grossserbischen oder grosskroatischen Zuschnitts.

Diktatur und Königs mord

Am 6. Januar 1929 setzte König Alexander die Verfassung von 1921 ausser Kraft und löste das Parlament auf. Er erklärte sich selber zum Träger aller Staatsgewalt und setzte als Regierungschef den Kommandanten der königlichen Garde ein. Alle Parteien und Vereinigungen nationaler Prägung wurden verboten, politische Tätigkeit ausserhalb der offiziellen Institutionen polizeilich verfolgt. Der König stiess auf keinen Widerstand. Führende Politiker der aufgelösten Formationen liessen sich in das Kabinett aufnehmen, darunter auch Abtrünnige der Kroatischen Bauernpartei. Die Serben überwogen jedoch bei weitem, und Maček musste bald erkennen, dass der Monarch nicht daran dachte, eine föderalistische Lösung anzustreben. Durch ein vom König erlassenes Gesetz wurde der nunmehr in «Königreich Jugoslawien» umbenannte Staat in neun Verwaltungsbezirke eingeteilt, die auf historische Zugehörigkeiten keine Rücksicht nahmen und in der Mehrzahl serbische Mehrheiten aufwiesen. Damit sollte die Einheit künstlich herbeigeführt werden, doch die nationalen Gegensätze wurden damit keineswegs beseitigt, sondern eher verschärft.

Durch ein auf die Bedürfnisse der Königsdiktatur zugeschnittenes Wahlgesetz, das nur überregionale Parteien zuliess, suchte

sich Alexander ein Instrument zur Verwirklichung seiner Idee eines jugoslawischen Einheitsstaates zu schaffen. Eine einheitliche Partei, die Jugoslawische Radikale Bauerndemokratie, sollte die alten Parteien ablösen. Diese setzten allerdings ihre Aktivitäten ausserhalb des Parlaments trotz der Verbote fort. Ausgehend von Zagreb, wo serbische und kroatische Politiker gemeinsam in einem Manifest die Demokratie und einen föderalistischen Staatsaufbau forderte, tauchten auch in andern Landesteilen Programme auf, die nach einem Ende der Diktatur und nach Dezentralisierung riefen. Auf die Protestwelle reagierte die Regierung mit Verhaftungen, doch indem sie die Gegnerschaft in die Illegalität trieb, bereitete sie den Boden für das Auftreten neuer extremistischer Gruppierungen.

Die Politik des kroatischen Bauernführers Maček, des Nachfolgers von Radić, die bei aller Schärfe der Distanzierung vom serbischen Zentralismus doch Lösungen innerhalb des jugoslawischen Staatsverbands anstrebte, besass zwar in Kroatien eine breite Anhängerschaft. Einige Gruppen am rechten Rand, die sich das geistige Erbe von Ante Starčević und Josip Frank zu eigen gemacht hatten, verfolgten aber, teils in der Illegalität, das Ziel eines eigenen Staates. Aus der Kroatischen Partei des Rechts, deren Sekretär er gewesen war, ging der spätere Ustascha-Führer Ante Pavelić hervor. Im Zeichen des Aufstiegs von Faschismus und Nationalsozialismus setzte er auf gewaltsamen Umsturz und begab sich ins Ausland, nach Italien, wo er beim Aufbau einer terroristischen Organisation unter der Hand Unterstützung fand. Er warb unter kroatischen Auswanderern in Westeuropa und Amerika Freiwillige an und liess sie in geheimen Lagern in Oberitalien und Ungarn ausbilden. In Zusammenarbeit mit einer mazedonischen revolutionären Organisation, die die serbische Herrschaft in Mazedonien bekämpfte, bereiteten Ustascha-Anhänger einen Anschlag auf König Alexander II. vor. Bei der Ankunft zu einem Staatsbesuch wurde der Monarch in

Marseille zusammen mit dem französischen Aussenminister Barthou ermordet.

Die kroatische Frage als Bleigewicht

Anstelle eines minderjährigen Sohns übernahm ein Vetter Alexander, Paul, die Regentschaft. Dieser wollte Alexanders Bemühungen fortsetzen, mit den Mitteln der Diktatur und der Kaltstellung national ausgerichteter Politiker Jugoslawien in einen einheitlichen Staat zu verwandeln. Doch was seinem Vorgänger misslungen war, sollte sich auch für ihn als zu schwierig erweisen. Obwohl kein offizieller Kurswechsel erfolgte, wurde es immer klarer, dass sich eine Lösung der kroatischen Frage auf die Dauer nicht umgehen liess. Diese Einsicht drängte sich auch aus aussenpolitischen Überlegungen auf. Frankreichs Beschützerrolle für die Kleine Entente, in der sich die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien zur Abwehr österreichischer und ungarischer Revisionsforderungen zusammengeschlossen hatten, wurde durch die Weltwirtschaftskrise geschwächt. In ihrem Aussenhandel orientierten sich die Balkanländer zunehmend nach Deutschland, wo inzwischen Hitler an die Macht gekommen war, der aus strategischen Gründen die Verbindungen zu den Balkanländern intensivierte. Gleichzeitig war Italien bestrebt, seinen Einfluss auf dem Balkan auszudehnen, indem es sich Vorrechte in Albanien sicherte und kroatische Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützte.

Der serbische Politiker Milan Stojadinović (1888-1961), der im Juni 1935 Regierungschef wurde, liess sich unter diesen Umständen von der Notwendigkeit eines Entgegenkommens gegenüber den Kroaten überzeugen. Er konnte aber unter der Verfassung von 1931 nicht mehr als eine Verwaltungsautonomie anbieten, weil der Prinzregent sich nicht für berechtigt hielt, das von Alexander erlassene Grundgesetz zu ändern. Es kam mehrfach

zu Gesprächen mit Maček, doch dieser wollte sich mit Autonomie nicht mehr begnügen und beharrte auf der Aufhebung der Verfassung und der Schaffung eines Bundesstaats. Mit der Forderung nach einer Verfassungsrevision fand der kroatische Bauernführer auch immer mehr Unterstützung bei Politikern der serbischen Opposition. Die innere Befriedung erwies sich als immer dringlicher, je mehr sich die aussenpolitische Situation verschärzte und neue Entscheidungen verlangte.

Unter deutschem und italienischem Druck löste sich der von Frankreich in den Pariser Vorortsverträgen errichtete Cordon sanitaire gegen die ehemaligen Mittelmächte auf. Das Ende der Tschechoslowakei und der Anschluss Österreichs an das Hitlerreich, denen die Westmächte sich nicht widersetzen, liess eine Bereinigung des Verhältnisses zu Bulgarien und Ungarn und zur Aufhebung der nach dem Ersten Weltkrieg verhängten Rüstungsbeschränkungen ratsam erscheinen. Die Sieger des Ersten Weltkriegs kamen jetzt selber unter Druck. Jugoslawien sah sich veranlasst, mit Italien einen Vertrag zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen zu schliessen. Er bedeutete eine Anerkennung der italienischen Gebietsgewinne in Dalmatien und Istrien sowie der besonderen Beziehungen Italiens zu Albanien. Rom räumte den südslawischen Minderheiten im Hinterland von Triest gewisse Rechte ein und verpflichtete sich auch, die Aktivitäten der kroatischen Ustascha-Bewegung auf italienischem Boden zu unterbinden.

Die im Verhältnis zu Italien erreichte Entspannung suchte Stojadinović durch ein Konkordat mit dem Vatikan zu ergänzen, das auch kroatischen Wünschen entsprochen hätte. Darin sollten zum erstenmal die katholischen Priester im Verhältnis zum Staat mit den orthodoxen gleichgestellt werden. Eine Beschränkung der politischen Tätigkeit sollte nur dort verhängt werden können, wo das gleiche Verbot auch die orthodoxe Priesterschaft treffen würde. Damit hatte Stojadinović aber in ein Wespennest

gestochen. Der serbisch-orthodoxe Patriarch Varnava nannte die vom Konkordat erstmals vorgesehene Zulassung der Laienbewegung «Katholische Aktion» auf dem Gebiet Jugoslawiens eine Bedrohung des orthodoxen Serbentums und rief, ungeachtet der traditionellen Verquickung von Religion und Staat in der eigenen Kirche, zum Widerstand auf. Es kam, von der Kirche angeleitet, zu Massenprotesten und Demonstrationen einer breiten Abwehrfront, die bis zu den illegalen Kommunisten reichte. Das Konkordat wurde in der Nationalversammlung dennoch verabschiedet, was die Erregung unter den Serben auf die Spitze trieb. Zudem starb jetzt der Patriarch und verbreiteten sich sogleich Gerüchte, er sei vergiftet worden. Danach verzichtete Stojadinović darauf, den Vertrag mit Rom der zweiten Kammer vorzulegen. Ein weiterer Versuch, den katholischen Kroaten entgegenzukommen, war damit gescheitert.

Verspätete Einigung

Stojadinović bemühte sich auch, das Verhältnis zu Deutschland zu verbessern, ohne jedoch die Beziehungen zu Frankreich fallen zu lassen. Durch präventive Diplomatie glaubte er, die von den Achsenmächten ausgehende Bedrohung abwenden und Jugoslawien aus künftigen Konflikten heraushalten zu können. Seine Besuche in Berlin und Rom erweckten aber beim Prinzregenten den Verdacht, er arbeite auf eine autoritäre Neuordnung und die Ausschaltung der Monarchie hin. Nach dem Rücktritt Stojadinovićs als Regierungschef drängte Prinzregent Paul den Nachfolger, Dragisa Cvetković, unverzüglich ein Abkommen mit der Kroatischen Bauernpartei und ihrem Führer Maček über eine Autonomielösung auszuarbeiten, um Jugoslawien das Schicksal der von Hitler zerschlagenen Tschechoslowakei zu ersparen. Maček ging bereitwillig darauf ein. In den Sommermonaten des Jahres 1939, als sich die Kriegsgefahr in Europa

verschärfte, wurde über Kompetenzen und territoriale Abgrenzung eines eigenen kroatischen Verwaltungsbezirks (Banovina) mit autonomen Rechten innerhalb des fortbestehenden Einheitsstaats Jugoslawien verhandelt. Am 26. August 1939 kam unter dem Druck der Polenkrisse der sogenannte Sporazum (Verständigung) zustande. Es war eine unausgegorene Lösung, die vieles offenliess, darunter auch die endgültige Grenzziehung der kroatischen Banschaft, die auch einige bosnische Bezirke umfassen sollte. Das Abkommen fand keine Zeit mehr, sich in der Praxis zu bewähren. Es stand schon im Schatten der Erwartungen auf eine viel weiter gehende, die Grenzen des Gesamtstaats sprengende Lösung.

Dass Maček sich noch mit einer Regelung im Rahmen Jugoslawiens begnügte, trug ihm scharfe Proteste von Seiten der kroatischen Nationalisten in der Partei des Rechts und im Einflussbereich der Ustascha-Bewegung ein. Sie verlangten jetzt offen eine Loslösung Kroatiens. Auch Mačeks eigenen Anhängern ging die Verabredung nicht weit genug, hatten diese doch von der Einigung mit Belgrad auch eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation erhofft. Große Unzufriedenheit äusserte sich aber auch in Serbien. Nationalistische Blätter wehrten sich heftig gegen den angeblichen Ausverkauf der Rechte der Serben in der kroatischen Banschaft und suchten eine alle Serben umfassende Protestbewegung ins Leben zu rufen. In den vorwiegend serbischen Regionen im Gebiet der ehemaligen Militärgrenze riefen orthodoxe Priester und serbische Vereine, darunter bewaffnete Freiwilligenverbände in der Tschetnik-Tradition, dazu auf, den Widerstand gegen das Autonomiestatut vorzubereiten.

Für Hitler stand Jugoslawien als Angriffsobjekt nicht im Vordergrund. Er wollte sich im Hinblick auf den lange vorausgeplanten Krieg im Osten das Balkangebiet als Versorgungsbasis erhalten. Daher war er auch nicht bereit, italienische Pläne für einen Umsturz in Zagreb zu ermutigen. Andererseits liess er es

zu, dass die italienische Armee im April 1939 Albanien besetzte. Nach der Niederwerfung Polens und dem Geheimabkommen mit Stalin über die Teilung der beidseitigen Interessensphären schritt Hitler zur Neuordnung im Südosten Europas. Rumänien musste Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion abtreten und erhielt dafür eine deutsche Schutzgarantie, nicht ohne vorher zur Abtretung von Gebieten in Transsilvanien an Ungarn gezwungen worden zu sein. Rumänien, Ungarn und die Slowakei traten darauf dem zwischen Deutschland, Italien und Japan abgeschlossenen Dreimächtepakt bei.

Die trügerische Ruhe auf dem Balkan wurde durch den Ehrgeiz Mussolinis gestört, der sich nach dem Sieg der Deutschen über Frankreich ebenfalls einen kriegerischen Erfolg wünschte und sich anschickte, Griechenland in Besitz zu nehmen. Als die Griechen der schlecht kämpfenden italienischen Armee erfolgreich Widerstand leisteten, sah Hitler die Gefahr eines britischen Eingreifens heraufziehen. Damit änderte sich auch seine bisher abwartende Haltung gegenüber Jugoslawien. Um sich der Loyalität Belgrads zu versichern, setzte er es unter Druck, sich dem Dreimächtepakt anzuschliessen. Die Regierung Cvetković schob aber eine Entscheidung lange hinaus und wollte den Beitritt an die Bedingung knüpfen, dass Jugoslawien nicht am Krieg teilnehmen und keine Durchmarschrechte gewähren müsse. Da Hitler im Hinblick auf die grosse Auseinandersetzung mit Russland den von Italien ausgelösten Krieg auf dem Balkan möglichst begrenzt halten wollte, ging er unwillig auf die jugoslawischen Wünsche ein. Nach langem Hin und Her entschlossen sich der Prinzregent und sein Kronrat, dem deutschen Druck nachzugeben. Am 25. März 1941 wurde Jugoslawiens Eintritt in den Dreimächtepakt in Wien unterzeichnet.

Zwei Tage später wurden Hitlers Kalkulationen durch eine Verschwörung serbischer Offiziere durchkreuzt. Diese stürzten in einem unblutigen Coup die Regierung Cvetković, schoben

den Regenten zur Seite und machten den noch nicht volljährigen Sohn Alexanders als Peter II. zum König. In Belgrad feierten jubelnde Menschenmengen den Umsturz mit dem Ruf «Lieber Krieg als den Pakt, lieber das Grab als die Unfreiheit». Der Slogan ging in die nationale Mythologie als Ausdruck serbischer Freiheitsliebe ein. Es war jedoch nur ein emotionales Aufbäumen angesichts einer sicheren Niederlage. Der Führer sah sich getäuscht und beschloss voller Zorn, Jugoslawien zu vernichten. Die innere Zerrissenheit und mangelnde militärische Vorbereitung machten den Entschluss, sich Hitler zu widersetzen, zu einem aussichtslosen Unterfangen. Von Grossbritannien, das durch seine Agenten den Putsch der Generäle ermutigt hatte, war keine Hilfe zu erwarten. Am 7. April bombardierte die deutsche Luftwaffe Belgrad ohne vorherige Kriegserklärung und richtete schwere Schäden an. Darauf begann der Einmarsch der schon für den Griechenlandfeldzug in Ungarn, Rumänien und Bulgarien bereitstehenden Verbände.

Titos Föderationsrezept

Jugoslawien am Nullpunkt

Das von nationalen Gegensätzen zerrissene Jugoslawien wurde für Hitler eine leichte Beute. Die schlecht ausgerüstete Armee war zu keinem nachhaltigen Widerstand fähig, unter anderem deshalb, weil Kroaten und Slowenen wenig Bereitschaft zeigten, für den ungeliebten Staat Jugoslawien zu kämpfen. Viele von ihnen rückten gar nicht ein oder desertierten beim Herannahen der deutschen Panzer. Nach wenigen Tagen war das ganze Land erobert, die Regierung mit dem jungen König nach London ins Exil abgereist. Erbost über die Unzuverlässigkeit der jugoslawischen Politiker beschloss der Führer, den Staat zu zerschlagen und unter seine Nachbarn aufzuteilen. Kroatien sollte zusammen mit Bosnien und der Herzegowina zu einem unabhängigen Staat gemacht, Serbien unter deutsche Militärverwaltung gestellt werden, Italien sollte sich Dalmatien und Südslowenien, Ungarn seine ehemaligen Gebiete in der Vojvodina, Bačka und Baranja aneignen, Bulgarien wurde Mazedonien und dem italienisch besetzten Albanien das Kosovo und Westmazedonien zugeschlagen.

In Zagreb weigerte sich der Führer der Kroatischen Bauernpartei, Maček, in deutschem und italienischem Auftrag eine Regierung zu bilden. Er liess sich aber dazu herbei, als Vizepräsident des letzten jugoslawischen Kabinetts formell zurückzutreten und die Regierungsgewalt einem Anhänger des Ustascha-Führers Pavelić, Slavko Kvaternik, zu übergeben. Dieser proklamierte dann, kurz bevor die deutschen Vorhuten in der kroatischen Hauptstadt eintrafen, die Unabhängigkeit Kroatiens.

Niemand konnte sich aber darüber täuschen, dass dies nicht eine Staatsgründung aus eigener Kraft war. Kroatien blieb denn auch, während der ganzen Dauer des Zweiten Weltkriegs ein von den Deutschen und Italienern besetztes Gebiet, dessen Grenzen von Hitler und Mussolini diktiert wurden.

Pavelić kehrte mit ein paar hundert Anhängern aus Italien zurück, um die Regierungsgewalt im Unabhängigen Staat Kroatien zu übernehmen. Er fand Unterstützung am rechten Flügel der Kroatischen Bauernpartei Mačeks, wo die Autonomielösung von 1939, der sogenannte «Sporazum», als ungenügend empfunden worden war und wo sich der Einfluss des deutschen «Blut und Boden»-Kults stark bemerkbar machte. Nach einem in den Dreissigerjahren verbreiteten Muster hatte die Bauernpartei eine Art Parteimiliz aufgebaut, deren Mitglieder sich der Ustascha-Ideologie zugänglich zeigten. Zur Zusammenarbeit bereit waren auch rabiat nationalgesinnte Teile des katholischen Klerus, die aus Kroatien einen Vorposten des Katholizismus auf dem Balkan machen wollten, sowie nationalistische Studentenorganisationen an der Universität Zagreb.

Das neue Regime besass keinen starken Rückhalt in der Bevölkerung. Dass Pavelić gezwungen worden war, den grössten Teil Dalmatiens aufzugeben, das im kroatischen Bewusstsein als besonders kostbarer Besitz figurierte, wurde ihm als Schwäche angekreidet. Um so eifriger machte er sich daran, den erstmals seit dem Mittelalter unabhängig gewordenen Staat in Erfüllung alter Kollektivträume zum eigenen Nationalstaat zu gestalten. Als erstes dekretierte der «Poglavnik» Ante Pavelić eine Definition des Kroatentums, die davon ausging, dass die Kroaten blut- und rassemässig ein eigenes Volk und mit den Serben nicht verwandt seien. Darauf stützte er den Anspruch, dass ausschliesslich Kroaten das Recht hätten, die Gebiete des historischen Kroatien zu besiedeln, und dass Nichtkroaten von den Staatsgeschäften auszuschliessen seien.

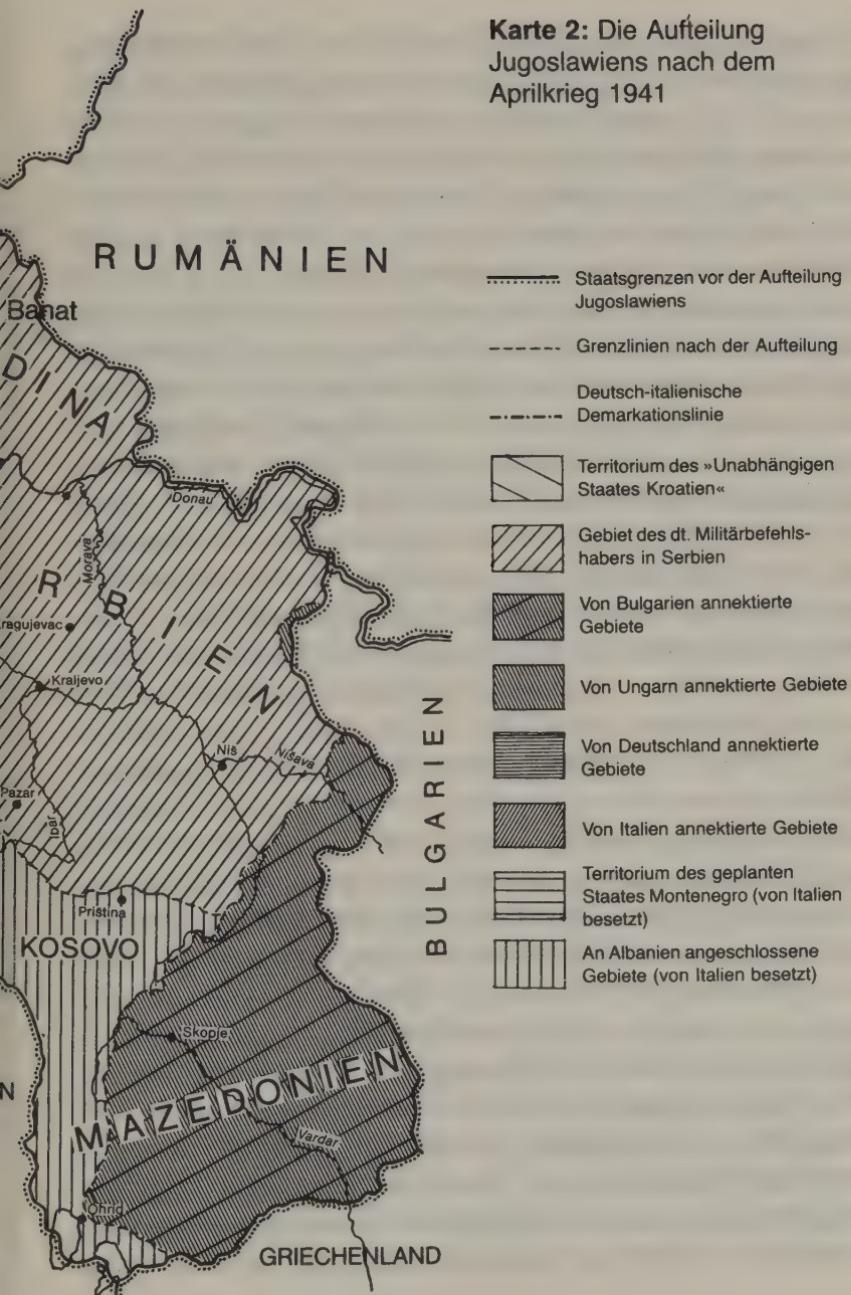
Als Konsequenz dieser Thesen wollte Pavelić einen völkisch reinen Staat schaffen. Dies in einem Land, in dem die Kroaten nur etwas mehr als die Hälfte der sechseinhalb Millionen Einwohner stellten und die Serben fast ein Drittel der Bevölkerung ausmachten! Als erstes wurde ein Staatsschutzgesetz erlassen, das jedem die Todesstrafe androhte, der gegen die «Ehre» und die «vitalen Interessen» des kroatischen Staates verstossen würde. Das gleiche galt selbst für jeden Versuch zu staatsfeindlichen Handlungen. Damit war eine rechtliche Grundlage geschaffen, die die Ermordung von Staatsfeinden oder Angehörigen nicht-kroatischer Minderheiten im voraus sanktionierte. Diese Gesetze wurden mit rückwirkender Wirkung versehen, auf Grund der Theorie, dass der kroatische Nationalstaat in Wirklichkeit immer existiert habe und die Errichtung des jugoslawischen Staates daher illegal gewesen sei. Der Staat der Ustascha galt nicht als neuer Staat, sondern als Rückkehr zu einem früheren Zustand, als «Croatia Restituta», das wiederhergestellte Kroatien.

Die Serben in Kroatien wurden auf dieser Grundlage zum Feindvolk erklärt. Die Serbisch-Orthodoxe Kirche durfte sich nicht mehr serbisch nennen, sie musste ihre Schulen schliessen. Der Gebrauch des kyrillischen Alphabets wurde unter Strafe gestellt. Den Serben war der Aufenthalt in bestimmten Regionen verboten, und an vielen Orten wurden sie gezwungen, ein blaues Armband mit dem Buchstaben P (für Pravoslav, orthodox) zu tragen. Die Rassenpolitik der Ustascha war im Grunde widersprüchlich. Gegenüber Juden und Zigeunern folgte man dem Vorbild der deutschen Rassengesetzgebung, und auch die Serben galten als minderwertige Rasse. Anderseits wurde nicht so sehr die Rassenzugehörigkeit als ein serbisches Nationalbewusstsein als strafwürdig angesehen. Wer darauf bestand, sich als Serbe zu bekennen, galt als Feind des Staates.

Die Serbenverfolgung lag ohne Ausführungsgesetzgebung direkt in der Hand der Ustascha-Führer und ihrer Parteimilizen.



Karte 2: Die Aufteilung Jugoslawiens nach dem Aprilkrieg 1941



Sie geschah nicht im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern systematisch gegenüber einer ländlichen Bevölkerung, die sich passiv verhielt und das neue Regime anfänglich widerstandslos hinnahm. Die Serben waren alarmiert, als nach der Machtübernahme frühere Politiker, Offiziere, Beamte, Priester und Lehrer verhaftet und in das Konzentrationslager Jasenovac oder andere Haftanstalten abtransportiert wurden. Doch gab man sich der Hoffnung hin, dass nach der anfänglichen Terrorwelle wieder Ruhe einkehren werde. Dies war eine Täuschung, denn im Sommer 1941, als das Gros der deutschen Besetzungssoldaten abgezogen wurde, um nach Russland verlegt zu werden, begannen Massaker und die Vernichtung ganzer Dörfer. An manchen Orten wurden die Serben auf dem Dorfplatz oder in der Kirche versammelt, angeblich um eine Proklamation anzuhören. Stattdessen wurden sie gefangengenommen und gefesselt abtransportiert. Irgendwo in einer einsamen Gegend wurden sie erschossen und die Leichen in Schluchten oder Karsthöhlen geworfen. Auch als sich die Nachricht von diesen Greueln weiterum verbreitete, wollten viele Serben nicht an eine systematische Ausrottungspolitik glauben. Sie verliessen sich darauf, dass sie in gutem Einvernehmen mit den im gleichen Ort wohnenden Kroaten gelebt und sich nie als serbische Nationalisten betätigt hatten, mussten aber bald ihren Irrtum einsehen. Später liessen die serbischen Dorfbewohner es nicht mehr so weit kommen und flüchteten beim Herannahen der Ustascha-Verbände in die Wälder und zu den Partisanen.

Im Gegensatz zu den Deutschen, die im Osten spezielle Polizeieinheiten und Mordkommandos einsetzten, die vor der Öffentlichkeit abgeschirmt wurden, gab das Pavelić-Regime sich keine Mühe, die Vorgänge geheimzuhalten. Einerseits suchte man angesichts der schmalen Verankerung der Ustascha im Volk möglichst viele in die Teilnahme an Ausrottungsmassnahmen hineinzuziehen. Wer mit solcher Schuld belastet war, würde sich,

so glaubte man, eifriger für die Erhaltung des Staats einsetzen. Anderseits wurde auch offen vorgegangen, um die Wirkung des Terrors zu verbreitern und die bedrohten Serben in die Flucht zu treiben. Es war die offen deklarierte Politik, die Serben entweder umzubringen, sie aus Kroatien zu vertreiben oder sie zum Katholizismus zu bekehren und damit zu Kroaten zu machen. Die Zahl der unter Zwang bekehrten Serben wird mit 240 000 angegeben, jene der getöteten Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina nach den bisher vertrauenswürdigsten Studien mit 330 000. Von serbischer Seite sind später Zahlen bis zu einer Million und darüber angegeben worden, doch dürfte es sich dabei um polemische Übertreibungen handeln. Für die deutsche Besetzungsmacht, die nicht eingreifen durfte, bedeutete der Vernichtungsfeldzug der Ustascha und der dadurch provozierte Widerstand eine Erschwerung ihrer Aufgabe. Hitler lehnte dennoch ab, als der deutsche Oberbefehlshaber auf dem Balkan, General Löhr, im Februar 1943 die Absetzung Pavelićs und die Einsetzung eines Reichskommissars für Kroatien anregte.

Befreiungskrieg unter kommunistischer Führung

Der organisierte Widerstand gegen die Besetzung begann in Serbien. Zwei Bewegungen machten sich gegenseitig Konkurrenz, die von Josip Broz Tito (1892–1980) organisierten kommunistischen Partisanen und die Tschetnik-Verbände des serbischen Generalstabsoffiziers Draža Mihailović (1893–1946). Tito als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens setzte sich die Schaffung eines kommunistischen Staats nach sowjetischem Muster zum Ziel. Mihailović als Royalist mit grossserbischen Überzeugungen gehörte der Exilregierung in London an und wollte das alte Jugoslawien unter serbischer Dominanz wiederherstellen. Tito betrieb die Auseinandersetzung mit den deutschen und italienischen Truppen mit nicht erlahmender

Energie und ohne grosse Rücksicht auf Verluste. Mihailović dagegen suchte seine Verbände im Hinblick auf den Zeitpunkt zu schonen, da die Alliierten auf dem Balkan eine zweite Front eröffnen würden. Zu diesem Zweck liess er sich immer wieder auf Zusammenarbeit vor allem mit den Italienern, zum Teil aber auch mit den Deutschen ein.

Partisanen und Tschetniks stiessen in Serbien auf energischen Widerstand. Mit drakonischen Massnahmen reagierten die Deutschen auf Überfälle von Titos Guerillagruppen. Der Befehl erging, für den Tod eines deutschen Soldaten 50 bis 100 Zivilisten hinzurichten. Darauf wurden in Kragujevac im Oktober 1941 zwischen 2000 und 3000 Personen, darunter viele Schüler, hingerichtet. Mit massiven Verstärkungen gelang es der deutschen Wehrmacht, die Partisanen aus Serbien, wo sie zeitweise das Gebiet um Užice völlig beherrschten, zu vertreiben. Mit einer Truppe von rund 2000 Mann gelang Tito der geordnete Rückzug in das Berggebiet von Ostbosnien. In der Stadt Foča errichtete er ein neues Hauptquartier.

Tito beschränkte sich nicht auf eine Guerillataktik mit Überfällen und Sabotageakten, sondern trat den Besetzungstruppen, wenn seine taktischen Ziele es erforderten, auch frontal gegenüber. Er formte sein Partisanenheer zu einer disziplinierten und hochbeweglichen Streitmacht mit einer gesamtjugoslawischen Zielsetzung. Er verbot streng die Drangsalierung der Zivilbevölkerung und warb überall um die Unterstützung der Bauern, wobei er die sozialrevolutionären Ziele der Kommunisten verschleierte und gegenüber der Parole der Volksbefreiung in den Hintergrund schob. Sein Anhang wuchs mit jeder Vergeltungsaktion der Besetzungsmächte, denn die aus ihren Dörfern vertriebenen Bauern schlossen sich in Massen den Proletarischen Brigaden an.

In der Befreiungsarmee dominierten am Anfang die Serben, die mit Tito aus Serbien gekommen waren, und ihnen strömten zu-

nächst die Serben aus Bosnien und Herzegowina zu, die dem Terror der kroatischen Ustascha ausgesetzt gewesen waren. In den Serbengebieten der ehemaligen Militärgrenze im Bergland hinter der Adriaküste bildeten sich zuerst befreite Gebiete, die ihre eigene Verteidigung organisierten. Die kommunistische Führung sorgte jedoch dafür, dass die Fronten in Bewegung blieben und der Aufstand in immer neue Gegenden getragen wurde. Im Gebiet Kroatiens standen die Partisanen unter dem Kommando der kroatischen KP-Führung, womit verhindert werden sollte, dass der Guerillakrieg zu einer serbisch-kroatischen Auseinandersetzung degenerierte. Mit der Zeit schlossen sich mehr und mehr Kroaten den in ihrem Gebiet operierenden Partisanen an.

Die bosnischen Muslime, die von den Tschetniks als Feinde behandelt wurden und deren Dörfer einem blutigen Terror ausgesetzt waren, neigten eingedenk ihrer alten Konflikte mit den Serben dazu, bei der Ustascha Schutz zu suchen und sich ihren Einheiten anzuschliessen. Unter Vermittlung des nazifreundlichen Muftis von Jerusalem suchten sie bei den Deutschen um die Erlaubnis nach, bewaffnete Selbstschutzverbände aufzustellen. Diese wurde ihnen verweigert. Dagegen wurden sie zum Eintritt in eine spezielle muslimische Division der Waffen-SS aufgefordert. So kämpften bosnische Muslime unter deutschem Kommando gegen die kommunistischen Partisanen, in deren Reihen sich ebenfalls zahlreiche Muslime befanden. Die muslimische «Handschar»-Division wurde von den Deutschen dazu verwendet, in Ostbosnien zeitweise eine Art eigene, vom Pavelić-Regime unabhängige Zone mit einem besonders harten Besetzungsregime zu schaffen. Das brachte den Muslimen Hass von beiden Seiten ein. Viele von ihnen wurden nach dem Krieg als Kollaborateure hingerichtet. Unter dem Eindruck der Kriegergebnisse und vor der Aussicht auf ein kommunistisches und atheistisches Regime suchten zahlreiche Muslime 1945 ihr Heil in der Auswanderung nach der Türkei.

Titos Volksbefreiungsarmee hatte im Winter und Frühjahr 1943 ihre grosse Bewährungsprobe durchzustehen. Nach den Niederlagen von Stalingrad und El Alamein rechnete Hitler mit der Eröffnung einer neuen Front durch die Alliierten auf dem Balkan. Er erteilte daher den Befehl zu einer «Operation Weiss», deren Aufgabe sein sollte, die Herrschaft der Partisanen im südlichen Kroatien und westlichen Bosnien zu liquidieren. Vor den zu diesem Zweck eingesetzten deutschen, italienischen und kroatischen Verbänden zogen die Partisanen sich unter schwierigsten winterlichen Verhältnissen nach Süden, an die Neretva in der Herzegowina, zurück. Von allen Seiten bedrängt, gelang es Tito, mit seiner Streitmacht samt den mitgeführten Verwundeten über den Fluss ins montenegrinische Gebirge durchzubrechen und gleichzeitig den auf italienischer Seite eingesetzten Tschetnik-Verbänden eine schwere Niederlage beizubringen.

Als der Frühling kam, wurde mit der deutschen «Operation Schwarz» die Lage für die Partisanen noch einmal gefährlich. In der Schlacht an der Sutjeska wurde ihre Durchhaltekraft und Beweglichkeit hart auf die Probe gestellt. Doch sie vermochten sich ein weiteres Mal der drohenden Einkreisung zu entziehen und sich durch die Berge nach Ostbosnien durchzuschlagen. Der Sturz Mussolinis brachte dann eine Wende. Bei der Kapitulation der italienischen Truppen fielen den Partisanen grosse Mengen von Waffen in die Hände. Die geschwächten Besetzungskräfte wurden durch deutsche Divisionen wieder verstärkt. Sie vermochten die Befreiungsarmee aber nicht mehr in Bedrängnis zu bringen. Diese begann vielmehr jetzt auf breiter Basis, lokale Administrationen zu errichten, die sich um die Versorgung, den Wiederaufbau von Häusern und die Wiederherstellung von Strassen kümmerten und zu diesem Zweck auch Steuern einzogen.

Schon im November 1942 hatten sich Abgesandte aus allen Landesteilen im westbosnischen Bihać zur Gründung eines

«Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung» getroffen. Das dabei gewählte Exekutivkomitee blieb aber im Schatten der von Tito und seinen kommunistischen Gefährten geleiteten militärischen Führung. Ein Jahr später wurde ein weiteres Treffen nach Jajce einberufen. Hier wurde von kommunistischen und nicht-kommunistischen Vertretern die Schaffung eines neuen Jugoslawien auf föderativer Grundlage beschlossen und ein Nationalkomitee als provisorische Regierung unter dem Vorsitz Titos bestellt. Gleichzeitig sprach man der in London residierenden Exilregierung alle Befugnisse ab und verbot König Peter die Rückkehr.

Dies war eine Herausforderung auch für die Sowjetunion, die an den Abmachungen unter den Alliierten festhalten und die Kontrolle über die Errichtung kommunistisch gelenkter Staatswesen in Osteuropa in der Hand behalten wollte. Da die Jugoslawen ihre Erfolge aus eigener Kraft erzielt und die Sowjets ihnen in der Not keinen Beistand geleistet hatten, konnte Stalin sie nicht zu einem andern Verhalten zwingen. Die Briten hingegen, die ihren Einfluss auf die Geschehnisse im Balkangebiet nicht verlieren wollten, suchten zwischen Tito und Stralin sowie zwischen der provisorischen Regierung und der Exilregierung in London zu vermitteln. Als Ergebnis wurden bei Kriegsende zwei Exilminister sowie ein paar Vertreter der Vorkriegsparteien in die erste Regierung des «Demokratischen Föderativen Jugoslawien» aufgenommen.

Titos Partisanenarmee führte die Befreiung fast vollständig aus eigener Kraft zu Ende. Erst bei ihrem Vordringen nach Serbien gegen Ende des Jahres 1944 vermochte die mittlerweile nach Ungarn vorgedrungene Rote Armee Hilfe zu leisten. Die Kämpfe mit den aus Griechenland und Bulgarien zurückweichenden deutschen Truppen dauerten bis in die letzten Kriegstage. Kroatische Ustascha-Milizen und slowenische Heimwehrverbände suchten dem Rückzug der Deutschen aus Furcht vor

der Rache der Partisanen über die Grenze nach Österreich zu folgen, wurden aber von den inzwischen nach Kärnten einmarschierten Briten daran gehindert und zurückgeschickt. Rund zehntausend Ustascha-Garden und Heimwehroffiziere fielen Massenexekutionen zum Opfer. Auch anderswo wurde mit den einheimischen Gegnern der Partisanen kurzer Prozess gemacht. Viele kamen in Lagern um. Die blutige Abrechnung blieb als kommunistisches Gegenstück zu den Greuelaten der kroatischen Faschisten im Gedächtnis haften.

Vom nationalen Widerstand zur sozialistischen Revolution

Nachdem das Ziel der militärischen Befreiung des Landes erreicht war, ging Tito sogleich an die sozialistische Umgestaltung nach sowjetischem Vorbild. Das Instrument dazu war die Vaterländische Front, in der nichtkommunistische Parteien und Gewerkschaften mitwirken konnten, dabei aber von den Kommunisten strikt kontrolliert wurden. Ausserhalb der Front wurde keine politische Tätigkeit geduldet. Die Kommunistische Partei stand unter streng zentralistischer Führung und gab nationalen Interessen der verschiedenen Völker keinen Raum zur Entfaltung. Das Land wurde jetzt in sechs Republiken, Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien gegliedert. Als konstituierende Nationen galten formell die Serben, Kroaten, Slowenen, Montenegriner und Mazedonier. Alle andern Bevölkerungsteile wurden als Nationalitäten bezeichnet, denen weitgehende kulturelle Rechte zugestanden wurden. Aus dem Gebiet Serbiens wurden mit Rücksicht auf die ungarischen und albanischen Minderheiten zwei autonome Gebiete, Vojvodina und Kosovo-Metohija, ausgeschieden. Die bundesstaatliche Struktur des Landes löste äusserlich das Problem der nationalen Rivalitäten, die zum Untergang des ersten jugoslawischen Staates geführt hatten. Doch das Ziel der Kom-

munisten war ein zentral gelenkter Staat. Sie waren überzeugt, dass der Übergang zum Sozialismus die nationalen Gegensätze mit der Zeit obsolet machen werde. Dies sollte sich im späteren Verlauf als grosse Täuschung erweisen.

Jugoslawien hatte seine Befreiung ohne Hilfe der Roten Armee erstritten und sich in seiner Aussenpolitik nicht an die Wünsche Stalins gehalten. Im Innern gebärdeten sich die jugoslawischen Kommunisten stalinistischer als Stalin, der in den von der Sowjetarmee besetzten Nachbarstaaten ein langsameres Vorgehen, allerdings mit dem gleichen Ziel der sozialistischen Umgestaltung, wählte. Schon im November 1945 traten die aus der Exilregierung übernommenen Minister unter kommunistischem Druck zurück. Darauf wurde von der kurz zuvor gewählten und von der Volksfront dominierten Verfassunggebenden Versammlung die Monarchie definitiv abgeschafft und die Föderative Volksrepublik Jugoslawien ausgerufen. In ihr waren die Republiken der Bundesregierung in allen entscheidenden Fragen untergeordnet. Leitprinzip war der «demokratische Zentralismus».

Noch vor dem Kriegsende waren die in deutschem oder im Besitz von «Kollaborateuren» befindlichen Unternehmen verstaatlicht worden. In weiteren Wellen wurde die Nationalisierung vervollständigt. Den Bauern gegenüber, die das Gros der Partisanenarmee gebildet hatten, übte das Regime Zurückhaltung. Enteignet wurden jedoch alle Grossbetriebe und der Besitz der vertriebenen deutschen Bauern in Slawonien und der Vojvodina. Daraus wurden zum Teil Staatsgüter geschaffen, anderes Land an serbische Kolonisten aus unterentwickelten Regionen verteilt. Die Arbeiterklasse hatte nach dem damaligen Sprachgebrauch die Macht übernommen, und in ihrem Namen übte die Kommunistische Partei die Diktatur des Proletariats aus.

Ob dieses stalinistische System auf die Dauer das Problem der nationalen Gegensätze gelöst oder doch unter dem Teppich gehalten hätte, wird man nie wissen. Wahrscheinlich nicht. Doch

der schon im Verlauf des Krieges angelegte Konflikt mit Stalins machtpolitischen Ansprüchen brach 1948 die vorgezeichneten Entwicklungslinien und führte Jugoslawien auf neue Wege. Stalin hatte versucht, durch eine Politik der Verlockungen und der Einflussnahme das Land Titos der Hegemonie der Sowjetunion unterzuordnen, stiess aber auf zähen Widerstand der selbstbewussten jugoslawischen Kommunistenführer. Diese zeigten kein Interesse an gemeinsamen sowjetisch-jugoslawischen Firmen, wie sie anderswo in Osteuropa zum Zweck der wirtschaftlichen Beherrschung gegründet wurden, und fuhren entschieden dazwischen, als der sowjetische Geheimdienst ihre Partei zu unterwandern versuchte.

Scharfe Meinungsverschiedenheiten ergaben sich auch über Titos aussenpolitische Unternehmungen gegenüber den Nachbarstaaten auf dem südlichen Balkan. Stalin fürchtete, wegen Titos Unterstützung für die aufständischen griechischen Kommunisten des Generals Markos in einen Machtkampf mit den westlichen Alliierten verwickelt zu werden. Nachdem er zuvor Belgrader Pläne für Zusammenschlüsse mit Bulgarien und Albanien unterstützt hatte, schwenkte er, aus Furcht, dass Tito zu mächtig werden könnte, um und schaltete auf Gegenkurs.

Stalin brach im Frühjahr 1948 die Handelsbeziehungen ab und rief die militärischen Berater und zivilen Sachverständigen aus Jugoslawien zurück. An einer Sitzung des Kommunistischen Informationsbüros, das 1947 als Neuauflage der Kommunistischen Internationale gegründet worden war, sollten die jugoslawischen Führer sich rechtfertigen. Diese waren sich aber im Klaren, dass es nicht um Diskussion, sondern um Unterordnung ging, und lehnten die Teilnahme ab. Darauf wurden sie am 28. Juni 1948 aus der Organisation ausgeschlossen. Die jugoslawischen Kommunisten wurden aufgefordert, sich ihrer Führer zu entledigen. Eine wohlorchestrierte Propagandakampagne beschuldigte Jugoslawien des Verrats an der Arbeiterbewegung.

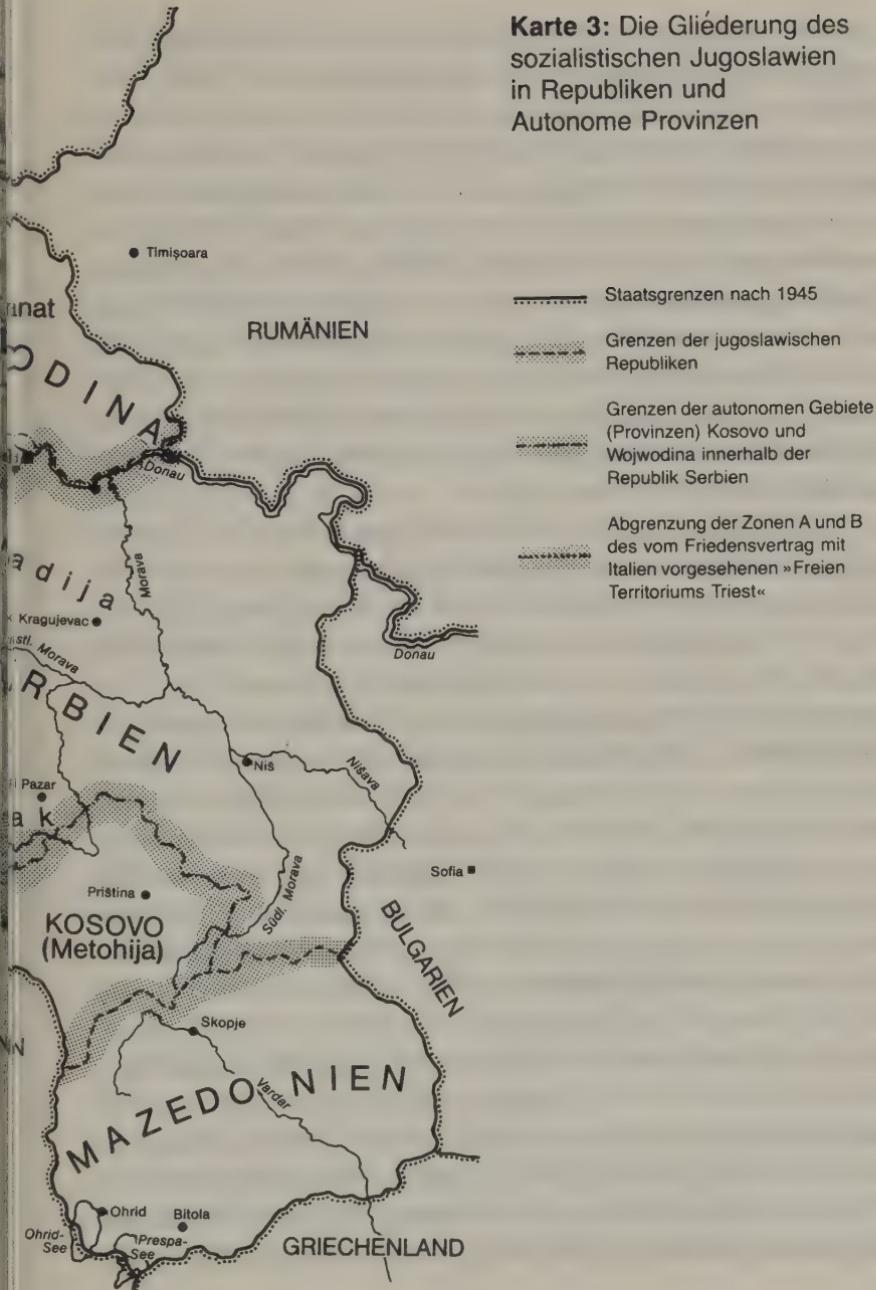
Auflehnung gegen Stalin

Tito antwortete zunächst in stalinistischer Manier, indem er seine Geheimpolizei anwies, sämtliche Parteimitglieder zu verhaften, die der Sympathie für die Kominform-Resolution verdächtigt wurden. Rund 15000 Personen wurden auf die kahle Adria-Insel Goli Otok geschafft und dort während Jahren unter härtesten Bedingungen interniert. Stalin hatte gehofft, nationale Spannungen für sich nutzbar machen zu können, doch Tito unterdrückte jede Regung. Der frühere kroatische Parteisekretär Andrija Hebrang, der sich 1944 mit der zentralen Führung überworfen hatte, wurde der Konspiration mit den Russen beschuldigt und verhaftet. Er starb später im Gefängnis.

Jugoslawien sah sich jetzt einer Wirtschaftsblockade und völliger politischer Isolierung ausgesetzt. Obwohl er noch kurz zuvor einen heftigen Propagandakrieg gegen den Westen geführt hatte, schwenkte Tito kurzentschlossen um. Er verkündete die Einstellung der Hilfe an die griechischen Kommunisten im Bürgerkrieg und bat die Weltbank um finanzielle Unterstützung. Er nahm damit auf sich, dass ihm Stalin Verrat am sozialistischen Lager vorwerfen konnte. Ohne Rückhalt im Westen gab es jedoch für ihn kein Überleben. Welches Schicksal ihm bei einer Unterwerfung geblüht hätte, konnte der jugoslawische Staatschef an den «Titoisten-Prozessen» in Budapest und Sofia ablesen, wo hohe Partefunktionäre wie der ungarische Aussenminister Laszlo Rajk (1909–1949) und der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Traitscho Kostov (1897–1949) wegen Hochverrats zum Tod verurteilt wurden. Ominöse Truppenbewegungen der Roten Armee veranlassten die jugoslawische Führung, Vorbereitungen für einen neuen Partisanenkrieg zu beginnen. Angesichts der Bedrohung Jugoslawiens machte die Regierung der USA deutlich, dass sie bei einem Eroberungsversuch der Roten Armee nicht neutral bleiben würde.



Karte 3: Die Gliederung des sozialistischen Jugoslawien in Republiken und Autonome Provinzen



In der Auseinandersetzung mit Stalin entwickelten die jugoslawischen Kommunisten eine neue ideologische Basis ihrer Tätigkeit. Die Parteitheoretiker stellten fest, dass die Sowjetunion vom marxistisch-leninistischen Dogma abgewichen sei und in ihren Beziehungen zu andern sozialistischen Staaten von einem grossrussischen Imperialismus geleitet werde. Sie kritisierten insbesondere, dass sich die Fabriken 30 Jahre nach der Oktoberrevolution noch immer in der Hand des Sowjetstaates befänden und dass dieser keine Anstalten mache, so wie Marx es gelehrt hatte, abzusterben und zu verschwinden. Sie zogen aus ihrer Kritik konkrete Folgerungen und entwickelten die Idee der Arbeiterselbstverwaltung und des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsstätten.

Zunächst probeweise, ab 1950 auf gesetzlicher Basis wurden in den Betrieben Arbeiterräte gebildet, die zwar keine wirklichen Befugnisse besassen, der Partei jedoch die Behauptung erlaubten, dass die Fabriken den Arbeitern übergeben worden seien. Alle Entscheidungen lagen weiterhin bei den von oben eingesetzten Betriebsleitern, die wiederum nach den Weisungen der zuständigen Ministerien arbeiteten. Es war aber nicht möglich, bei dieser symbolischen Handhabung eines als zentral erklärten Prinzips stehen zu bleiben. Im Jahre 1952 wurde ein «neues Wirtschaftssystem» eingeführt, das einerseits den Arbeiterräten die Verfügung über einen kleinen Teil des erarbeiteten Mehrwerts erlaubte, andererseits an die Stelle starrer Planvorgaben die Richtlinien eines «Gesellschaftsplans» setzte. In seinem Rahmen sollten Angebot und Nachfrage ins Spiel kommen.

Aus der jugoslawischen Kritik an der bürokratischen Deformation der sowjetischen Kommunistischen Partei wurde die Folgerung abgeleitet, dass die jugoslawische KP ihre Rolle revidieren müsse. Sie sollte in Zukunft nicht mehr Staat und Wirtschaftsleben lenken, sondern eine geistige Elite bilden und die allgemeine Richtung angeben. Um den Unterschied zu den

Regierungsparteien der sowjetischen Satellitenstaaten deutlich zu machen, wurde die Partei in «Bund der Kommunisten Jugoslawiens» umbenannt, die bisherige «Volksfront» in «Sozialistische Allianz». Der neuen Ordnung entsprechend wurde der zentrale Staatsapparat stark abgebaut. Die Entscheidungen sollten näher an der Basis getroffen werden. Im Sinne der Dezentralisierung erhielten die Republiken und die Lokalbehörden, die bisher nur ausführende Organe gewesen waren, neue Kompetenzen. Die ganzen Neuerungen wurden 1953 in einer neuen Verfassung verankert. Sie hatten günstige Auswirkungen für die Wirtschaft, schufen aber auch, was nicht sogleich erkannt wurde, wieder Ansatzpunkte für nationale Interessengegensätze und brachten Jugoslawien auf die Bahn, die zehn Jahre nach Titos Tod zum Zerfall des von ihm geschaffenen Bundesstaats führte. Zunächst aber erzwang der scharfe Gegensatz zur Sowjetunion noch innere Einheit und Verzicht auf nationale Sonderwege.

Die antistalinistische und antibürokratische Kampagne entfaltete eine schwer zu bremsende Dynamik. Niemand wusste, wo die Grenze zwischen Regierungstätigkeit und Selbstverwaltung gezogen werden sollte. Vielen Kommunisten fiel es schwer, sich unter den neuen Verhältnissen zurechtzufinden. Ihnen galt die pointierte Kritik des Milovan Djilas (1911–), der als Mitarbeiter Titos zum engsten Führungskreis von Partei und Staat gehörte. In der Parteizeitung «*Borba*» forderte er die Parteigenossen auf, sich von alten Vorstellungen einer besonderen Berufung zu trennen. Die Partei sollte auf ihre führende Rolle zugunsten der «Sozialistischen Allianz» verzichten. Djilas nahm damit im Grunde nur das auf, was vorher auf dem Papier beschlossen worden war. Die harten Worte, in denen er sich ausdrückte, wurden jedoch von vielen als verletzend empfunden. Und sie schienen manchen nicht mehr angebracht, als Stalin im März 1953 starb und sich damit die Frage stellte, ob die Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus in gleicher Form weitergehen werde.

Grenzen der Liberalisierung

Djilas wurde 1954 wegen ideologischer Abweichung aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und all seiner Partei- und Regierungsämter enthoben. Dies war auch ein Signal für die Nachfolger Stalins, denen daran gelegen war, die Beziehungen zu Jugoslawien zu normalisieren und das Land dem Einfluss des Westens zu entziehen. Sie hatten dabei auch ihre osteuropäischen Satellitenstaaten im Auge, wo die erfolgreiche Selbstbehauptung der Jugoslawen hoffnungsvoll verfolgt worden war. Der neue Parteisekretär Chruschtschew und Ministerpräsident Bulganin reisten nach Belgrad und unterschrieben dort eine gemeinsame Erklärung, die Belgrader Deklaration von 1955, über friedliche Koexistenz und Respektierung der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung aller Staaten, ungeachtet der Unterschiede der Ideologie und der Gesellschaftsordnung. Ein Jahr später, nach Chruschtschews grosser Abrechnung mit Stalin auf dem 20. Parteitag der KPdSU, wurden die Beziehungen nach den gleichen Grundsätzen auch zwischen den Parteien wieder angeknüpft.

Moskau war allerdings nicht bereit, das Gleiche auch in den Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten gelten zu lassen, wie sich bei der brutalen Niederschlagung des ungarischen Aufstands von 1956 zeigte. Es suchte vielmehr Jugoslawien auf dem Weg über ein gemeinsames «Friedensmanifest» der regierenden kommunistischen Parteien wieder zur Anerkennung der Einheit des «sozialistischen Lagers» zu bewegen. Dafür war Tito aber nicht zu haben. Die jugoslawischen Kommunisten setzten ihren eigenen Weg fort und entwickelten die Idee der Arbeiter-Selbstverwaltung weiter, die bis dahin im wesentlichen nur auf dem Papier existierte. Im Jahr 1961 erhielten die Belegschaften erstmals das Recht, über die erarbeiteten Gewinne zu verfügen und die Saläre der einzelnen Arbeitnehmer festzuset-

zen. Zuvor allerdings mussten sie Abgaben an den Staat leisten. Die jugoslawischen Arbeiter waren damit keine Unternehmer geworden. Sie suchten ihre Einkommen auch in jenen Betrieben zu steigern, die unrentabel wirtschafteten. Die Steigerung der Einkommen liess jene der Produktivität rasch hinter sich. Über Investitionen und wichtige Fragen der Unternehmensführung wurde auf der Ebene der Republiken und der Lokalverwaltungen nach politischen Interessen entschieden, wobei wirtschaftliche Gesichtspunkte meist zu kurz kamen. Dazu kam eine Wirtschaftsflaute, die die Industrieproduktion stagnieren liess.

Im Bund der Kommunisten gab es am Beginn der sechziger Jahre langwierige Auseinandersetzungen. Die einen wollten den Weg zurück einschlagen und Partei und Staat wieder in die alten Lenkungsfunktionen einsetzen. Die andern dachten mehr daran, das Selbstverwaltungssystem zu verbessern und die Wirtschaft noch stärker zu dezentralisieren. Man scheute sich vor dem Eingeständnis, in eine Sackgasse geraten zu sein, konnte sich aber auch nicht zu eindeutigen Entscheidungen durchringen, die die Wirtschaft aus der immer noch dominierenden Macht des Staates befreit hätte. An der Spitze derjenigen, die auf Staatsintervention setzten, stand der Sekretär des Zentralkomitees Alexander Ranković (1909–1983), ein Serbe, dem auch der staatliche Sicherheitsapparat unterstand. Führend unter den Befürwortern eines weiteren konsequenten Ausbaus der Selbstverwaltung war der zum innersten Führungskreis gehörende Parteitheoretiker slowenischer Herkunft Edvard Kardelj (1910–1979).

Auf einem Parteikongress im Dezember 1964 erlitt Ranković in der Diskussion über die wirtschaftlichen Probleme eine Niederlage. Der von ihm geforderte Kurswechsel wurde abgelehnt, die «sozialistische Marktwirtschaft» als Leitlinie beibehalten. Die Auseinandersetzung drehte sich in hohem Masse um die divergierenden Interessen der verschiedenen Republiken. Zum erstenmal seit 1945 wurde wieder offen über nationale Gegen-

sätze gesprochen. Ranković wurde vorgeworfen, bei seinem Eintreten für mehr zentrale Lenkung vor allem das serbische Interesse im Auge zu halten. Anderseits waren es die Vertreter der am meisten entwickelten Republiken, Slowenien und Kroatien, die sich am stärksten für die Selbstverwaltung einsetzten. Obwohl die letzteren siegten, vermochte Ranković dank seiner Zuständigkeit für Parteikader und Geheimdienste die Entwicklung noch eine Zeitlang zu bremsen.

Wende nach dem Sturz Rankovićs

Der Konflikt wurde schliesslich mit der Absetzung Rankovićs auf einer Sitzung des Zentralkomitees im Juli 1966 beendet. Tito beschuldigte ihn, sich mit konspirativen Mitteln der Parteilinie widersetzt und selbst den Staatschef mittels verborgener Mikrophone bespitzelt zu haben. Der Sturz Rankovićs leitete einen Umbau der Parteistrukturen ein. Die Parteiorganisationen in den Republiken erhielten jetzt eine eigenständige Rolle zugewiesen. Gleichzeitig war der Abgang des allmächtigen Sicherheitschefs ein Signal dafür, dass nationale Anliegen, zwar nicht von jedem, aber von den dazu Befugten, wieder öffentlich erörtert werden konnten. Zunächst ging es um Sprachenfragen. Eine Gruppe slowenischer Kommunisten forderte in einem offenen Brief Gleichberechtigung für die slowenische Sprache in der Verfassung. Einen ähnlichen, noch harmlosen Vorstoss unternahmen die Mazedonier. Bedenklicher wurde es für die Sache Jugoslawiens, als kroatische kulturelle Institutionen die Auflösung der serbisch-kroatischen Sprachgemeinschaft und die Verwendung eines rein kroatischen Vokabulars im amtlichen Gebrauch der Republik forderten. In Serbien empörte man sich über diesen «nationalistischen Auswuchs» und konterte sogleich mit einem Vorschlag zur Wahrung der kulturellen Autonomie der in Kroatien lebenden Serben.

Eine weitere Folge der Absetzung Rankovićs waren Unruhen in der autonomen Provinz Kosovo, deren albanische Bevölkerung zuvor mit harter Hand niedergehalten worden war. Im Zeichen der Dezentralisierung erhielt sie jetzt mehr Selbstverwaltung zugestanden, wollte sich aber damit nicht begnügen und verlangte unter Hinweis auf das viel kleinere Montenegro, dass ihr der Status einer Republik verliehen werden sollte. Für die Serben, die Kosovo als ihre Urheimat betrachten, war dies nicht annehmbar. Aber noch wurden serbische Intellektuelle gemassregelt, die in der Öffentlichkeit auf eine Benachteiligung der serbischen Minderheit in der autonomen Provinz aufmerksam machten.

Der Streit um die Verteilung der öffentlichen Mittel zwischen dem schwach entwickelten Süden und dem industrialisierten Norden konnte jetzt fast unbehindert ausgetragen werden. Mit Hilfe ihrer lokalen Zeitungen lancierte die Regierung Sloweniens 1969 einen öffentlichen Protest gegen die ungerechte Behandlung ihrer Republik bei der Zuteilung von Geldern für den Straßenbau. Das Beispiel sollte bald Schule machen. Während dem kleinen Slowenien eine gewisse Narrenfreiheit zugestanden werden konnte, rührte der nationale Aufbruch, den Kroatien von 1968 bis 1971 erlebte, an die Grundlagen des jugoslawischen Staates. Der «kroatische Frühling», über den weiter unten mehr zu sagen sein wird, wurde von Tito mit einem Machtwort beendet. Wie es seine Gewohnheit war, liess er zum Ausgleich wenig später auch die serbische Führung ersetzen. Es kam aber nicht zu einer Rezentralisierung. Vielmehr wurde in mehreren Schritten eine Verfassungsreform durchgeführt, die den Bundesstaat entscheidend schwächte.

Die bis zum Ende des jugoslawischen Staates gültige Verfassung von 1974 räumte den Republiken eine beinahe ausschliessliche Kompetenz zur Gestaltung der Wirtschaftspolitik ein und untergrub damit im voraus alle späteren Reformver-

suche der Bundesregierung, die in der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre vergeblich einen einheitlichen liberalisierten Markt zu schaffen suchte. Präokkupiert mit der Sorge, Streit unter seinen Nachfolgern verhindern zu müssen, schrieb Tito als Präsident auf Lebenszeit in der Verfassung die Einrichtung eines Bundespräsidiums aus Vertretern der sechs Republiken und der beiden autonomen Gebiete vor, dessen Vorsitz nach seinem Tod jährlich wechseln sollte. Diese Anordnung sollte sich später als untauglich zur Lösung schwerer Staatskrisen erweisen. Analog dazu wurde auch die oberste Führung des Bundes der Kommunisten in einer Weise umgestaltet, die bei Meinungsverschiedenheiten zur Lähmung der obersten Entscheidungsgewalt führen musste.

In der täglichen Wirklichkeit waren Verfassungsbestimmungen zu Lebzeiten Titos von geringer Bedeutung. Der Präsident auf Lebenszeit regierte wie ein Monarch und pflegte sich, im Vertrauen auf die Autorität seines Auftretens, oft längere Zeit in eine der königlichen Residenzen, vorzugsweise auf die Adria-Insel Brioni in Istrien, zurückzuziehen. Wenn ihm die Notwendigkeit gegeben schien, griff er energisch in die Politik ein und korrigierte den eingeschlagenen Kurs. Nach dem Tod des Staatschefs blieben diese Korrekturen aus. Permanenter Streit unter den Republiken legte die zentralen Bundesinstanzen lamm. Den Zerfallstendenzen stand kein festes institutionelles Gefüge im Wege. Es fehlte vor allem die demokratische Legitimation durch direkte Wahlen, vor denen sich die Kommunisten mit Recht fürchteten. Der Streit um ihre Einführung war es denn auch, an dem nicht nur der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, sondern mit ihm der von Tito geschaffene Bundesstaat zerbrach. Das jugoslawische Zwitterwesen zwischen kommunistischer Diktatur und westlicher Demokratie, das im Windschatten des Weltkonflikts stabil genug erschien, sollte das Ende des Kalten Kriegs nicht überleben.

Renaissance der Nationalismen

Serbiens Selbstverständnis als Kernland Jugoslawiens

Die nach dem Krieg gegründete Sozialistische Föderativrepublik Jugoslawien gruppierete sich um Serbien und um seine Hauptstadt, die unbestrittenemassen ihre Rolle als Kapitale des Gesamtstaats behielt. Auch setzten sich die Traditionen der Zwischenkriegszeit insofern fort, als in den Kadern der Armee und in der Beamenschaft des Bundesstaats weiterhin die Serben dominierten. Dieses Zusammenfallen serbischer und gesamtstaatlicher Interessen machte es für die Serben leichter, die von der obersten Führung verfügte Reduzierung des Gebiets ihrer Republik um die zwei autonomen Gebiete Kosovo und Vojvodina zu verschmerzen. Offen durfte die föderative Neugliederung ohnehin nicht diskutiert werden, galt doch jede Erörterung solcher Themen in der Zeit des staatlich dekretierten Aufbaus des Sozialismus als strafbare nationalistische Abweichung. Bewusst wurde darauf verzichtet, den Serben in Kroatien oder Mazedonien einen Minderheitenstatus einzuräumen. Ihre Rechte galten als durch den Status einer konstituierenden Nation im Gesamtstaat gesichert.

In der nach dem Bruch mit Stalin beginnenden Auseinandersetzung um die neue Doktrin der Arbeiterselbstverwaltung standen die serbischen Kommunisten auf der Seite der Zentralisten, die von der Aufsplitterung der Entscheidungszentren nichts Gutes erwarteten. Die Theoretiker der Selbstverwaltung glaubten, dass das gemeinsame Interesse der Arbeiter am gesellschaftlichen Besitz und dessen Förderung die nationalen Vorurteile

zum Verschwinden bringen werde und dass wie in den Vereinigten Staaten das allgemeine Streben nach Wohlstand zur Verschmelzung herkunftsmässiger Differenzen führen werde. In Wirklichkeit stärkte die neue Wirtschaftsordnung, die ja aus den Arbeitern keine Unternehmer gemacht hatte, die privilegierte Klasse der ehemaligen Partisanen, die in den Republiken und Kommunen die Macht ausübten und ihre Macht zur Mehrung ihres Einflusses und oft auch ihrer Privatinteressen im eigenen Bereich gebrauchten.

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens suchte der immer deutlicher sich abzeichnenden Stärkung der Republiken entgegenzuwirken. Deren Rechte auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet wurden vor allem von Kroatien und Slowenien verfochten. Die sporadisch betriebene Propagierung eines «Jugoslawismus» anstelle nationalen Gedankengutes blieb ohne Echo. Nur wenige machten von dem halbherzig propagierten Recht Gebrauch, sich den Behörden gegenüber als «Jugoslawe» zu bezeichnen. Der Parteiideologe Kardelj unternahm vergeblich den Versuch, der durch die Selbstverwaltungsexperimente geförderten nationalistischen Differenzierung eine verbindliche marxistische Interpretation zu geben und den Gegensatz von Republiken und Bundesstaat theoretisch zu überwinden. In einem Werk über den slowenischen Nationalismus anerkannte er zwar die nationale Ausrichtung der Republiken, wollte jedoch die jugoslawische Nation in eine höhere Kategorie einstufen, der nach seiner Meinung die Zukunft gehören würde. Der auf dem Papier unternommene ideologische Bremsversuch blieb ebenso unwirksam wie die bürokratischen und geheimpolizeilichen Hindernisse, die Alexander Ranković als Organisationssekretär der Partei und Geheimdienstchef zu errichten versuchte. Die Zielsetzung war zwar jugoslawisch, doch in den andern Republiken, vor allem im Nordwesten, wurde sie in erster Linie als Ausdruck serbischen Hegemoniestrebens empfunden.

Im Streit um die Rechte der Republiken verschoben sich die Fronten, als die wirtschaftliche Krise anfangs der Sechzigerjahre einen effizienteren Gebrauch der geschrumpften Investitionsmittel und eine Belebung der Wirtschaft durch Liberalisierung nahelegten. Die Politiker der entwickelteren Regionen verlangten eine auf Renditeerwartungen abstellende Lenkung der Kapitalströme, während Serbien, im Einverständnis mit Montenegro und später auch mit Mazedonien, einer durch die Republiken gesteuerten Entwicklungspolitik ohne Rücksicht auf Absatzchancen den Vorzug geben wollten. Vorwürfe nationaler Voreingenommenheit durchzogen eine Debatte, die nach aussen als Ringen um die beste Wirtschaftspolitik dargestellt wurde. Trotz aller Verschleierungsversuche war offensichtlich, dass sich die alten Bruchlinien zwischen den Bestandteilen Jugoslawiens wieder aufgetan hatten.

Der Konflikt wurde durch den Sturz Ranković im Frühjahr 1966 für den Augenblick entschärft. Seine Entfernung aus allen Führungspositionen wurde nur mit Missbräuchen der ihm unterstehenden Geheimpolizei begründet. Durchgesetzt hatte sich eine Politik weiterer Liberalisierung und Dezentralisierung der Entscheidungen, die allerdings von einer wirklich marktwirtschaftlichen Ordnung noch weit entfernt war. In serbischen Kreisen aber setzte sich das Gefühl fest, dass auch Serbien eine Niederlage im Verhältnis zu den andern Republiken erlitten habe. Das Ausscheiden Rankovićs brachte unter anderem einen Kurswechsel in Kosovo und damit eine Lockerung der Repression gegenüber der albanischen Bevölkerungsmehrheit mit sich. Auch das wurde in Serbien als Benachteiligung der serbischen Minderheit und mithin des serbischen Volkes allgemein verstanden. Eine Gruppe serbischer Intellektueller, darunter der Schriftsteller und spätere Präsident Restjugoslawiens, Dobrica Čosić, schlug in der Öffentlichkeit Alarm über die von ihnen befürchtete Existenzbedrohung der Serben in Kosovo und wurde dafür

von der Partei gemassregelt. Serbische Unzufriedenheit begleitete auch die Manifestationen des kroatischen Nationalismus, die im sogenannten «Kroatischen Frühling» gipfelten, und die Einführung der Verfassung von 1974, in der die Gebiete von Kosovo und der Vojvodina faktische Gleichberechtigung mit den Republiken erhielten, obwohl sie nominell weiterhin zu Serbien gehörten.

Wiedererwachendes Eigeninteresse Kroatiens

Kroatien war ebenso wie die andern Republiken Experimentierfeld für die Theorie der sozialistischen Selbstverwaltung. Durch sie hoffte man die negativen Folgen der stalinistischen Zentralverwaltungswirtschaft zu beseitigen, ohne die revolutionären Errungenschaften des Siegs der Tito-Kommunisten preisgeben zu müssen. Dezentrale Entscheidungen unter Beteiligung der Arbeiter sollten aktive Kräfte freisetzen. Die sozialistische Marktwirtschaft erwies sich aber als ein zwiespältiges Gebilde voller Widersprüche. Es gab ein ständiges Tauziehen zwischen der zentralen Bürokratie in Belgrad und lokalen Wirtschaftsinteressen, die nicht nur von den Vertretern der Arbeiterkollektive, sondern auch von den Managern und den Kommunalbehörden verfochten wurden.

Ausser lokalen und regionalen kamen immer mehr auch nationale Anliegen der einzelnen Republiken ins Spiel. Kroatien gehörte zusammen mit Slowenien zum entwickelten, industriell aktiven Nordwestteil der Sozialistischen Föderativrepublik Jugoslawien und stand der im Süden betriebenen Infrastruktur- und Industrialisierungspolitik skeptisch gegenüber. Es herrschte ein ständiger Kampf um Investitionsgelder aus den Fonds der Bundesregierung, aus ausländischen Krediten und aus den Exporterlösen in frei konvertierbaren Währungen. Die Diskussion durfte offen nicht mit nationalen Argumenten geführt werden, obwohl die unterschiedlichen Interessen der Republiken sich

immer deutlicher manifestierten. In der Form von versteckten Vorwürfen und gegenseitigen Verdächtigungen waren diese Argumente jedoch ständig präsent.

In der Liberalisierungsepoke nach dem Sturz von Ranković drangen in Kroatien national gefärbte Stellungnahmen auch ohne wirtschaftlichen Bezug an die Oberfläche. Nicht jeder konnte dabei mittun. Die Publikationsorgane blieben Professoren, Schriftstellern und Journalisten vorbehalten, die durch Mitgliedschaft in ihren entsprechenden, von der Partei und der Sozialistischen Allianz kontrollierten Fachverbänden legitimiert waren. In der Form der wissenschaftlichen Diskussion konnten Dinge geäussert werden, die dem einzelnen Staatsbürger Schereien mit der Geheimpolizei eingetragen hätten. Unter den endlosen Streitigkeiten um ideologische Feinheiten des Selbstverwaltungssozialismus, die für den Aussenstehenden weitgehend unverständlich blieben, liessen Anspielungen auf nationale Gegensätze plötzlich auch die nichtkommunistische Öffentlichkeit aufhorchen.

Eine Erklärung über die Lage der kroatischen Schriftsprache wurde 1967 zum Vorläufer einer nationalen Wiederbelebung in Kroatien, die eine dynamische Entwicklung nahm und in die populäre Bewegung des sogenannten kroatischen Frühlings mündete. 19 wissenschaftliche Institutionen und Verbände, darunter die Kulturflegeorganisation «Matica Hrvatska», der Schriftstellerverband der Republik und die Jugoslawische Akademie der Wissenschaften in Zagreb, forderten die Auflösung der serbokroatischen Sprachengemeinschaft und die Anwendung einer eigenen kroatischen Schriftsprache im öffentlichen Leben des Landes. Der Vorstoss wurde in Belgrad als nationalistische Provokation mit Ustascha-Anklängen empfunden und von serbischen Intellektuellen mit einer Gegenerklärung über die kulturellen Rechte der Serben in Kroatien beantwortet. Es entstand eine Polemik, die erst durch Eingreifen von oben unterbunden wurde.

Die kroatische Parteiführung sah nach dem Sturz von Ranković ihre Aufgabe darin, die letzten Reste der bürokratischen Wirtschaftsadministration in und ausserhalb der Republik beseitigen zu helfen. Bekämpfenswert schien ihr aber auch die Konzentration von Banken und Aussenhandelsorganisationen in der Hauptstadt, die zwar dem neuen liberalisierten System entsprachen, aber in Zagreb als bedrohliche Ansammlung von Wirtschaftsmacht empfunden wurden. Das Symbol dafür war Belgrad, die Hauptstadt Serbiens. Alte Ressentiments aus dem früheren Jugoslawien gegenüber einer serbischen Vorherrschaft wurden wieder wach und damit die alte Vorstellung, das reichere, kultiviertere Kroatien werde von hemdsärmlichen Angehörigen einer primitiveren Kultur, von serbischen Neostalinisten und Dogmatikern ausgebeutet.

Die kroatischen Kommunisten fühlten sich nach dem Sturz von Ranković ermutigt, eine führende Rolle zu beanspruchen. Ihr Ziel war die durchgehende Dezentralisierung und Demokratisierung der Partei und des politischen Lebens. Sie verlangten weitere Verfassungsänderungen zur Schwächung des Zentralstaats, eine Lockerung des «demokratischen Zentralismus» und der Parteidisziplin, um Minderheitsmeinungen Raum zu geben, vermehrte Beteiligung der Bürger durch direkte, statt der üblichen indirekten Wahlen sowie den Ausschluss uneinsichtiger alter Kommunisten aus der Partei. Das Programm war jugoslawisch angelegt, kam aber kroatischen Wünschen entgegen. Die Aussichten auf eine Fortsetzung dieses Weges schienen jedoch an der Wende zu den siebziger Jahren nicht besonders gut. Nach dem Einmarsch der Warschaupakt-Truppen in die Tschechoslowakei musste sich auch Jugoslawien durch die Sowjetunion bedroht fühlen. Die Alarmstimmung legte sich zwar bald wieder, doch die Furcht, es könnte nach einem plötzlichen Tod des alternden Tito zu einer Nachfolgekrise an der Staatsspitze kommen, liess die Ungewissheit weiter bestehen. Die Selbst-

verwaltungsdemokratie hatte die an sie gestellten Erwartungen für Kroatien nur teilweise erfüllt. Ihre Organe schienen in endlose Debatten verstrickt und durch weiterbestehende Restriktionen auf allen Seiten behindert. Wünsche und Beschwerden konnten nie in klarer Sprache ausgedrückt werden, sondern hatten sich an den sozialistischen Jargon zu halten.

Die nationalistische Versuchung

In dieser Situation erwies sich die Versuchung als übermächtig, auf einen nationalistischen Eigenweg einzuschwenken, auf die Suche nach Sündenböcken bei den andern Republiken. Für den eigenen Bereich wollte man staatliche Wirtschaftslenkung, obwohl man diese im Bundesstaat bekämpft hatte. Slowenien gab das Zeichen mit vehementen öffentlichen Protesten, als in Belgrad gegen ein für Slowenien dringliches Autobahnprojekt entschieden wurde. Darauf begann man auch in Kroatien wieder, alle sachlichen Konflikte im Licht nationaler Interessen zu betrachten. Plötzlich erhielten die öffentlichen Angelegenheiten eine leicht fassliche Dimension, jede Unzufriedenheit und Befürchtung eine einleuchtende Ursache. Kroatien, im Habsburger Reich als zweitklassige Nation unter dem Druck der Magyarisierung, im jugoslawischen Königreich Opfer des serbischen Zentralismus, musste sich jetzt wieder, so eine verbreitete Überzeugung, für seine Rechte wehren.

Im Einvernehmen mit Vladimir Bakarić, einem alten Weggefährten Titos aus der Partisanenzeit, beschloss die aus jüngeren Politikern zusammengesetzte kroatische Parteiführung, die aus anhaltenden Machtkämpfen resultierende Stagnation der gesamtjugoslawischen Politik durch fortschrittliches Handeln in der eigenen Republik zu überwinden. Kroatien sollte das Beispiel eines erfolgreichen, modernen und demokratischen Sozialismus und der Zusammenarbeit von Kommunisten und Nicht-

kommunisten abgeben. Bewusst wollte man das Risiko eingehen, dass nationalistische Kräfte ausserhalb des Bundes der Kommunisten dadurch ermuntert werden könnten, denn man wollte auf eine breite öffentliche Unterstützung nicht verzichten. Das junge Trio an der kroatischen Parteispitze, Savka Dapčević-Kučar, Mika Tripalo und Pero Pirker, konnte sich dadurch bestätigt fühlen, dass Tito zur gleichen Zeit durch das Parteipräsidium die Republiken für souverän erklären liess und im Hinblick auf seine Nachfolge ein aus Vertretern der Republiken und autonomen Provinzen zusammengesetztes Staatspräsidium mit rotierendem Vorsitz vorschlug. Jugoslawien schien damit auf dem Weg von der Föderation zu einer Konföderation zu sein.

Der «kroatische Frühling»

Die von der Parteiführung in Zagreb verkündete neue Richtung löste eine Welle der Euphorie aus. Ihre Spitzenfiguren genossen eine Popularität ähnlich wie Dubcek in der Tschechoslowakei drei Jahre zuvor. Doch von der allgemeinen Begeisterung profitierten nicht nur die Kommunisten. Die Kulturorganisation «Matica Hrvatska» vervielfachte in kurzer Zeit ihre Mitgliedschaft und entzog sich mehr und mehr der sozialistischen Bevormundung. In neu erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften wurden immer mehr klar nationalistische Forderungen erhoben. Es gab Zwischenfälle um kroatische Fahnen, die ohne den obligatorischen fünfzackigen Stern gezeigt wurden, und wie in früheren Zeiten wurde wieder die für die Serben provozierende Forderung erhoben, dass die Republik Kroatien in ihrer Verfassung als Nationalstaat des kroatischen Volkes deklariert werden sollte.

Das Trio an der Parteispitze suchte vergeblich, den Rückhalt, den es in der eigenen Öffentlichkeit genoss, zur Erlangung jener wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungskompetenzen

einzusetzen, die die gefährlichen Konzessionen an das kroatische Nationalgefühl hätten rechtfertigen sollen. Intransigent forderten sie freie Verfügungsgewalt der Republiken über ihre Deviseneinnahmen, ohne zu bedenken, dass sie damit die Einheit des jugoslawischen Marktes untergruben, auf der die Zukunftschancen ihrer Republik beruhten. Die früheren Bundesgenossen im Kampf gegen Belgrad, Slowenien und Mazedonien, wandten sich ab. Ein Teil der kroatischen Parteixeréktive begann sich vorsichtig zu distanzieren.

Tito reiste nach Zagreb und warnte vor einem möglichen Eingreifen der Sowjetunion, falls es zu Unruhen kommen sollte. Er liess seine Intervention aber nicht veröffentlichen, sondern suchte nach aussen den Anschein der Normalität aufrechtzuhalten. Dadurch ermutigt traten Frau Dapčević und Tripalo die Flucht nach vorn an, und es gelang ihnen auch noch einmal, die auf Einigkeit gedrillte Parteixeréktive hinter sich zu bringen. Sie glaubten vergeblich, die nationalistische «Matica Hrvatska» unter Kontrolle halten zu können. Diese trat jetzt mit immer dreisteren Forderungen auf. Kroatien sollte volle Souveränität als Nationalstaat aller Kroaten, einschliesslich des Rechts auf Selbstbestimmung und Sezession, und volle Verfügungsgewalt über Steuern und Währung erhalten, Kroatisch die einzige Amtssprache sein.

Ein Studentenstreik gab schliesslich den Ausschlag für das Eingreifen Titos. Von einer Reihe von Auslandbesuchen heimgekehrt, zitierte der Marschall die Parteiführung nach dem königlichen Jagdschloss Karadjordjevo, um ihr dort die Leviten zu lesen. Er erklärte sich einverstanden mit ihren generellen Zielen, verurteilte aber scharf ihre Konzessionen an Nationalisten und Separatisten, die der Konterrevolution Vorschub geleistet hätten. Diesmal liess er seine Rede sofort verbreiten. Mit Titos Intervention fiel die ganze Bewegung in sich zusammen. Die Parteiführung nahm den Rücktritt, die Leiter der «Matica

Hrvatska» wurden verhaftet. Es kam zu wenigen Protestdemonstrationen. Innerhalb der Partei wurden die gestürzten Führer ebenso eifrig verdammt, wie sie vorher bejubelt worden waren. Die Parteidisziplin war zwar in Kroatien wieder hergestellt, doch das nationale Gedankengut lebte im Untergrund weiter. Titos Autorität hatte sich nocheinmal durchgesetzt, aber die Überzeugung, dass Kroatien allein seine Probleme besser lösen könnte, war nicht mehr auszurotten.

Serbisches Missbehagen

In Serbien wurden die Ereignisse in Kroatien höchst aufmerksam verfolgt und Titos Zögern bei der Beendigung des «kroatischen Frühlings» mit sarkastischen Kommentaren versehen. Die Schadenfreude blieb aber zu den Lebzeiten Titos weitgehend unter der Oberfläche, denn die öffentliche Erörterung nationaler Gegensätze stand weiterhin unter einem Tabu. Der Marschall sorgte umgehend dafür, dass sein Eingreifen nicht als eine Rückkehr zur zentralen Wirtschaftsadministration oder als eine Begünstigung Serbiens aufgefasst werden konnte. Nur ein Jahr später wurden in Serbien mehrere Führungsmitglieder als grossserbische Nationalisten und «Anarcho-Liberalisten» abgestempelt und aus der Partei ausgeschlossen. Es folgten Säuberungen in Slowenien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Vojvodina. Ein Kurswechsel war damit nicht verbunden. Das serbische Missbehagen über die Situation der eigenen Republik in dem sich wandelnden Bundesstaat blieb unter der Oberfläche bestehen. Erst nach dem Tod des Marschalls kam es wieder ans Tageslicht. Von der Parteiführung toleriert, entwickelte sich anfangs der achtziger Jahre eine immer lebhafter werdende Debatte, die auch ausserhalb Serbiens Aufmerksamkeit erregte. Mit dem Anspruch wissenschaftlicher Autorität beteiligte sich auch eine Kommission der Serbischen Akademie der Wissen-

schaften und Künste an der Diskussion, die den Auftrag übernommen hatte, eine Denkschrift über die Situation Serbiens im jugoslawischen Bundesstaat auszuarbeiten. Der von der Kommission ausgearbeitete Text, der eine systematische Benachteiligung der Serben seit den Anfängen des kommunistischen Staatswesens feststellt, wurde nie offiziell herausgegeben, sein Inhalt wurde jedoch rasch bekannt und löste lebhafte Proteste aus.

Über weite Strecken befasst sich die Denkschrift mit einer Analyse der wirtschaftlichen Situation, die sich zum Nachteil Serbiens gestaltet habe und die entwickelteren Republiken Kroatien und Slowenien begünstige. Es sei daher kein Wunder, dass diese kein Interesse an einer Reform der Wirtschaftsbeziehungen zeigten. Der Text enthält Vorwürfe an die Adresse Titos und Kardeljs, aber auch an die serbischen Verantwortlichen, die eine systematische Zurücksetzung Serbiens geduldet und all diejenigen aus ihren Ämtern verjagt hätten, die es wagten, auf die Misstände aufmerksam zu machen. Noch immer liege, so schrieben die Verfasser, dem Verhalten gegenüber Serbien die Theorie der Komintern zugrunde, dass das vorkommunistische Serbien eine Unterdrücker- und Ausbeuternation gewesen sei und deshalb kurz gehalten werden müsse. Die Klagen steigerten sich bis zu der Behauptung, die Diskriminierung der Serben in Jugoslawien laufe auf eine Art Genozid hinaus. Von physischem Genozid ist schliesslich hinsichtlich der Lage der Serben in Kosovo die Rede.

Der Entwurf zur Denkschrift der Serbischen Akademie spricht in alarmistischen Tönen davon, dass dem serbischen Volk in Kosovo der offene Krieg erklärt worden sei und dass die Vertreibung der Serben aus der autonomen Provinz das Resultat einer serbischen Niederlage sei. Auch hier werden die serbischen Politiker ins Visier genommen, die ihre Pflicht versäumt und sich nicht gewehrt hätten. Dabei sei die Abwanderung aus Kosovo nie intensiver gewesen als in den letzten zwanzig Jahren, in

denen 200 000 Serben das Land verlassen hätten. Dass es für diese Auswanderung auch wirtschaftliche Motive gegeben haben muss, scheint die Verfasser nicht zu interessieren. In ominösem Ton schreiben sie vielmehr, wenn Sicherheit und gleiche Rechte für die Serben sowie die Bedingungen für eine Rückkehr der Vertriebenen nicht hergestellt würden, dann werde Kosovo ein europäisches Problem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Die Albaner strebten ein ethnisch reines Kosovo an und seien auf dem besten Weg, es zu verwirklichen. Eine solche Politik aber würde zu einer Gefahr für alle Völker Jugoslawiens.

Ein Bild bedrohter Existenz entwirft die Denkschrift auch von den Serben in Kroatien. Diese seien mit einer raffiniert wirksamen Assimilationspolitik konfrontiert, die sich vor allem im Verbot aller serbischen Kulturinstitutionen in Kroatien und im verbündlichen Gebrauch einer kroatischen Sprache äussere, die sich mit künstlichen Neuschöpfungen immer weiter vom gemeinsamen serbokroatischen Sprachhintergrund entferne. Noch nie seien, so heisst es in dem 1986 verfassten Dokument, die Serben in Kroatien so sehr gefährdet gewesen. Kein anderes Volk werde von der fortschreitende Desintegration Jugoslawiens so sehr betroffen wie das serbische. Nach der Meinung der Verfasser sind die Serben das einzige Volk Jugoslawiens, dem die Lösung seiner nationalen Frage verwehrt geblieben ist. Sie postulieren, das serbische Volk müsse, unabhängig davon, wo seine Glieder leben, ein Recht auf nationale und kulturelle Integrität haben. Während fünfzig Jahren sei diese Integrität beständig verletzt worden, durch Ausrottungsversuche, Zwangsbekehrung, ideologische Indoktrination und verweigerte Anerkennung der eigenen Traditionen. Eines Tages könne dies zu einer Explosion führen. Serbien müsse die Diskussion über Verfassungsänderungen eröffnen und darauf vorbereitet sein, den abweichenden Ideen anderer Republiken wirksam zu begegnen.

Die Verfasser der Denkschrift beschränkten sich, wie man

sieht, nicht auf eine Analyse der Lage. Ihre Schlussfolgerungen lassen kaum verhüllt ein politisches Programm erkennen. Ihre Ideen über eine systematische Benachteiligung Serbiens im Staat Titos wurden auf der höchsten politischen Ebene aufgenommen, als Slobodan Milošević 1987 an die Spitze des Bundes der Kommunisten Serbiens aufrückte und sich sogleich daran machte, die Partei auf einen nationalistischen Kurs zu bringen. Er verkündete eine «antibürokratische Revolution» und veranstaltete Massenversammlungen, um Druck für die Ausschaltung seiner kommunistischen Ziehväter zu erzeugen. Den Zulauf verschaffte er sich durch dramatische Schilderungen der Lage der Serben in Kosovo. Er beschuldigte die albanische Mehrheitsbevölkerung, die Serben durch Druck und Drohung zum Auszug aus ihrer historischen Heimatprovinz zwingen zu wollen. Wenn sich nichts ändere, seien die Serben von der Ausrottung bedroht. Dass die Albaner in Slowenien und Kroatien verbale Unterstützung fanden, gab ihm Anlass zu der Behauptung, es gebe eine umfassende antiserbische Verschwörung. Mit dieser wurden wiederum Säuberungen in der Partei und eine Straffung der Kommandostrukturen gerechtfertigt.

Mit Massenaufmärschen und Demonstrationszügen heizte Milošević das nationalistische Fieber an. Gleichzeitig brachte er Presse, Radio und Fernsehen in Belgrad unter strikte Kontrolle. Den Bestrebungen nach Pluralismus und Zulassung nicht-kommunistischer Parteien, wie sie in den andern Republiken, in Übereinstimmung mit der Entwicklung in ganz Osteuropa, immer stärker wurden, liess der Parteichef keinen Raum. Einen Höhepunkt erreichte die Agitation im Juni 1989 mit der Sechshundertjahrfeier der Schlacht auf dem Amselinfeld, zu der die Serben in Massen auf das mitten im albanischen Minderheitsgebiet liegende Schlachtfeld strömten. Dort gab Milošević die Lösung aus, dass die Serben bereit sein müssten, um ihre Zukunft zu kämpfen. Niemandem werde erlaubt werden, Serben zu

schlagen, rief er drohend aus, verhinderte es aber vorsichtig, von Waffengewalt zu sprechen.

Das Mittel der Massenagitation im kommunistischen Stil wurde von Milošević dazu verwendet, die Parteiführung der autonomen Provinz Vojvodina aus dem Amt zu verjagen und wenig später auch jene der benachbarten Teilrepublik Montenegro abzusetzen. Das gleiche Mittel versprach in Kosovo keine Wirkung. Er griff daher zu polizeilichen Massnahmen, um die dortige kommunistische Führung auszuschalten und neue, ihm ergebene Leute an deren Stelle zu setzen. Durch eine Änderung der serbischen Verfassung stellte er den Vorrang der serbischen Gesetzgebung vor jener der autonomen Gebiete wieder her. Trotz dieser Gleichschaltung wollte Milošević aber nicht auf die selbständige Vertretung der beiden Provinzen im jugoslawischen Bundespräsidium verzichten, sondern benützte sie dazu, das serbische Stimmengewicht im obersten Bundesgremium zu verdreifachen. Die Unterstützung Montenegros im höchsten Gremium der Staatsspitze hatte er sich zuvor schon gesichert.

Scharf kontrolliertes Kroatien

Während in Serbien schon kurz nach dem Tod Titos eine lebhafte Diskussion um die Rolle des Staatsgründers und um deren Bedeutung für das Schicksal der Serben einsetzte, die schliesslich in die nationalistische Politik Slobodan Miloševićs mündete, stand Kroatien weiterhin unter einer Art Quarantäne, die eine Wiederholung des «kroatischen Frühlings» verhindern sollte. Gegen eine Reihe politischer Dissidenten wurden Strafen wegen staatsfeindlicher Tätigkeit verhängt, darunter der spätere kroatische Präsident Franjo Tuđman, der 1981 drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Redeverbot erhielt, nachdem er 1971 schon einmal verurteilt worden war. Tuđman, ein ehemaliger Partisanengeneral, hatte wichtige Funktionen in der Armeeführung beklei-

det und sich später als Militärhistoriker einen Namen gemacht hatte. Er wandte sich gegen eine Diskriminierung der Kroaten in der offiziellen Geschichtsschreibung über den Befreiungskrieg und suchte nachzuweisen, dass die darin genannten Zahlen über die Opfer des Ustascha-Regimes weit übertrieben seien. Das wurde ihm als verbotene nationalistische Betätigung ausgelegt. Andere prominente Beschuldigte in Staatsicherheitsverfahren waren Marko Veselica, Vlado Gotovac und Dobroslav Paraga. Der kroatische Parteichef Stipe Šuvar glaubte sich verpflichtet, alle kritischen Regungen zu unterdrücken, und suchte darüber hinaus, besondere Linientreue zu beweisen, indem er 1984 ein Weissbuch veröffentlichte, das einer grossen Zahl von Schriftstellern und Wissenschaftern in ganz Jugoslawien namentlich und im Detail Verstösse gegen die Parteiideologie vorwarf. Auch als in Belgrad Milošević seine serbisch-nationalen Parolen verkündete, hielt die kroatische Parteiführung sich zurück und warnte nur allgemein vor einem Nationalismus, der antisozialistische Gesinnung verrate. Die serbische Gewaltpolitik in Kosovo wurde lange mit Schweigen übergangen. Erst Ende 1988 wurde erstmals parteioffiziell Kritik geäussert, als nicht länger zu übersehen war, dass die Unterdrückung der Selbständigkeit der autonomen Provinzen Serbiens auch den anderen Republiken als Warnung dienen musste, ihnen könnte das gleiche Schicksal zugeschlagen sein.

Bosnien – die Idee eines Muslimstaates in Europa

Erschwerte Selbstfindung

Solange Bosnien und die Herzegowina unter türkischer Herrschaft standen, fielen ihre äusseren Umrisse mit jenen des Osmanischen Reiches zusammen. Unter der österreichischen Militäradministration und auch nach der Annexion blieb die historisch gegebene Grenze unverändert. Im königlichen Jugoslawien kannten sie jedoch keine separate Administration. Das Gebiet war in Verwaltungsbezirke aufgeteilt, die direkt der Regierung in Belgrad unterstanden. Anders als in den andern historischen Gebieten, die 1918 dem ursprünglich serbischen Königreich hinzugefügt wurden, gab es keine bosnisch-herzegowinische Partei, die wie die Slowenische Volkspartei oder die Kroatische Bauernpartei die Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert hätte. Die besonderen Anliegen der muslimischen Gläubigen im religiösen Bereich und jene des muslimischen Grossgrundbesitzes aus türkischer Zeit wurden von einer Partei wahrgenommen, die sich Jugoslawische Muslimische Organisation nannte. Der Name jugoslawisch diente dazu, Loyalität gegenüber dem gemeinsamen Staat auszudrücken und gleichzeitig Distanz gegenüber serbischen wie kroatischen Vereinnahmungsversuchen zu markieren. Die Bezeichnung «muslimisch» allein hätte die Partei als fremdes Element abgestempelt, als Überrest der Türkенzeit, wie denn auch die Muslime boshafterweise immer wieder als «Türken» diffamiert wurden und noch werden. Die bosnischen Serben und Kroaten wandten sich den in Belgrad, beziehungsweise in Zagreb dominierenden Parteien zu.

Nach dem Sieg des Kommunismus war in ganz Jugoslawien nur noch eine Partei erlaubt, die sich anmasste, das ganze Volk zu vertreten. So auch in Bosnien-Herzegowina, das den Status einer Teilrepublik im sozialistischen Bundesstaat Jugoslawien erhielt. In der stalinistischen Periode bedeutete dies nur wenig, wurden doch die Richtlinien der Politik in Belgrad festgesetzt. Der Regierung in Sarajewo blieb wenig mehr übrig, als die Anordnungen der zentralen Ministerien auszuführen, die den entsprechenden Verwaltungszweigen der Republik auf direktem Weg übermittelt wurden. Es gab jedoch eine eigene kommunistische Parteiorganisation für Bosnien-Herzegowina, deren Spitzenfiguren auf der damals alles entscheidenden Ebene der Bundespartei über ein nicht unbedeutendes Mitspracherecht verfügten. In der kommunistischen Kaderpolitik wurde darauf geachtet, dass neben Serben und Kroaten auch Parteigenossen muslimischer Herkunft zum Zuge kamen. Das atheistische Bekennen der Partei liess es aber nicht zu, die Interessen einer Religionsgemeinschaft zu vertreten.

Die Schaffung einer Republik Bosnien-Herzegowina diente Tito dazu, die in der Vergangenheit von Serbien und Kroatien erhobenen Besitzansprüche zu neutralisieren. Für die Bosnier gab es jedoch keine Neutralität. Von ihnen wurde nach wie vor verlangt, sich entweder als Serben oder Kroaten oder bestenfalls als «Jugoslawen» zu deklarieren. Besonders die Angehörigen der Intelligenz befanden sich in einer Zwangslage: Wenn sie sich schriftlich ausdrücken wollten, mussten sie dies entweder in der kroatischen oder in der serbischen Version der gemeinsamen Schriftsprache tun. Außerdem mussten sie sich damit abfinden, dass eine nationalistisch gefärbte Geschichtswissenschaft von ausserhalb der Republik die Existenz eines historisch verwurzelten Bosniertums und seiner islamisch geprägten Kultur leugnete und die ganze Epoche der Türkenherrschaft als eine Zeit der Finsternis abtat. Aus der Sicht der in Rückständigkeit gehaltenen

serbischen Bauernbevölkerung gesehen war diese Einschätzung vielleicht zutreffend. Muslimische Bosnier, die sich als Abkömmlinge der einstigen führenden Schicht in Bosnien empfanden, fühlten sich aber durch diese einseitige Sicht diskriminiert.

Unmittelbar nach Kriegsende hatte es einen zaghafte Ver-
such gegeben, der Inanspruchnahme sowohl durch den serbi-
schen und wie durch den kroatischen Nationalismus aus dem
Weg zu gehen und eine bosnische Identität zu beanspruchen. In
einem Memorandum an den Vorsitzenden des später verbotenen
Muslimischen Volksausschusses, der damals als Minister in der
ersten Regierung von Bosnien-Herzegowina sass, wurde argu-
mentiert, wenn es einen bosnischen Teilstaat gebe, dann sollten
seine Bewohner auch Bosnier genannt werden. Ebenso wie die
Muslime in Serbien als Serben islamischen Bekennntnisses und in
Montenegro als Montenegriner muslimischen Glaubens gälten,
müssten sich eigentlich die Serben und die Kroaten in Bosnien
auch als Bosnier orthodoxen beziehungsweise katholischen
Glaubens bezeichnen lassen. Der Vorstoss zugunsten eines von
der Religion unabhängigen Bosniertums, der vor allem den Mus-
limen zugutegekommen wäre, blieb aber ohne Ergebnis. Auch
unter der Herrschaft des Kommunismus dominierte die nationa-
listisch geprägte Vorstellung, dass die Muslime eigentlich Serben
oder Kroaten seien und keine eigene Identität beanspruchen
dürften.

Gleich wie die katholische und die orthodoxe Kirche stand
auch die islamische Religionsgemeinschaft im kommunistischen
Bosnien unter strenger Aufsicht. Zahlreiche Geistliche hatten
sich im Dienste des Unabhängigen Staates Kroatien kompromit-
tiert und waren zum Teil zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt
worden. In einer Zeit, in der nationalistische Äusserungen mit
strengen Strafen bedroht waren, durfte der muslimische Glaube
nicht einmal in den Verdacht geraten, ein bosnisches National-
bewusstsein zu fördern. Die religiösen Führer wandten sich da-

her immer wieder entschieden gegen die Anschuldigung, sie förderten nationalistische Tendenzen und verstießen gegen das Gebot der Brüderlichkeit und Einigkeit in der Sozialistischen Föderativrepublik Jugoslawien. Um den Bestand der Gemeinschaft zu sichern, beharrten sie auf einer strengen Beachtung der offiziellen These, dass es keine bosnische Nation gebe. Mit einer gewissen Genugtuung wies der prominente Religionsführer Husein Dozo angesichts der nationalistischen Regungen in andern Republiken darauf hin, dass die Befolgung der offiziellen Parolen den Bosniern zugutekomme. Unter bürgerlichen und nationalen Kriterien – gemeint sind jene der Serben und Kroaten – würden die bosnischen Muslime nur als Überbleibsel der Fremdherrschaft betrachtet und als Türken diffamiert. Viele Schriftsteller präsentierten gewohnheitsmäßig die Bosnier als Okkupanten und ärgste Tyrannen. Unter dem Kommunismus aber, so Dozo, hätten die Muslime ihren geschichtlichen Platz gefunden. Sie hätten Verantwortung für den Aufbau des Sozialismus übernommen und leisteten ihren Beitrag zur Entwicklung der selbstverwalteten Gesellschaft.

Auf dem Weg zum Mehrheitsvolk

Nach dem Bruch Titos mit Stalin erlebte Bosnien einen starken wirtschaftlichen Aufschwung. Hier befanden sich nicht nur reiche Bodenschätze, das Bergland zwischen der Adriaküste und der Tiefebene von Save und Donau wurde auch zum strategischen Kernland für die Abwehr einer sowjetischen Invasion und zur Hauptbasis der Schwer- und Rüstungsindustrie. Am industriellen Aufbau hatte die traditionell in den Städten konzentrierte muslimische Bevölkerung einen bedeutenden Anteil. Dank einer höheren Geburtenrate und ausserdem, weil es zulässig und üblich wurde, sich als bosnischer Muslim zu bekennen, wuchs ihre Zahl und begann, jene der deklarierten Serben zu

übertreffen. Bei der Volkszählung des Jahres 1961 hatte es erstmals eine Rubrik für «Muslime im ethnischen Sinne» gegeben. 1971 durfte man sich schon zu einer muslimischen Nationalität bekennen. Es ist anzunehmen, dass im Zeichen grösserer religiöser Toleranz mancher die neue Etikette wählte, der sich früher als Serbe, Kroate oder Jugoslawe bezeichnet hatte.

Durch vorsichtige Anpassung gelang es den muslimischen Religionsführern in Bosnien-Herzegowina, ihre Glaubensgemeinschaft zu stärken und zu vergrössern. Es wurden Moscheen gebaut und islamische Schulen, dazu eine muslimische theologische Fakultät errichtet. Mit den islamischen Ländern, insbesondere der arabischen Welt, wurden zahlreiche Delegationen ausgetauscht. Mehrere hundert Religionsstudenten erhielten über die Jahre Gelegenheit, an der Al-Azhar-Universität in Kairo oder an andern islamischen Hochschulen zu studieren. Verglichen mit der Behandlung der christlichen Kirchen, die toleriert und kontrolliert wurden, war die islamische Religionsgemeinschaft deutlich bevorzugt. Das hatte zweifellos mit aussenpolitischen Überlegungen zu tun und reflektierte Titos Interesse an einem guten Einvernehmen mit den in der Bewegung der Blockfreien dominierenden islamischen Ländern. Die Mitglieder des Hohen Rates der muslimischen Gemeinschaft hüteten sich ihrerseits, in irgend einer Weise bei den Parteiinstanzen Anstoss zu erregen, in deren Macht es stand, jederzeit einzelne missliebige Persönlichkeiten abzusetzen und auszuschalten.

Vor dem Hintergrund dieser Begünstigung der islamischen Religionsgemeinschaft spielte sich eine andauernde Diskussion über die bosnisch-muslimische Nation ab. Die Befürworter der muslimischen Nationalidee beriefen sich auf Parteidokumente der Zwischenkriegszeit, in denen von den Muslimen neben Serben, Kroaten, Slowenen, Mazedoniern und Montenegrinern als Bestandteilen des jugoslawischen Volkes die Rede gewesen war, und sie vermochten auch von Tito entsprechende Zitate aus der

Zeit des Partisanenkriegs zu finden. Sie bemühten sich auch um eine Darstellung der bosnischen Geschichte und Kulturgeschichte, die die Muslime als führende Schicht und als Träger eines schon in die Türkenzzeit zurückreichenden Nationalbewusstsein zeigen sollte. Damit zogen sie sich, namentlich von serbischer Seite, wütende Fälschungsvorwürfe zu. In der Zeit des «kroatischen Frühlings» gab es in Sarajewo lebhafte innerparteiliche Diskussionen um die Rolle, die Geschichte und Kultur der Muslime in den Lehrbüchern und Programmen der öffentlichen Schulen spielen sollten.

Gegenüber den übrigen Muslimen Jugoslawiens, in Kosovo, Mazedonien und im Sandschak von Novi Pazar, war die bosnische Islamgemeinschaft deutlich privilegiert. Weit davon entfernt, auch einen Status als Nation eingeräumt zu erhalten, wurden diese andern Islamanhänger in den südlichen Republiken als Reste einer fremden und überholten Religion betrachtet und erhielten demzufolge keine Förderung. Die Moscheen und Religionsschulen von Sarajewo dienten dagegen als Aushängeschild zuhanden arabischer Herrscher, deren äusserliches Bekenntnis zum Islam oft als Deckmantel einer modernen Despotie herhalten musste. Dabei waren aber die Grenzen, die nicht überschritten werden durften, eng gezogen. Im Jahr 1979 statuierten die kommunistischen Parteibehörden ein Exempel an zwei hohen Religionsführern, die zuerst in der offiziellen Presse angegriffen und dann kurzerhand ihrer Posten enthoben wurden, ohne dass jemand wagen können, Protest zu erheben. Damit schien das Korrektursoll erfüllt, und alles hätte weitergehen können wie zuvor. Doch nur drei Jahre nach dem Tod Titos enthüllte ein Prozess in Sarajewo, dass es innerhalb der muslimischen Gemeinschaft Persönlichkeiten gab, die sich über die Rolle der bosnischen Muslime innerhalb der weltweiten Religionsgemeinschaft des Islams verbote Gedanken machten. Sie wurden dafür des Panislamismus und Fundamentalismus angeklagt,

und wie es den Verhältnissen unter der kommunistischen Parteiherrschaft entsprach, beeilten sich ihre früheren Gesprächspartner, sich von ihnen zu distanzieren. Es handelte sich um eine Gruppe akademisch gebildeter Persönlichkeiten verschiedener Berufe, die schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als Mitglieder einer Organisation junger Muslime in der Öffentlichkeit aufgetreten und später zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, unter ihnen der spätere Parteiführer und bosnische Präsident Alija Izetbegović.

Der Islamistenprozess von Sarajewo

Hauptdokument der Anklage in dem im Sommer 1983 in Sarajewo veranstalteten Prozess war eine von Izetbegović schon im Jahr 1970 verfasste Denkschrift mit dem Titel «Islamische Deklaration», die zunächst nur in geheimen Abschriften verbreitet worden war. Die Erklärung verkündet die Notwendigkeit einer islamischen Renaissance, und zwar nicht nur an die Muslime Bosniens gerichtet, sondern an alle Völker der islamischen Welt von Marokko bis Indonesien. China, Russland und der Westen wetteiferten untereinander, um die 700 Millionen Muslime zu beherrschen, heisst es in der Einleitung. Als Erben einer «kolossalen» kulturellen und politischen Tradition müsse eine neue Generation von Muslimen die Geschicke der islamischen Welt in die Hand nehmen.

Nach eingehenden Ausführungen über die Rückständigkeit und Schwäche der muslimischen Völker und über die verbreitete Gleichgültigkeit gegenüber dem Islam postuliert die Denkschrift, es bedürfe einer neuen «Intelligenzia», die sich durch islamisches Denken und Fühlen auszeichne und deren Aufgabe es sei, eine neue islamische Ordnung im Einklang mit den muslimischen Massen zu errichten. Als Träger dieser Ordnung wird eine islamische Gesellschaft beschrieben, die sich ausschliesslich nach

islamischen Prinzipien ausrichtet und auf ihrem Boden keine fremden Ideologien zulässt. Auf der Basis von Koran-Zitaten wird dann eine ideale islamische Gesellschaft umrissen, in der Gleichheit, Brüderlichkeit und Einigkeit herrscht, die als demokratische Republik organisiert ist, die Wirtschaft sozialen Zwecken dienstbar macht, aber alle unislamischen Elemente aus Erziehung und Bildung fernhält.

Diese Art von gemässigtem Islamismus will die politische Erneuerung von einer vorangehenden religiösen Wiedererweckung abhängig machen und der Versuchung, das Ziel allein durch eine politische Umwälzung zu erreichen, aus dem Weg gehen. In verhüllter, aber nicht misszuverstehender Form wird darauf aufmerksam gemacht, dass es im richtigen Moment und mit der richtigen moralischen und psychologischen Vorbereitung zu einer Machtergreifung kommen könne. An anderer Stelle findet sich die Einschränkung, dass eine islamische Ordnung nur in Ländern errichtet werden könne, in denen die Muslime die Mehrheit besitzen. Dieser Passus hat im Zusammenhang mit den späteren Ereignissen in den Augen der nichtmuslimischen Politiker von Bosnien-Herzegowina ominöse Bedeutung erlangt, weil man sich Rechenschaft gab, dass die rasch wachsende bosnisch-muslimische Bevölkerung nicht mehr weit von der Erreichung der absoluten Mehrheit entfernt war. In der Denkschrift wird den nichtmuslimischen Minderheiten im islamischen Staat unter der Bedingung ihrer Loyalität Schutz ihrer religiösen Freiheiten zugesichert. Umgekehrt stellt sie für die Unterordnung der muslimischen Gemeinschaft unter den bestehenden Staat die Bedingung auf, dass seine Gesetze dem Islam und den Muslimen nicht schaden dürfen.

In seiner Islamischen Deklaration hatte es Izetbegović streng vermieden, auf die Situation des Islam im kommunistischen Jugoslawien Bezug zu nehmen. Seine Ausführungen richteten sich an die gesamte islamische Welt, die er zur Einigung über

mehrheitlich vom Westen gesetzte nationale Grenzen hinweg aufrief. Unter den herrschenden Verhältnissen war etwas anderes nicht ratsam, was ihn aber vor Strafverfolgung als «Fundamentalist» und «Panislamist» doch nicht schützte. Vor dem Gericht bestritt Izetbegović die Rechtmäßigkeit der Anklage mit der Begründung, da er Jugoslawien nicht erwähnt habe, könne er nicht gegen die jugoslawischen Staatsschutzgesetze verstossen haben. Vom Inhalt seiner Schrift distanzierte er sich nicht. Zweifellos hatte er auch sein eigenes Land im Auge, als er seine Abhandlung über die politische Rolle des Islams verfasste, doch eine konkrete Anwendung schien damals in weiter Ferne.

Das Zusammenbrechen des Kommunismus an der Wende der neunziger Jahre war in keiner Weise die Folge einer islamischen Renaissance. Die Antwort darauf musste auf der Ebene der bürgerlichen Demokratie mit der Gründung einer weltanschaulich neutralen Partei gesucht werden, die die bosnischen Muslime als wesentlichen Teil des gesamtbosnischen Staatsvolks und nicht als Religionsgemeinschaft ansprach. Izetbegović war durch sein Dissidententum als führender politischer Denker unter den Muslimen Bosniens ausgewiesen. Er hatte sich aber gegenüber radikaleren Weggefährten aus der Zeit der religiös geprägten Opposition gegen den Kommunismus durchzusetzen, die auf islamischen Glaubenseifer bauten und sich von kommunistischen Agitationsformen nicht zu lösen vermochten.

Für die angehenden Politiker, die sich daran machten, die Vertretung der bosnischen Muslime in der Form einer Partei zu organisieren, stellte sich die Frage noch gar nicht, ob die neue Vereinigung muslimisch genannt werden sollte, weil das Wahlgesetz noch von der alten kommunistischen Regierung ausgearbeitet worden war und keine religiöse Bezeichnung erlaubte. Man wählte den unverfänglichen Namen «Partei der demokratischen Aktion» und liess auch die Bezeichnung «bosnisch» weg, als die Serben und Kroaten dazu übergingen, sich national, mit

Serbische Demokratische Partei und Kroatische 'Demokratische Gemeinschaft, zu etikettieren. Zeitweise gab es das Bestreben, die Partei als gesamtjugoslawische Vertretung aller Muslime auch in andern Republiken zu etablieren. Doch die Zielsetzung, zur führenden Kraft eines unabhängigen Staates Bosnien-Herzegowina zu werden, überwog die religiöse Art der Betrachtung. An der Parteigründung beteiligte sich auch der aus Zürich heimgekehrte Geschäftsmann und bosnische Emigrant Adil Zulfikarpašić, ein früherer Partisanenkommandant und kommunistischer Funktionär aus einer vornehmen muslimischen Familie, der schon kurz nach dem Krieg ins Ausland geflohen war und als Mitglied der in London beheimateten jugoslawischen Exilorganisation «Demokratische Alternative» in seiner Heimat am Aufbau eines demokratischen und liberalen Staatswesens mithelfen wollte. Es zeigte sich allerdings bald, dass der Aussensteiter keinen eigenen Anhang zu sammeln vermochte und mit den unter dem kommunistischen Regime entstandenen politischen Gewohnheiten schwer zurechtkam. Zulfikarpašić, der zeitweise als Anwärter auf das Präsidentenamt galt, verliess die Partei, deren Vizevorsitzender er geworden war, noch vor den ersten Wahlen und gründete eine eigene, die Muslimische Bosniaken Organisation, mit dem Ziel, eine eigene bosnische Nation zu propagieren.

Die Bevölkerung von Bosnien und Herzegowina, die sich laut Volkszählung von 1991 aus 47 Prozent Muslimen, 33 Prozent Serben und 17 Prozent Kroaten zusammensetzte, wählte im November 1990 ganz überwiegend nach ihrer nationalen Zugehörigkeit. Die Zusammensetzung des Parlaments entsprach, abgesehen von wenigen Sitzen der ehemaligen Kommunisten, der Reformpartei des jugoslawischen Ministerpräsidenten Marković und der Partei Zulfikarpašićs, ziemlich genau den Bevölkerungsrelationen. In der Auflösungsphase des Kommunismus überwog die Frage der nationalen Zugehörigkeit bei den Wählern jede

Überlegung, nach welchen Grundsätzen ein demokratischer Staat organisiert werden sollte, über dessen Umfang und Gestalt ohnehin keine Klarheit bestand. Um die drei Volksgemeinschaften angemessen an den Schlüsselstellungen der Republik zu beteiligen, wurde festgelegt, dass der Präsident ein Muslim, der Parlamentspräsident ein Serbe und der Regierungschef ein Kroate sein sollte. Die Suche nach einem gerechten Ausgleich geriet jedoch sehr bald in den Sog der die Einheit des jugoslawischen Bundesstaats bedrohenden Spaltungstendenzen.

Zerfall

Slowenien schreitet zum Austritt

In Titos Jugoslawien war das kleine Slowenien, das im äussersten Nordwesten an Italien, Österreich und Ungarn grenzt, die am weitesten entwickelte Teilrepublik mit dem höchsten Einkommen pro Kopf der Bevölkerung. Man fühlte sich hier Mitteleuropa zugehörig, doch der Blick über die Grenze zeigte immer wieder ein wachsendes Wohlstandsgefälle gegenüber den kapitalistischen Nachbarländern. Als Teil eines Balkanlandes mit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung glaubten sich viele Slowenen unverdientmassen daran gehindert, ihren Fähigkeiten gemäss auf einem europäischen Niveau zu leben. Sloweniens Beiträge an die Bundesfinanzen und an die wenig rentable Industrialisierung des unterentwickelten Südens wurden mehr und mehr als Last empfunden. Innerhalb der kommunistischen Führungsspitze zeichneten sich die slowenischen Mitglieder durch eine fortschrittliche Gesinnung aus, die nicht auf Repression, sondern auf die Ermutigung kreativer Kräfte setzte. Politische Prozesse in Belgrad und Zagreb wurden in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana zum Teil offen kritisiert. Die slowenische Presse konnte dank einer weniger einschneidenden Parteikontrolle Streitfragen ansprechen, die anderswo unter der Decke gehalten wurden.

Wie war Slowenien in diese Lage geraten? Als Reichsland unter österreichischer Herrschaft gehörte es fraglos zu Mitteleuropa. Der slowenisch sprechende Teil stand aber unter einem starken Germanisierungsdruck, und im Verlauf der Jahrhunderte

bewegte sich die Sprachgrenze zu Lasten des Slowenischen. Dazu trugen auf dem Land deutschsprachige Siedler bei, und in den Städten war das Deutsche Amts- und Wirtschaftssprache. Im Westen wiederum, im Hinterland von Triest, das lange zu Venedig gehört hatte, war der italienische Einfluss stark. Im Ersten Weltkrieg erhob Italien als Bedingung für seinen Kriegseintritt Gebietsforderungen, die eine slowenisch sprechende Bevölkerung betrafen.

Nachdem die Idee eines südslawischen Staatsgebildes innerhalb des Habsburger Reichs lange diskutiert, aber wegen des ungarischen Widerstands und der Unentschlossenheit des alten Kaisers Franz Josef nie zum Tragen gekommen war, gewann die jugoslawische Lösung auch unter den Slowenen immer mehr Anhänger. Um seinem slawisch geprägten Nationalbewusstsein gerecht zu werden, musste sich das slowenische Volk aus der Verflechtung mit Österreich und Italien herauslösen. Dazu konnte nur der Zusammenschluss mit den übrigen Südslawen, vor allem mit Serbien, verhelfen, das im Ersten Weltkrieg nach der Niederlage von 1915 mit Hilfe des Westens sein Territorium wieder gewonnen hatte und auf der Seite der Sieger an der Verteilung der österreichisch-ungarischen Hinterlassenschaft teilnahm. Der Anschluss an Jugoslawien geschah unter dem doppelten Druck des Grenzkonflikts mit den Deutschkärntnern, die unbedingt bei Österreich bleiben wollten, und der Rom von den Alliierten gemachten Versprechungen. Man beugte sich einer Notwendigkeit, aber nicht äusserem Zwang.

In dem von den Serben dominierten jugoslawischen Königreich fühlten sich die aus österreichischer Zeit an Ordnung und Rechtssicherheit gewöhnten Slowenen nie ganz zuhause. Ebenso wie die Kroaten vermissten sie ein ihrem wirtschaftlichen Beitrag zum Gesamtstaat entsprechendes Mitspracherecht. Mit grossem Geschick als jene verstanden sie es, ihre in der Slowenischen Volkspartei unter der Führung des katholischen Priesters Ante

Korošec (1872–1940) vereinigten Kräfte in wechselnden Koalitionen für sich nutzbar zu machen. Die von Korošec angestrebte föderative Lösung wurde allerdings nie erreicht, und von der 1939 zugunsten Kroatiens geschaffenen Autonomieregelung blieb Slowenien ausgeschlossen. Dagegen erhielt Slowenien nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem seine Partisanen eine bedeutende Rolle gespielt hatten, eine eigene Teilrepublik im sozialistischen Bundesstaat mit einer weitgehend homogenen slowenisch sprechenden Bevölkerung. Im Verhältnis zu Österreich blieb die Grenze nach einer kurzfristigen Besetzung von Klagenfurt unter alliiertem Druck unverändert. Italien musste dagegen Zugeständnisse machen, deren Ausmass jahrzehntelang umstritten blieb. Erst im Vertrag von Osimo wurde 1975 die provisorische Lösung mit einem in zwei Zonen geteilten, unter Uno-Aufsicht stehenden Freistaat Triest durch eine definitive Teilung abgelöst. Sloweniens schmaler Zugang zum Meer mit dem Hafen von Koper wurde international abgesichert, was allerdings nicht verhindert hat, dass die italienischen Rechtsparteien seit der politischen Wende von 1994 wieder Revisionsforderungen erheben.

In den Mitte der sechziger Jahre einsetzenden Querelen um die wirtschaftlichen Kompetenzen der jugoslawischen Republiken und die Verteilung der zentralen Finanzmittel stand Slowenien, auf Grund übereinstimmender Interessen regelmässig an der Seite Kroatiens. Als die Parteiführung in Zagreb jedoch dem kroatischen Nationalismus die Schleusen öffnete und damit den Zorn Titos herausforderte, blieb es in Slowenien ruhig, denn es war nicht schwer vorauszusehen, was das Ende sein würde. Es gab keinen slowenischen Frühling und keine nationalistischen Aufschwünge, doch schon bald nach Titos Tod begann eineständige, mit permanenter Kritik betriebene Auflehnung gegen die zentralen Staatsinstanzen, gegen stalinistische Rückfälle innerhalb der Partei und vor allem gegen die Armee, die sich als wichti-

tigste Hüterin des Bundesstaates verstand. Träger dieser Dissidenz war in erster Linie der slowenische kommunistische Jugendverband mit seiner Zeitschrift «Mladina», die schon 1985 den für eine Militärparade zum vierzigsten Jahrestag der Kapitulation Deutschlands betriebenen Aufwand öffentlich in Frage stellte und sich für die Einführung eines Wehrpflichtersatzdienstes einsetzte. 1987 wurden dann vier slowenische Dienstpflchtige von einem Militärgericht in Montenegro abgeurteilt, weil sie im Gespräch die Abtrennung Sloweniens von Jugoslawien befürwortet hatten.

Die slowenische Parteiführung suchte die aufkommende separatistische Stimmung zu dämpfen, unterdrückte sie jedoch nicht und tolerierte Äusserungen, die früher als subversiv bestraft worden wären. Zuvor waren auf Bundesebene alle Bemühungen fehlgeschlagen, der wirtschaftlichen Krise der achtziger Jahre durch eine Reform der zentralen Zuständigkeiten abzuhelpfen. Zwar konnte niemand bestreiten, dass die Verfassung von 1974 mit ihrer Aufspaltung der Kompetenzen die von den ausländischen Kreditgebern geforderten Massnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung verhinderte, doch schreckte die Aussicht auf eine Stärkung des Belgrader Zentralismus. Der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus war diskreditiert; er hatte sich als lebensunfähiger Zwitter erwiesen, der durch politisch motivierte Kredite aus dem Westen am Leben erhalten worden war. Ihn marktwirtschaftlich umzugestalten, hätte die Wiederherstellung eines gesamtjugoslawischen Marktes, aber auch ein gewisses Mass an Rezentralisierung vorausgesetzt, die Serbien dringend verlangte, aber niemand mehr zugestehen möchte. Als dann Milošević in Serbien an die Macht kam und seine Partei auf einen nationalistischen Kurs lenkte, schwand die Bereitschaft der andern Republiken erst recht, noch Lösungen auf der Bundesebene zu suchen.

Auf die innenpolitische Verhärtung in Serbien reagierte die

slowenische Parteiführung mit einer Lockerung der Zügel. Es war nun deutlich, dass die Wege auseinander gingen. Nach aussen leugnete man separatistische Neigungen ab, tat aber nichts, um sie zu bekämpfen. Der kommunistische Parteichef Milan Kučan gewann an Beliebtheit, je mehr Distanz er gegenüber Belgrad zu erkennen gab. Die Jugendzeitschrift «Mladina» schürte den Konflikt mit offener Polemik gegen die serbisch geführte Armee, in der zu dienen den jungen Slowen mehr und mehr verhasst wurde. 1988 berichtete «Mladina» über angebliche Putschpläne der Armee. Es hiess, die Militärführung plane eine Verhaftungsaktion unter Intellektuellen und Politikern, um den Liberalisierungstrend zu brechen.

Es stellte sich heraus, dass eine geheime Beratung über Sicherheitsfragen tatsächlich stattgefunden hatte, wobei die Militärs nach langjähriger kommunistischer Manier Befürchtungen über eine ausländische Verschwörung zur Destabilisierung Jugoslawiens vorbrachten. Das slowenische Staatspräsidium sah sich gezwungen, eine Warnung vor weiteren Angriffen gegen die Armee zu erlassen. Als dann jedoch die Urheber der Veröffentlichung verhaftet und wegen Verrats von Militärgeheimnissen angeklagt wurden, schwoll die armeefeindliche Welle in Slowenien mit Protestkundgebungen und Petitionen erneut an. Das auf Serbisch geführte Geheimverfahren vor dem Militärgericht wurde selbst von Kučan als verfassungswidrig beanstandet, die zu Gefängnisstrafen verurteilten Angeklagten als Helden gefeiert. Keiner von ihnen musste die Strafe antreten, weil slowenische Ärzte ihnen Haftunfähigkeit bescheinigten.

Zum Konflikt mit der Armee gesellte sich ein heftiger Streit mit Serbien um die Aufhebung der Autonomie in den Provinzen Kosovo und Vojvodina, um die Unterdrückung der albanischen Minderheit in Kosovo und um die von aussen erzwungene Gleichschaltung der Regierung Montenegros. Das serbische Vorgehen wurde in der slowenischen Presse scharf kritisiert, aber

auch die Parteiführung machte kein Hehl aus ihrer Ablehnung. In Belgrad wiederum war man empört über diese Vorwürfe und rief zum Boykott slowenischer Waren auf. Durch von der Partei organisierte Massendemonstrationen war es der serbischen Führung im alten Agitationsstil gelungen, die Parteiführungen der Vojvodina und Montenegros zu stürzen und Anhänger der Politik von Milošević an ihre Stelle zu setzen. Im Dezember 1989 sollte ein solches Meeting auch in Ljubljana mit einheimischen und aus Serbien anreisenden Kommunisten veranstaltet werden. Der Plan wurde jedoch von den slowenischen Behörden unterbunden. Darauf verschärfte Belgrad den Wirtschaftskrieg.

Die zentralen Organe des Bundesstaats, die dem slowenischen Separatismus hätten entgegentreten müssen, waren durch Titos Vorkehrungen zur Verhinderung eines Nachfolgestreits gelähmt. Die Rotation des Vorsitzes im jugoslawischen Staatspräsidium und das Erfordernis einstimmiger Beschlüsse erwiesen sich in der Krise als verhängnisvoll. Tito handelte im Glauben, dass Partei und Armee als einigende Klammer die Republiken zusammenhalten würden. Inzwischen waren jedoch die Parteiführungen der einzelnen Republiken zu selbständigen Entscheidungszentren geworden. Anders als in den Hauptstädten der ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion, wo im Herbst 1989 die kommunistischen Machtstrukturen eine nach der andern gestürzt wurden, gab es in Belgrad, das den Luftzug der eingetretenen Umwälzung ebenfalls spürte, keine samtene Revolution, sondern nur verschärften Hader.

Auf dem 14. jugoslawischen Parteikongress im Januar 1990 brach der Bund der Kommunisten Jugoslawiens im Streit um das eigene Machtmonopol auseinander. Ein Antrag der slowenischen Kommunisten auf Zulassung anderer Parteien fand keine Mehrheit, doch als die slowenische Delegation daraufhin auszog und der Kongress sich vertagte, zerfiel die Organisation sang- und klanglos. Damit war der Weg frei für demokratische Wahlen

unter Beteiligung nichtkommunistischer Parteien in allen Republiken, aber auch für die Fortsetzung des autoritären Kurses in Serbien. Auch jetzt ging Slowenien voran. Im April 1990 fanden freie Parlamentswahlen statt, in denen ein Bündnis bürgerlicher Parteien unter dem Titel DEMOS die Mehrheit erzielte, während sich die als «Partei der demokratischen Erneuerung» angetretenen Kommunisten mit einem Stimmenanteil von 17 Prozent begnügen mussten. Die Wähler honorierten jedoch die Rolle des kommunistischen Parteichefs Kučan mit seiner Wahl zum Präsidenten der Republik.

Das neue Parlament und die aus ihm hervorgegangene Regierung Sloweniens steuerten die Republik sogleich in die Richtung der Unabhängigkeit. Es wurde eine «Deklaration über die Souveränität des Staates Slowenien» verabschiedet und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und der für eine selbständige Existenz notwendigen Gesetze innert eines Jahres beschlossen. Gleichzeitig wurden alle Bestimmungen der jugoslawischen Verfassung für ungültig erklärt, die slowenischem Recht widersprechen würden. Slowenien stellte seine Zahlungen an den Bundesfonds für Entwicklung ein und kürzte die Ausgaben für die Jugoslawische Volksarmee. Gleichzeitig begann der Ausbau der Territorialverteidigung, die einst im Hinblick auf eine sowjetische Invasion geschaffen worden war, zu einer Miliztruppe der slowenischen Republik. Ein Versuch der Armee, das Kommando und die Waffendepots der Territorialstreitkräfte in einem nächtlichen Handstreich zu besetzen, misslang, da der frühere Armeegegner Janez Jansa, einer der vier «Mladina»-Angeklagten, als slowenischer Verteidigungsminister rechtzeitig die Übersiedlung an neue Standorte angeordnet hatte.

Von da an konnte am slowenischen Willen kein Zweifel mehr bestehen, die Strasse zur Unabhängigkeit zu Ende zu gehen und sich notfalls gegen Behinderungen auf diesem Weg zu verteidigen. Gegenüber Serbien, das Slowenien das Recht zur Sezession

absprach, beteuerte die Regierung in Ljubljana, sie sei bereit, über eine neue Ordnung innerhalb Jugoslawiens zu verhandeln, Gegenstand könne aber auf keinen Fall ein neuer Bundesstaat, sondern nur eine Konföderation sein. Am 23. Dezember 1990 veranstaltete die Regierung ein Referendum, das erwartungsgemäss bei hoher Stimmabstimmung eine überwältigende Mehrheit für die Unabhängigkeit Sloweniens ergab. Von Seiten des Bundespräsidiums und der Bundesregierung erwuchs Slowenien kein Widerstand. Die jugoslawische Staatsspitze wäre dazu auch kaum legitimiert gewesen, beruhte ihr Mandat doch auf einer Wahl im kommunistischen Stil mit ausschliesslich der Partei genehmten Kandidaten. Auf der Bundesebene war, nachdem die slowenische Partei ihren eigenen Weg eingeschlagen hatte, jeder Versuch zu einer demokratischen Erneuerung blockiert, die Voraussetzung für eine Reform des Bundesstaates gewesen wäre. Slowenien beteuerte immer wieder, es wäre zu einer gesamtjugoslawischen Neuregelung durch Verhandlungen unter den Republiken bereit gewesen, doch die Bereitschaft, noch einmal Bindungen einzugehen, war gering. Man war entschlossen, den eigenen Weg zu gehen und sich davon nicht abbringen zu lassen.

Kroatiens serbische Altlast

Weit später als Slowenien ging Kroatien auf Gegenkurs zur serbischen Machtpolitik. Um die Jahreswende 1988/89 gab die kroatische Parteiführung ihre Zurückhaltung auf und begann sich mit der slowenischen Kritik an Milošević zu solidarisieren. Sogleich verschärftete sich der Konflikt. Die serbischen Medien wandten ihre Aufmerksamkeit der Lage der Serben in Kroatien zu und stellten sie als ebenso bedroht wie jene der Kosovo-Serben dar. Wirtschaftlich vernachlässigt und kulturell diskriminiert könnten die Bewohner der ehemaligen Militärgrenzregion nur auf Serbien hoffen, hieß es in alarmierenden Tönen. Umgekehrt

beschuldigten kroatische Stimmen den serbischen Parteichef, sich als Führer aller Serben aufzuspielen und Pläne für ein Gross-Serbien zu verfolgen. Der Streit blieb zunächst ohne Folgen. Er machte aber klar, dass der Weg zur Unabhängigkeit für Kroatien wegen des Widerstands der in einigen Gegenden starken serbischen Bevölkerungsminderheit nicht leicht zu beschreiten sein werde.

Ähnlich wie in Slowenien begannen sich auch in Kroatien politische Parteien zu formieren, die aber zunächst nicht öffentlich als solche auftreten durften. Tudjman gründete 1989 gemeinsam mit andern Dissidenten des kommunistischen Regimes die spätere Regierungspartei Kroatische Demokratische Gemeinschaft, Hrvatska Demokratska Zajednica, HDZ), die sich zunächst einen christlich-sozialen Anstrich gab. Als anfangs 1990 der Bund der Kommunisten Jugoslawiens zerbrach und es den Republikparteien überlassen blieb, freie Wahlen zu veranstalten, schienen die kroatischen Kommunisten, die sich in «Partei des demokratischen Wandels» umbenannt hatten, gute Chancen zu haben, sich im Wahltest zu behaupten. Um noch etwas nachzuhelfen, setzten sie ein Wahlgesetz durch, das es der stärksten Partei erleichterte, eine Mehrheit im neuen Parlament zu erringen. Ihre Spekulation, mit der Vielzahl neu entstehender Parteien auf diese Weise leicht fertig zu werden, ging jedoch nicht auf. Mit einem betont nationalistischen, antiserbischen Wahlkampf, der den Austritt Kroatiens aus dem jugoslawischen Bundesstaat zum Ziel erhob, erhielt Tudjman innert kurzer Zeit soviel Zulauf, dass er bei der Wahl vom 22. April 1990 eine Mehrheit von 193 der insgesamt 365 Sitze zu erreichen vermochte.

Das neue Regime der HDZ in Kroatien führte das alte Staatswappen mit dem Schachbrettmuster wieder ein, das als Symbol des faschistischen Ustascha-Staats seit 1945 verboten war. Bei der serbischen Landbevölkerung weckte dies Erinnerungen an die unter diesem Zeichen begangenen Massenmorde. Aufregung

gab es auch, als serbische Beamte und Polizisten mit der Begründung entlassen wurden, unter dem jugoslawischen Kommunismus seien die Serben im Staatsdienst bevorzugt worden und es gelte jetzt, loyale Kroaten zu fördern. Auf heftigen Widerspruch stiess insbesondere der Entwurf einer neuen kroatischen Verfassung, der nur noch die Kroaten namentlich als Staatsvolk bezeichnete, während früher «Kroaten und Serben in Kroatien» genannt worden waren. Die Serben lehnten es ab, nur als Minderheit angeführt zu werden und erklärten sich in ihrer Existenz bedroht. In dieser Situation fanden Abgesandte aus Belgrad in den Serbengebieten leicht Gehör mit der Einflüsterung, die Serben in Kroatien sollten ihre eigene Souveränität in Anspruch nehmen und könnten dabei auf Hilfe aus Serbien rechnen.

Im Wahlkampf hatte Tudjman eifrig die nationalistischen Register gezogen und nicht verhehlt, dass der kroatische Staat nach seinen Vorstellungen über die unter Tito gezogenen Grenzen hinausreichen sollte. Er machte sich die Ideen von Starčević und Frank über die tausendjährigen historischen Rechte Kroatiens zu eigen, die Ansprüche auf bosnisch-herzegowinisches Gebiet implizierten und ihm den Vorwurf eintrugen, er wolle die Grenze Kroatiens an die Drina verlegen. Nach dem unerwarteten Wahlerfolg mässigte er seine Rhetorik, aber bei weitem nicht genug, um die Befürchtungen der Serben zu zerstreuen. Er unternahm nichts, um sich vom Ustascha-Regime und dessen Greuelstaten zu distanzieren, er begann vielmehr die Erinnerung an den antifaschistischen Kampf durch Änderung von Strassennamen und durch Streichung von Pensionen für ehemalige Partisanen auszutilgen. Aufsehen erregte vor allem, dass der «Platz der Opfer des Faschismus» in Zagreb in «Platz der kroatischen Helden» umbenannt wurde.

Die Partei der kroatischen Serben, die Serbische Demokratische Partei, unter ihrem Vorsitzenden Rašković war zunächst bereit, über eine kulturelle Autonomie zu verhandeln, zog sich aber

aus dem Parlament zurück, als die Forderung nach einem Referendum über diese Frage abgelehnt wurde. Bald darauf wurde Rašković durch den viel schärfer auftretenden Milan Babić aus Knin in der Krajina ersetzt, wo schon im Sommer 1990 die offene Rebellion begann. Polizeistationen wurden gestürmt und kroatische Polizisten entwaffnet, Verstärkungen aus der Hauptstadt durch Strassensperren aufgehalten. Die Regierung stellte eine bewaffnete Sonderpolizei auf, die die serbische Bevölkerung entwaffnen sollte, doch erwies sich der Auftrag als undurchführbar. Auf Grund eines Referendums ohne gesetzliche Grundlage verkündete im Herbst ein Serbischer Nationalrat die Autonomie «aller ethnisch und historisch vom serbischen Volk bewohnten Gebiete in Kroatien». Mit dieser Formel waren weit über den Bereich mit serbischen Bevölkerungsmehrheiten hinaus Gebiete gemeint, von denen die Serben behaupteten, sie seien vor den Verfolgungen durch die Ustascha in ihrem Besitz gewesen. Die Verabschiedung der neuen Verfassung durch das kroatische Parlament am 21. Dezember 1990 beantworteten die Serben mit der Proklamierung einer Serbischen Autonomen Region Krajina.

Zwischen Zagreb und Belgrad entspann sich ein wüster Medienkrieg, in dem beide Seiten mit schwersten Beschuldigungen und verzerrten Geschichtsdarstellungen umgingen. Eine in Belgrad veröffentlichte Landkarte machte böses Blut, die die serbische Grenze auf der Linie Karlobag-Karlovac-Virovitica, also nur 50 Kilometer von Zagreb entfernt, zeigte. Auch wirtschaftlich suchten sich die beiden Republiken durch Sondersteuern und Beschlagnahme von Firmen zu schaden. Weniger sichtbar war die Bewaffnung von Milizen und Sondereinheiten, die in raschem Tempo vor sich ging. Kroatien verschaffte sich Waffen für den Aufbau eigener Streitkräfte durch illegale Importe aus Ungarn. Auf serbische Vorhaltungen hin wurde zunächst bestritten, später aber zugegeben, dass 20 000 Kalaschnikow-Gewehre unbemerkt den Weg über die Grenze gefunden hatten.

Im Gegensatz zu Slowenien, wo der Prozess der politischen und rechtlichen Ablösung von Jugoslawien schon früher in Gang gesetzt worden war, zögerte Präsident Tudjman, entsprechende Handlungen zu setzen, offensichtlich weil er sich bewusst war, dass eine Unabhängigkeitserklärung zu einem bewaffneten Konflikt führen würde. Der erste Schritt zur Ablösung wurde getan, als Kroatien sein eigenes Recht dem Bundesrecht für übergeordnet erklärte und dem jugoslawischen Staatspräsidium die Befugnis zur Verhängung eines Ausnahmezustands, wie ihn die Armee verlangte, absprach. Die Spalte des Bundesstaats erwies sich von ihrer Konstruktion her, als Vertretung aller Republiken und Autonomen Provinzen mit rotierendem Vorsitz, ausserstande, die sich abzeichnende Staatskrise aufzuhalten. Ihrer verfassungsmässigen Aufgabe, angesichts offener Sezessionspläne den Oberbefehl über die Armee auszuüben, war sie nicht gewachsen. Als es zu den ersten bewaffneten Zusammenstößen zwischen serbischen Milizen und kroatischer Spezialpolizei kam, blieb ihre Drohung mit einem Eingreifen der Armee unbeachtet. Es geschah aber nichts, und ein Versuch des serbischen Vorsitzenden Jović, «Sondermassnahmen» zur Verstärkung der Einsatzbereitschaft der Armee beschliessen zu lassen, scheiterte im März 1991 an der Weigerung des Vertreters von Kosovo, sich an den ihm von Belgrad erteilten Auftrag zu halten.

Ein Streit um die turnusmässige Ablösung Jovićs im Vorsitz des Staatspräsidiums durch den Vertreter Kroatiens, Stipe Mesić, der in den internationalen Medien grosse Beachtung fand, erwies sich im Nachhinein als wenig relevant, war doch die Staatsspitze handlungsunfähig. Die Jugoslawische Volksarmee, die sich für die Erhaltung des Staats verantwortlich fühlte, aber auch handfeste Privilegien zu verteidigen hatte, hielt sich von da an auf die eigene Interpretation ihrer Aufgabe und die eigene Initiative verwiesen. Serbien stützte sich mehr und mehr auf die mit seiner Hilfe aufgebauten Milizverbände der Krajina und auf

deren Zusammenspiel mit der mehrheitlich serbisch geführten Armee im Bestreben, einem sich unabhängig erklärenden Kroatien die serbisch beanspruchten Gebiete zu entreissen. Mehrtägige Massendemonstrationen in Belgrad, mit denen die Opposition ihre Niederlage in den serbischen Wahlen vom Dezember 1990 rückgängig zu machen suchte, brachten zwar das Regime der Sozialistischen Partei für kurze Zeit in Bedrägnis, vermochten aber Milošević nicht zu einem Kurswechsel zu bewegen.

Schon im Dezember 1990 hatte Slowenien ein Referendum über die Unabhängigkeit durchgeführt und dabei den Zeitpunkt seines Austritts aus Jugoslawien auf Ende Juni festgelegt. In Slowenien glaubte man, im Ausland ein wohlwollendes Verständnis finden zu können. Kroatien musste daran interessiert sein, sein Anliegen nach aussen mit demjenigen Sloweniens zu verbinden und im Innern gemeinsam allfälligen Reaktionen der Armee zu begegnen. Als im April 1991 auch direkte Verhandlungen unter den Republikpräsidenten und mehrere Geheimtreffen Tudjmans mit Milošević folgenlos blieben, entschloss sich der kroatische Präsident kurzfristig, am 19. Mai ein Referendum über die Unabhängigkeit durchzuführen. Die serbischen Machthaber in der Krajina kamen ihm um eine Woche zuvor, indem sie über den Anschluss an Serbien abstimmen liessen und anschliessend eine 99prozentige Zustimmung verkündeten. Als Kroatien sich der slowenischen Unabhängigkeitserklärung anschloss, hatte mit zahlreichen Zusammenstössen, die mehr und mehr Opfer forderten, der Krieg in dieser Republik schon begonnen.

Krieg

Kampf um die Trümmer Jugoslawiens

Auf die Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens reagierte die Jugoslawische Volksarmee zunächst zögernd und unsicher. Sie hielt sich zwar immer noch in der von Tito geschaffenen Tradition für den Zusammenhalt Jugoslawiens verantwortlich, ihre Führer waren jedoch in der kommunistischen Tradition strenger Unterordnung unter die politischen Instanzen erzogen und fühlten sich zu eigenständigem Handeln, selbst zum Schutz des Gesamtstaats, nicht befugt. Vom beschlussunfähigen Staatspräsidium, dem die höchste Befehlsgewalt zustand, kam kein Auftrag zur Bekämpfung der Sezession. Dagegen gab es eine Anweisung der Bundesregierung auszuführen, die die Besetzung der Grenzposten gegenüber dem westlichen Ausland in Slowenien durch Bundesorgane zur Sicherung der Zolleinnahmen angeordnet hatte. Strategisch hatte die Aktion keinen Sinn. Sie wurde offenbar als Polizeiaktion in einem nach wie vor friedlichen Land geplant, in der Annahme, dass die slowenischen Territorialeinheiten es nicht wagen würden, sich den Panzern in den Weg zu stellen. Dies erwies sich allerdings rasch als Illusion. Im feindlichen Umfeld einer weitmaschig organisierten Verteidigung auf lokaler Basis waren die an der Grenze eingenommenen Positionen und die Verbindungswege zu den Garnisonen nicht zu halten. Vielmehr wurde die Präsenz der Volksarmee nun auch in ihren Kasernen durch eine systematische Behinderung unhaltbar gemacht. Es kam denn auch zu keinem Versuch, die Hauptstadt zu besetzen und sich der Regierungsorgane zu bemächtigen.

Angesichts des offenen Konflikts in Slowenien und des andauernden Kleinkriegs in den Randgebieten Kroatiens beschloss die Europäische Gemeinschaft am 28. Juni 1991 eine Vermittlungsmission, bestehend aus den Aussenministern Italiens, Luxemburgs und der Niederlande, in das Krisengebiet zu entsenden. Die EG hatte kurz zuvor im Rat der Regierungschefs den Entwurf zum Vertrag von Maastricht beraten und sich damit für eine künftige gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik ausgesprochen. Die Krise in Jugoslawien bot sich sogleich als Testfall für das beabsichtigte gemeinsame Auftreten Europas gegen aussen an. Den EG-Abgesandten gelang es relativ rasch, eine Vereinbarung über den Rückzug der jugoslawischen Volksarmee in ihre Kasernen zu erreichen. Sie suchten aber auch im politischen Konflikt unter den jugoslawischen Teilrepubliken zu vermitteln und erhielten die Zusage, dass die Durchführung der Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens für drei Monate suspendiert sei und dass die zuvor von serbischer Seite blockierte turnusmässige Wahl des Kroaten Stjepan Mesić zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums nun erfolgen sollte. Dem am 8. Juli bei einer weiteren Reise der EG-Troika auf der Insel Brioni von den sechs Präsidenten der jugoslawischen Teilrepubliken unterzeichneten Abkommen lag die Vorstellung zugrunde, dass es möglich sein werde, in weiteren Verhandlungen zu einer Einigung über die Zukunft Jugoslawiens in einer neuen Form zu gelangen. Der Versuch blieb jedoch folgenlos. Weder beabsichtigten die Slowenen und Kroaten, ihre Unabhängigkeit in Frage stellen zu lassen, noch bestand die Absicht, dem Staatspräsidium wirkliche Macht zuzubilligen. Um den bewaffneten Konflikt einzudämmen, hatte die Europäische Gemeinschaft schon vor der Zusammenkunft auf Brioni ein Waffenembargo gegen ganz Jugoslawien beschlossen. Es war als generelle Massnahme gemeint, um den Gedanken an militärische Lösungen zu entmutigen. Bei einem Andauern des Konflikts musste es sich aber gegen die Seite der abtrünnigen

Republiken auswirken, die erst dabei waren, ihre eigenen Streitkräfte aufzustellen und zu bewaffnen.

Die weitere Entwicklung des Konflikts blieb von den europäischen Vermittlungsmissionen unbeeinflusst. Am 19. Juli stimmte das Staatspräsidium dem Rückzug der Jugoslawischen Armee aus Slowenien zu, wo es nach Einschätzung ihrer Führung für sie keine Aufgabe mehr zu erfüllen gab. Zur gleichen Zeit begann die Armee in Kroatien in die Kämpfe zwischen serbischen Freischärlern und kroatischen Einheiten einzugreifen, offiziell in konflikthemmender Funktion, faktisch aber als Rückendeckung für die Serben. Die Armee gab Lippenbekentnisse für Waffenstillstandsvereinbarungen ab, arbeitete aber beharrlich darauf hin, den kroatischen Serben die militärische Herrschaft über die von ihnen beanspruchten Gebiete zu sichern. Zugunsten dieser Aufgabe wurde, wie der jugoslawische Verteidigungsminister Kadijevic in einem Buch über den Krieg in Kroatien nachträglich erklärt hat, das ursprüngliche Kriegsziel aufgegeben, das in der Unterwerfung Kroatiens und der Vernichtung seiner Streitkräfte bestanden hätte. Bis zum September gelang es den Serben, auf rund 27 Prozent des kroatischen Territoriums ihre eigene Herrschaft zu errichten und einen grossen Teil der dort lebenden kroatischen Bevölkerung zu vertreiben. Sie liessen sich dabei von alten serbischen Vorstellungen nationaler Ausschliesslichkeit leiten, die allerdings auch in Serbien selber nie erreicht worden war. Dabei beteiligten sich in besonders rabiater Weise aus Serbien kommende Freiwilligenverbände politisch extremer Ausrichtung. Als Symbole einer fremden Kultur wurden katholische Kirchen und andere Kulturgüter systematisch zerstört, die Menschenrechte der betroffenen Zivilisten massiv missachtet. Gleichzeitig spielten sich langwierige Auseinandersetzungen um die belagerten Armeegarnisonen in den kroatischen Städten ab. Immer neue Waffenstillstände und Abzugsvereinbarungen wurden geschlossen und wieder gebrochen.

Ende September 1991 befasste sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erstmals mit dem Konflikt in Jugoslawien, nachdem die Vermittlungsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft und die Entsendung von Beobachtern der EG und der KSZE ergebnislos geblieben waren. Der Rat beschloss, das zuvor von den Europäern verhängte Waffenembargo für die Weltorganisation für verbindlich zu erklären. Doch auch von diesem Schritt ging keine Beruhigung aus. Die Kämpfe verschärften sich vielmehr und dehnten sich auf neue Gebiete aus. Die Armee begann mit der Besetzung des südlichsten Teils der kroatischen Adriaküste und beschoss mehrfach die mittelalterliche Hafenstadt Dubrovnik, was in der Weltöffentlichkeit lebhaften Alarm erregte und eine Flut von Protesten auslöste. Weniger beachtet wurde zunächst die Belagerung und systematische Zerstörung der ostslawonischen Stadt Vukovar, die den Plänen zur Schaffung einer serbisch beherrschten Zone am Westufer der Donau im Wege stand. Vukovar fiel am 18. November, nachdem es von einer fanatisch kämpfenden Besatzung bis aufs letzte verteidigt worden war. Die Verteidiger waren zum grössten Teil Freiwillige des bewaffneten Flügels der Kroatischen Partei des Rechts, die unter dem früheren Dissidenten Dobroslav Paraga in der Tradition von Ante Starčević und Josip Frank grosskroatische Ziele verfolgt und hier an der Grenze zur serbischen Vojvodina offenbar ein Zeichen des Widerstands setzen wollte. Der Kommandant von Vukovar wurde später wegen Verweigerung des Befehls zum Rückzug vor Gericht gestellt, was Paraga dazu veranlasste, dem kroatischen Präsidenten Tudjman öffentlich Verrat und ein heimliches Einverständnis mit den Serben vorzuwerfen.

Unter dem Druck der Kriegsereignisse verschärfte sich in Kroatien wie in Serbien immer mehr der Zwang zur Loyalität gegenüber der eigenen Nation und zur Konformität gegenüber der herrschenden Meinung. Unter enger staatlicher Kontrolle

verbreiteten die Medien, vor allem das Fernsehen, eine völlig einseitige Sicht der Dinge, heroisierende Darstellungen der Kriegstaten der eigenen Truppen und Greuelberichte über den Gegner. Der in Slowenien als missglückte Polizeiaktion begonnene Krieg war zum Kampf zweier Völker um Siedlungsräume und neue Grenzen geworden.

Zerreissprobe für Bosnien-Herzegowina

Während der Krieg in Kroatien im Gange war, herrschte in Bosnien-Herzegowina Ruhe vor dem Sturm. Niemand konnte daran zweifeln, dass das Schicksal der Teilung auch Bosnien bevorstand, wenn eine politische Einigung ausbleiben sollte. In der Ostherzegowina und in der Bosnischen Krajina hatten die Serben bereits eigene Republiken ausgerufen. Die Jugoslawische Volksarmee führte, gestützt auf das bosnische Territorium, den Krieg um die serbisch beanspruchten Gebiete in der Nachbarrepublik. Die internen Verbindungen waren unterbrochen, die Regierung in Sarajewo in weiten Teilen des Landes machtlos, ihren Willen durchzusetzen. Von kroatischer Seite kamen zwiespältige Ausserungen. Einerseits hörte man die alten Ansichten, dass Bosnien und Herzegowina historisch kroatisches Gebiet seien und dass die bosnischen Muslime eigentlich die «Blüte» des Kroatentums bildeten. Dazu passte die Nachricht, dass der kroatische Präsident Tudjman und sein serbischer Gegenspieler Milošević bei zwei im Frühjahr 1991 stattgefundenen Treffen über eine Aufteilung Bosniens gesprochen hätten. Auf der andern Seite gab es von der bosnisch-kroatischen Seite die Anregung, Muslime und Kroaten sollten gemeinsam die Unabhängigkeit der Republik Bosnien-Herzegowina anstreben. Niemand konnte allerdings angesichts der serbischen Drohungen daran zweifeln, dass ein solches Unternehmen zum Bürgerkrieg und zur Zerreissung des Landes führen musste.

In dieser Situation eines drohenden allgemeinen Kriegs, von dem jedermann wusste, dass er wegen der vielfach verflochtenen Siedlungsstruktur der einzelnen Bevölkerungsteile äusserst langwierig und blutig ablaufen werde, lag eine letzte Hoffnung zur Erhaltung der Einheit Bosniens und der Herzegowina in einer Verständigung mit den Serben. Eine solche Verständigung setzte jedoch das Verbleiben Bosniens im jugoslawischen Staatsverband voraus. In diesem Sinne begann die von der Partei der Demokratischen Aktion abgespaltene Muslimische Bosniaken Organisation Vorgespräche mit der Partei der bosnischen Serben und stiess dabei auf Interesse für ihr Anliegen. Die Unterhändler der Serbischen Demokratischen Partei legten ihrerseits einen Abkommensentwurf vor, der das grösste Gewicht auf die Erhaltung des jugoslawischen Bundesstaates mit gleichberechtigten Teilrepubliken legte. In diesem Rahmen sollte Bosnien-Herzegowina ein einheitlicher, demokratisch eingerichteter Teilstaat sein, mit eigener Rechtsetzung, aber unter dem Vorbehalt der Verfassung und Gesetzgebung des Bundesstaats als Garant der Gleichberechtigung der Bürger, Nationen und Republiken. Im Lauf der Gespräche begab sich der Parteivorsitzende Adil Zulfikarpašić auch nach Belgrad, um die Zustimmung des serbischen Präsidenten Milošević einzuholen. Dieser gab sein Einverständnis zur Fortsetzung der Gespräche, doch inzwischen erhoben sich in Sarajewo feindliche Stimmen, die Zulfikarpašić des Verrats beschuldigten. Darauf distanzierte sich auch Präsident Izetbegović, der zuvor Interesse gezeigt hatte, von den Bemühungen um die Rettung Bosnien-Herzegowinas durch Verständigung mit den Serben. In einem Klima der Aufregung und des nationalistischen Fiebers, der offenen Drohungen gegen einzelne Politiker und völlig unfundierter Hoffnungen auf Hilfe aus Europa und von Seiten der islamischen Länder war kein Platz mehr für ein nüchternes Abwägen der zur Verfügung stehenden Alternativen. Die Furcht, in einem nach der Abspaltung der nordwestlichen Repu-

bliken übrigbleibenden Restjugoslawien von den Serben beherrscht zu werden, überwog. Im Oktober stimmte das Parlament mit einer von Muslimen und Kroaten gebildeten Mehrheit einem vom Präsidium vorgelegten Memorandum zu, das es zur Bedingung eines Verbleibens im jugoslawischen Staatsverband machte, dass daran sowohl Kroatien wie Serbien beteiligt sein müsste. Angesichts des fortgeschrittenen Konflikts in Kroatien war dies nichts anderes als eine Absage an jede künftige Verbindung mit Serbien. Gleichzeitig wurde Bosnien-Herzegowina für neutral im serbisch-kroatischen Krieg und die bestehende Grenze der Republik für unverletzlich und unveränderlich erklärt. Diese Festlegung, die eine Unabhängigkeitserklärung vorwegnahm, wurde von den bosnischen Serben mit dem Auszug aus dem Parlament beantwortet.

Angesichts der dramatischen Ereignisse in Kroatien blieb die sich für Bosnien-Herzegowina abzeichnende Katastrophe zunächst unbeachtet. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft entstand eine lebhafte Debatte um die Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens. Deutsche Politiker begannen unter dem Druck einer kroatienfreundlichen Medienkampagne, die Internationalisierung des Konflikts zu propagieren. Dem jugoslawischen Staat als einem Überbleibsel kommunistischer Herrschaft sollte die Legitimität abgesprochen und den aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Regierungen ermöglicht werden, in eigener Souveränität den Weg nach Europa anzutreten. Das offensive serbische Vorgehen wurde dagegen als Aggression gegen zwei neugegründete Staatswesen und als Versuch zur Wiedererrichtung des Kommunismus dargestellt. Auf britischer und französischer Seite hatte man Bedenken, mitten in einem erbitterten Konflikt mit ungewissem Ausgang ein bestimmtes Resultat durch eine internationale Anerkennung vorwegzunehmen, und neigte mehr dazu, auch die Argumente der serbischen Seite zur Kenntnis zu nehmen und den Konflikt nicht durch ein-

seitige Stellungnahmen zu verschärfen. Hinter diesen verschiedenen Haltungen standen zweifellos auch historische Prägungen. In Deutschland und in Österreich lebten antiserbische Reflexe aus zwei Weltkriegen wieder auf, während man sich in Frankreich und Grossbritannien an die ehemalige Waffenbrüderschaft auf dem Balkan erinnerte.

Zu keinem Zeitpunkt wurde in Europa eine militärische Intervention zur Beendigung des Kriegs in Kroatien ernsthaft ins Auge gefasst. Nicht die Verschiedenheit der Bewertung von Ursachen und Motiven unter den Mitgliedern der Gemeinschaft war dafür der Grund. Kein europäisches Land konnte eine Militäraktion in einem der Aufgabe entsprechenden Umfang ohne einen einschneidenden Kurswechsel ins Auge fassen, der Aufrüstung anstelle von Abrieglung, Kriegskosten statt Friedensdividenden und Wehrpflichtverlängerung statt Abbau der Dienstzeiten verlangt hätte. Einer deutschen Beteiligung standen nicht nur als generelles Verbot interpretierte Verfassungsbestimmungen entgegen, sondern auch ernstzunehmende Hemmungen gegenüber dem Auftreten deutscher Soldaten in einer Weltgegend, die unter deutscher Besetzung im Zweiten Weltkrieg ganz besonders gelitten hatte. Die Tatsache, dass Deutschland die Hauptlast einer internationalen Befriedungsaktion andern überlassen würde, hinderte viele Deutsche, insbesondere die «Frankfurter Allgemeine Zeitung», nicht daran, ständig den Ruf nach Intervention zu erheben und das Zögern anderer als pro-serbische Voreingenommenheit zu tadeln. Dem Drängen Bonns nachgebend, das einseitig zu handeln drohte, beschloss die EG am 17. Dezember 1991, Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten auf den 15. Januar 1992 in den von ihnen beanspruchten Grenzen anzuerkennen. Dies war eine Stellungnahme zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Kroaten und gegen das Recht der Serben in Kroatien, für sich ebenfalls Selbstbestimmung in Anspruch zu nehmen. Eine Bereitschaft, Kroatien mit

mehr als diplomatischen Mitteln zu dem ihm zugesagten Recht zu verhelfen, war damit aber nicht verbunden. Es wurden Erwartungen geweckt, die eine bestimmte Lösung des Konflikts präjudizierten und Kompromisse erschweren. Diese inkonsequente Art des Vorgehens sollte später, im Falle von Bosnien-Herzegowina, noch viel schwerwiegender Auswirkungen haben.

Nur zwei Tage vor dem Anerkennungsbeschluss der Europäischen Gemeinschaft hatte der Uno-Sicherheitsrat entschieden, zur Sicherung eines dauerhaften Waffenstillstands die Entsendung von Friedenstruppen in Aussicht zu nehmen. Der Plan sah vor, dass nach dem Abzug der Bundesarmee Uno-Truppen in den umkämpften Gebieten stationiert werden sollten, mit der Aufgabe, für die Entwaffnung der serbischen Freischärler zu sorgen und die Rückkehr der Vertriebenen abzusichern. Für Kroatien, das keine Hoffnung auf eine Wiedereroberung der von den Serben gehaltenen Gebiete hegen konnte, war die vorläufige Beilegung des bewaffneten Konflikts eine Entlastung. Die Erwartung jedoch, dass die Uno-Präsenz Kroatien die Souveränität über diese Gebiete sichern werde, erwies sich sehr bald als trügerisch. Für Serbien dagegen bedeutete die Stationierung von Uno-Truppen eine Verfestigung des in den Kämpfen des Jahres 1991 erreichten Status quo. Der serbische Präsident konnte denn auch den Bürgerkrieg in Kroatien zu Beginn des Jahres 1992 als beendet erklären. In krasser Verkennung der Lage glaubte man in Bonn, die Waffenruhe in Kroatien auf die eigenen Bemühungen um die internationale Anerkennung der Republik zurückführen zu können. Dass dies eine falsche Einschätzung war, sollte sich sehr bald in Bosnien-Herzegowina erweisen.

Bosniens Weg in den Krieg

Der Rückzug der aus Kroatien abgezogenen Einheiten der Bundesarmee ging zum grossen Teil Richtung Bosnien, wo unter

Tito die wichtigsten Versorgungsbassen für den Fall einer sowjetischen Invasion angelegt worden waren. In Kroatien hatte die Armee unverkennbar die Unterstützung der serbischen Abspaltungsbestrebungen zu ihrer Aufgabe gemacht. Niemand konnte daran zweifeln, dass sie sich in Bosnien-Herzegowina ebenso verhalten würde. Dennoch entschlossen sich die muslimischen Führer in Sarajewo, mit Unterstützung der bosnischen Kroaten, die ihre eigenen Ziele verfolgten, den Schritt in die Unabhängigkeit zu wagen. Sie stützten sich bei dieser Entscheidung auf ermunternde Zusicherungen seitens der EG, die für den Fall, dass eine Mehrheit in einem Referendum die Unabhängigkeit befürworten sollte, eine rasche Anerkennung in Aussicht stellte. Dies wurde fälschlicherweise als eine Art Sicherheitsgarantie aufgefasst. Es sollte sich aber nur zu bald zeigen, dass Europa nicht bereit war, einzuschreiten, als die Serben nun einen Schritt weiter gingen und sich daran machten, nach der Loslösung der Republik von Jugoslawien nun ihrerseits die Ablösung ihrer Siedlungsgebiete von Bosnien-Herzegowina zu betreiben.

Am 29. Februar und 1. März wurde über den Schritt in die Unabhängigkeit abgestimmt. Muslime und Kroaten sagten Ja, die Serben weigerten sich, zu den Urnen zu gehen, und erklärten, das Ergebnis des von ihnen abgelehnten Referendums werde von ihnen nicht akzeptiert. Schon am 7. April erfolgte die Anerkennung der Republik Bosnien-Herzegowina als unabhängiger Staat durch die Europäische Gemeinschaft und zahlreiche weitere Staaten, darunter auch die USA. Kurz darauf wurden Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die bosnischen Serben beantworteten diese Stellungnahme zugunsten der abtrünnigen Republiken mit Krieg. Sie errichteten Strassensperren und suchten sich das serbisch besetzte Hinterland zu sichern, wobei sie sich von Anfang an auf die Jugoslawische Volksarmee stützen konnten. Die Muslime organisierten die Verteidigung der Städte, in denen sie traditionell

die Mehrheit besassen, oft mit improvisierten Mitteln und fast ausschliesslich mit leichten Waffen. Es gab keine festen Fronten. In den ländlichen Gebieten West- und Ostbosniens gelang es den Serben bald, eine durchgehende Herrschaft zu errichten. Sie suchten sich ihren Besitz zu sichern, indem sie in den muslimischen Ortschaften die führenden Persönlichkeiten verhafteten und in Lagern festhielten. Durch terroristische Akte, wahllose Ermordungen und Zerstörung von Häusern trieben sie die Muslime in die Flucht, deportierten tausende in überfüllten Zügen in Richtung Kroatien oder Zentralbosnien und schüchterten die Zurückbleibenden mit immer neuen Übergriffen ein. Sie organisierten die Abwanderung, indem sie von den Flüchtenden den formellen Verzicht auf ihren Besitz verlangten und darüber hinaus Gebühren für den Abtransport verlangten. In dem an Serbien grenzenden Gebiet entlang der Drina eroberten die Serben eine Reihe mehrheitlich muslimischer Städte wie Zvornik, Višegrad und Foča mit massiertem Waffeneinsatz und bekräftigten ihren Willen, eine dauernde Herrschaft zu errichten, mit der Zerstörung von Moscheen und andern aus der Türkенzeit stammenden Kulturdenkmälern. Andere muslimische Städte wie Goražde, Srebrenica, Tuzla vermochten sich zu halten und mit geringen Mitteln, aber starkem Kampfgeist einen nachhaltigen Widerstand gegen die viel besser bewaffneten Serben zu organisieren. Vom Beginn der Kämpfe an war deutlich, dass die serbische Strategie auf die Errichtung und Sicherung eines Verbindungskorridors zwischen West- und Ostbosnien entlang dem bosnischen Ufer der Save ausgerichtet war. Muslimische und kroatische Gebiete waren davon betroffen. Durch diesen rücksichtslos gesäuberten Korridor, der nur wenige Kilometer breit ist, führen die Verbindungen nicht nur zwischen den zwei mehrheitlich serbischen Teilen Bosniens, sondern auch zwischen Serbien und der serbischen Krajina auf kroatischem Gebiet.

Nachdem auch Bosnien-Herzegowina aus dem jugoslawi-

schen Staatsverband ausgetreten war – Mazedonien hatte sich schon im Herbst 1991 für unabhängig erklärt, war aber wegen griechischer Einsprachen noch nicht anerkannt worden –, beschloss die serbische Führung, nicht länger an dem von Tito geschaffenen Bundesstaat festzuhalten. Gemeinsam mit Montenegro gründete Serbien eine neue Bundesrepublik Jugoslawien mit einer neuen föderalistischen Verfassung, die an die Stelle des ohnmächtigen Kollektivpräsidiums einen einzigen Präsidenten setzte und ein gleichgewichtiges Mitspracherecht der föderalen Einheiten in einer zweiten Parlamentskammer vorsah. Die Absicht schien zu sein, für alle Fälle ein Gerüst für eine Wiederherstellung Jugoslawiens bereitzuhalten. Faktisch blieb es jedoch dabei, dass das eigentliche Entscheidungszentrum beim Präsidenten der Republik Serbien, Slobodan Milošević, lag. Der zum Präsidenten Restjugoslawiens gewählte Schriftsteller Dobrica Čosić suchte zwar durch die Berufung des Amerikaserben Milan Panić zum Regierungschef der Föderation einen eigenen Kurs zu steuern, doch erwies sich sehr bald, dass dieser zwar zeitweise das Bild Jugoslawiens in der Welt annehmbarer machen, seinen Initiativen und Versprechungen aber keinen Nachhalt zu verleihen vermochte. Sein Versuch, gegen Milošević die serbische Präsidentschaft anzutreten, sollte im Dezember 1992 mit einer deutlichen Niederlage enden.

Auf die Neugründung des Bundesstaats folgte nun auch die Auflösung der Jugoslawischen Volksarmee Titoscher Prägung. Die aus Serbien und Montenegro stammenden Soldaten wurden aufgefordert, das Gebiet von Bosnien-Herzegowina zu verlassen, die Bosnier in die Streitkräfte der «Serbischen Republik» eingegliedert. Deren Einheiten konnten sich den grössten Teil der schweren Waffen und des Materials aneignen. Der Krieg in Bosnien war von Anfang an dadurch geprägt, dass die Serben über Panzer und weitreichende Artillerie verfügten und von diesen auch gegen zivile Ziele rücksichtslos Gebrauch machten, wäh-

rend die Muslime und Kroaten den Infanteriekampf zäher und wirksamer führten.

Auf das Überspringen des Krieges nach Bosnien reagierten die Vereinten Nationen mit dem Beschluss, einen Teil der für Kroatien bestimmten Friedenstruppen, wo gerade erst die Aufstellung des Blauhelmdispositivs in Gang gekommen war, nach Bosnien-Herzegowina zu verlegen. Britische, französische, kanadische und andere Einheiten erhielten den Auftrag, für den Schutz der Zivilbevölkerung und insbesondere der Flüchtlinge zu sorgen und die Routen für Hilfstransporte zu sichern.¹ Im Gegensatz zu andern Blauhelmeinsätzen wurde die Entsendung nicht vom Bestehen eines Waffenstillstands abhängig gemacht. Mit den Kriegsparteien und den hinter ihnen stehenden Republiken wurden separate Abmachungen über die Benützung ihres Territoriums getroffen. Es war kein traditionelles Peacekeeping wie in Zypern oder an den Grenzen Israels, sondern eine humanitäre Aktion, von der man sich aber auch eine konfliktdämpfende Wirkung erhoffte. Am 30. Mai 1992 wurde zudem von der Weltorganisation ein allgemeines Wirtschafts- und Handelsembargo gegen Serbien verhängt. Die Republik Serbien, die sich stets als am Konflikt unbeteiligt erklärte, sollte damit gezwungen werden, ihre Unterstützung für die serbische Kriegsführung in Bosnien-Herzegowina einzustellen. Die damit verbundene Idee, dass der wirtschaftliche Zwang zu einer politischen Wende in Belgrad führen werde, erwies sich allerdings als Illusion und ist es bis heute geblieben.

Die nach Bosnien entsandten Blauhelmtruppen stiessen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe auf ungezählte Hindernisse. Mit den Führungen der Kriegsparteien ausgehandelte Vereinbarungen erwiesen sich oft als undurchführbar, weil lokale Kommandanten sich nicht daran halten wollten. Häufig musste die Durchfahrt von Hilfskonvois mit einem Teil der Ladung bezahlt werden, in vielen andern Fällen blieben die Transporte auf unabsehbare

Zeit stecken. Die Vereinten Nationen errichteten deshalb mit amerikanischen und europäischen Transportflugzeugen eine Luftbrücke nach dem von den Serben belagerten Sarajewo. Der Flughafen der bosnischen Hauptstadt wurde zu diesem Zweck einem Uno-Regime unterstellt und dadurch zu einer neutralen Zwischenzone zwischen den serbisch und muslimisch beherrschten Stadtteilen gemacht. Durch einen Besuch des französischen Präsidenten Mitterrand wurde die Lage der von Kriegsfronten zerteilten bosnischen Hauptstadt, in der Serben, Kroaten und Muslime zuvor Seite an Seite friedlich gelebt hatten, zuhanden der Weltöffentlichkeit dramatisiert. Das von serbischen Granaten gepeinigte Sarajewo wurde zum Symbol für ein barbarisches und Europas unwürdiges Kriegsgeschehen.

Vergeltung oder Vermittlung?

Auf diplomatischer Ebene bemühten sich die von der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen eingesetzten Vermittler, der ehemalige britische Außenminister David Owen (als Nachfolger von Lord Carrington) und der frühere amerikanische Staatssekretär Cyrus Vance, um die Vermittlung von Waffenstillständen, die zwar ausgehandelt werden konnten, nie aber von längerer Dauer waren. Es zeigte sich, dass die Anstrengungen zur Herbeiführung einer Waffenruhe ohne Bezug auf eine politische Lösung immer wieder ins Leere gingen. Auf den 27. und 28. August 1992 wurden die Kriegsparteien, die Regierungen der ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken, die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft und andere interessierte Staaten nach London eingeladen, um über Wege zu einer Beendigung des Konflikts zu beraten. Die Konferenz bekräftigte ein paar allgemeine Grundsätze über die Unzulässigkeit von gewalttamen Grenzänderungen und von Vertreibungen und beschloss im übrigen die Einrichtung einer ständigen Konferenzeinrich-

tung mit Sitz in Genf, die unter Leitung der beiden Vermittler Lösungen ausarbeiten sollte. Zur gleichen Zeit gelangten immer mehr Informationen über serbische Konzentrationslager sowie über Massenmorde und Vergewaltigungen in die westliche Öffentlichkeit, die im Laufe der serbischen Offensive begangen worden waren. Im Licht dieser alarmierenden Berichte wurden die Vermittlungsbemühungen in den Augen des westlichen Publikums durch hartnäckige Zweifel in Frage gestellt.

Im gesamten Verlauf des Bosnienkrieges sorgte der Widerspruch zwischen der politischen Zeichensetzung, die sich in Anerkennung und Aufnahme in die Vereinten Nationen ausdrückte, und dem tatsächlichen Verhalten Europas und der Vereinigten Staaten, das sich auf Zureden und Vermittlung sowie auf ein Verbot von Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet beschränkte, für Verwirrung in vielen Köpfen. Das brutale Vorgehen der bosnischen Serben, die Massenmorde, Vertreibungen und Vergewaltigungen und deren zynische Rechtfertigung in den Belgrader Medien bestärkten die Auffassung, dass es sich um einen von Serbien aus betriebenen und geleiteten Angriffskrieg gegen zwei international anerkannte Staaten handle, dem die «internationale Gemeinschaft», schon um Nachahmer in andern Teilen Europas abzuschrecken, mit Gewalt entgegentreten sollte. Auf der andern Seite hielt sich aber auch die andere, ebenso begründbare und mit dem tatsächlichen Verhalten Europas und der USA besser übereinstimmende Sichtweise, dass es um einen dreiseitigen Bürgerkrieg um eine neue Ordnung im zerfallenen Jugoslawien gehe, der durch Verhandlungen und Vermittlung möglichst rasch beendet werden sollte. Von dieser Warte aus waren alle Streitparteien gleich zu behandeln, auf deren allseitige Zustimmung und Duldung auch die Uno-Truppe in all ihren Aktivitäten angewiesen waren.

Die Konkurrenz der verschiedenen Anschauungen von der Natur des Konflikts trat natürlich am stärksten in der Propa-

ganda der Kriegsparteien zu Tage, und sie setzte sich in den europäischen und amerikanischen Medien fort. Den einen galten die von der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinten Nationen eingesetzten Vermittler als beflissene Sachwalter einer nicht von ihnen, sondern von ihren Auftraggebern konzipierten Politik des Ausgleichs, den andern aber als Helfer eines verwerflichen Appeasement gegenüber einer offenen Aggression. Wer auf Vermittlung setzte, wollte eine Gefährdung der Blauhelme im Kriegsgebiet vermeiden, wer auf Bestrafung aus war, betrachtete die Rücksichtnahme auf Friedenstruppen und humanitäre Helfer als nahezu verräterisch. Der Eifer machte auch vor gegenseitigen Verdächtigungen nicht halt. So fanden serbische Anklagen, die Deutschen hätten im Zug einer expansionistischen neuen Balkanpolitik Jugoslawien zerschlagen, um mit Hilfe Sloweniens und Kroatiens neue Machtbastionen in Südosteuropa zu errichten, ein Echo in britischen und französischen Medienstimmen. Umgekehrt wurden Grossbritannien und Frankreich in Zagreb und Ljubljana, aber auch in deutschen Medien, verdächtigt, in machtpolitischer Absicht den ehemals verbündeten Serben die Stange zu halten und jeglichen Versuch, sie für ihre Aggression zu bestrafen, zu sabotieren.

Am 3. Januar 1993 legten die beiden Vermittler in Genf den nach ihnen benannten Vance-Owen-Friedensplan vor. Er ging vom Fortbestehen der Republik Bosnien-Herzegowina in den Grenzen der Titozeit aus und suchte die Ansprüche der drei zerstrittenen Nationen durch die Zuteilung von je drei halbautonomen Provinzen zu befriedigen. In ihnen sollten Serben, Muslime oder Kroaten gestützt auf ihre jeweilige Mehrheit die Regierungsgewalt unter Vorbehalt der Befugnisse einer paritätisch zusammengesetzten Zentralregierung ausüben. Um eine Teilung der Hauptstadt Sarajewo zu vermeiden, wollte man diese einem gemeinsamen Regime unterstellen. Ausser diesem Rahmen für eine föderalistische Verfassung enthielt der Vance-Owen-Plan

ein Militärdokument über die Einstellung der Feindseligkeiten und die Entflechtung der Truppen sowie eine Karte der neu zu ziehenden internen Grenzen. Alle drei Konfliktparteien stimmten dem Verfassungsrahmen zu. Die bosnische Regierung verweigerte lange die Unterschrift unter die Waffenstillstandsbedingungen, lenkte dann jedoch ein, während der Serbenführer Radovan Karadžić Einwände gegen die vorgesehene Gebietsaufteilung erhob, weil diese zwar im wesentlichen die serbischen Erwerbungen berücksichtigte, aber die angestrebte Landbrücke zwischen Ost- und Westbosnien durch ein kroatisches Gebiet unterbrach.

Die Beratungen über den Friedensplan zogen sich über das ganze erste Halbjahr 1993 hin. Inzwischen wurden jedoch von vielen Regierungen und Medienorganen die Bemühungen um eine Lösung auf Grund des territorialen Status quo hart kritisiert. Insbesondere nahmen die Staaten der Islamischen Konferenz für die bosnische Regierung Partei und drängten auf ein entschiedeneres militärisches Vorgehen der Uno-Truppe für den Schutz der Zivilbevölkerung und die Sicherung ihrer Versorgung. Im März 1993 beschloss der Sicherheitsrat die militärische Durchsetzung eines zuvor erlassenen, aber unbeachtet gebliebenen Flugverbots über dem bosnischen Kampfgebiet. Die Nato erklärte sich darauf bereit, dem Verbot mit ihren Luftstreitkräften Nachachtung zu verschaffen. Da der Krieg aber im wesentlichen am Boden ausgefochten wurde, blieb dieses Aktivitätsignal von geringer Bedeutung.

Durch den Wechsel vom republikanischen Präsidenten Bush zu seinem demokratischen Nachfolger Clinton waren die Vereinigten Staaten längere Zeit ausserhalb der Bemühungen um den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien geblieben. Staatsekretär Baker hatte noch kurz vor dem Kriegsausbruch im Sommer 1991 die Streitparteien zur Bewahrung des gemeinsamen jugoslawischen Staats aufgerufen und die austrittswilligen Republiken ge-

warnt, dass Amerika ihnen die Anerkennung verweigern werde. Als die EG unter deutschem Druck die Anerkennung aussprach, hielt Washington sich noch zurück, folgte jedoch dem europäischen Beispiel, als Bosnien-Herzegowina an der Reihe war und befürwortete auch die Aufnahme in die Vereinten Nationen. Präsident Bush überliess die Behandlung des Jugoslawienkonflikts den Europäern und schloss eine Intervention amerikanischer Truppen, die keinen Ruhm versprach und die Glorie des Siegs im Golfkrieg zu beeinträchtigen drohte, vollständig aus. Er optierte stattdessen für eine Intervention im somalischen Bürgerkrieg zur Sicherung von Hilfsaktionen zugunsten der hungenden Zivilbevölkerung.

Bevor Präsident Clinton sein Amt antrat, hatte er im Wahlkampf das Abseitsstehen der Vereinigten Staaten im Jugoslawienkonflikt scharf kritisiert. Im Bestreben, der Innen- und Wirtschaftspolitik Priorität zu geben, wurden aber aussenpolitische Initiativen zurückgestellt. Die vom neuen Staatssekretär Christopher nach längeren Beratungen verkündete Jugoslawienpolitik hielt sich im Rahmen derjenigen seines Vorgängers und schloss den Einsatz amerikanischer Truppen vor einem allgemeinen Waffenstillstand aus, sie gab jedoch Vorbehalte gegenüber dem Vance-Owen-Plan zu erkennen und kündigte diplomatische Bemühungen durch einen Sondergesandten an, um eine bessere Behandlung der Muslime bei einer Regelung für Bosnien zu erzielen. Der bosnische Präsident fühlte sich dadurch ermutigt, seine nach langem Weigern gegebene Unterschrift zum Friedensplan wieder zurückzunehmen, war aber bereit, die Verhandlungen fortzusetzen. Der Plan scheiterte im wesentlichen an den bosnischen Serben, die entgegen der Zusage Karadžićs und trotz einer Drohung mit verschärften Sanktionen gegen Restjugoslawien die Zustimmung durch Parlamentsbeschluss und Referendum verweigerten.

Um den Druck auf die Serben zu erhöhen, entsandte Präsident

Clinton im Mai 1993 seinen Aussenminister nach London und Paris mit Vorschlägen zur Aufhebung des Waffenembargos zu gunsten der bosnischen Regierung und zur Einleitung von Luftangriffen gegen die serbischen Belagerer bosnischer Städte. Beiden Vorhaben verweigerten die europäischen Alliierten ihre Zustimmung, da sie sie als unvereinbar mit der vermittelnden Rolle der EG und der Uno ansahen und ausserdem die britischen und französischen Uno-Soldaten nicht serbischen Repressalien aussetzen wollten. Das Vorgehen Washingtons, das den Zweck der Mission vorher angekündigt hatte und in Kauf nahm, dass Christopher mit leeren Händen aus London abreisen musste, erweckte Zweifel an Clintons Führungsstärke. Es entstand der Eindruck einer Alibi-Übung, dazu bestimmt, dem Präsidenten zu erlauben, die Schuld an der westlichen Untätigkeit den europäischen Alliierten zuzuschieben.

Schon während der Verhandlungen über den Vance-Owen-Plan hatten Kroaten und Muslime in Bosnien damit begonnen, die ihnen im Teilungsplan zugewiesenen Gebiete vorsorglich unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein Plan, der eigentlich der Befriedung dienen sollte, wurde so zum Anlass neuer Kämpfe zwischen den bisher nominell verbündeten Nationalitäten. Das Schwergewicht der Kampfhandlungen verlagerte sich auf diese Front, während die Serben sich auf die Wahrung ihrer Gewinne konzentrierten und auf muslimische oder kroatische Vorstösse vorwiegend mit Artilleriefeuer gegen leicht zu treffende Ziele reagierten. In der Hauptstadt der Herzegowina, Mostar, die zuvor zwischen Kroaten und Serben umkämpft gewesen war, entspann sich ein zerstörerischer kroatisch-muslimischer Krieg um die türkische Altstadt mit der berühmten Bogenbrücke. Zahlreiche Orte in gemischten Gebieten wurden zum Schauplatz von Zerstörung und Vertreibung. Der Krieg war jetzt zu einem dreiseitigen Konflikt geworden, in dem nicht mehr die Serben als alleinige Angreifer erschienen.

Teilung als Ausweg?

Suche nach einer pragmatischen Lösung

Nach dem Scheitern des Vance-Owen-Plans, der eine föderalistische Lösung im Rahmen eines fortbestehenden Staates Bosnien-Herzegowina angestrebt hatte, schien als Grundlage für eine rasche Beendigung des Kriegs nur noch die Teilung übrig zu bleiben. Dies stand zwar im Widerspruch zum Willen der Vereinten Nationen, die die Republik als unabhängigen Staat anerkannt und unter ihre Mitglieder aufgenommen hatten. Es blieb jedoch der einzige Weg, überhaupt einen Fortschritt zu erzielen, wenn man den Dingen nicht einfach den Lauf lassen wollte. Serbische wie kroatische Vorstellungen über eine Aufteilung hatte es seit langem gegeben, Widerstand war dagegen von der bosnischen Regierung und dem hinter ihr stehenden muslimischen Bevölkerungsteil zu erwarten. Bei einem durch Owen und Stoltenberg – der frühere norwegische Außenminister hatte Vance abgelöst – arrangierten Treffen einigten sich die beiden Präsidenten Serbiens und Kroatiens, Milošević und Tudjman, im Frühsommer 1993 auf die Ausarbeitung eines Friedensplans, der eine Teilung anhand der bestehenden Frontlinien vorsah. Die Teilgebiete sollten zunächst in einer losen Föderation vereinigt bleiben, später jedoch das Recht erhalten, sich andern Staaten anzuschliessen. Für die Muslime blieben danach nur ein Rumpfgebiet in Zentralbosnien ohne Verbindung zum Meer und eine Enklave um Bihać im äussersten Westen Bosniens übrig. Die Vermittler führten darauf Vorgespräche über die Gestaltung einer solchen losen Föderation und legten schliesslich im August in Genf einen Teilungs-

plan vor, der den Serben rund 52, den Muslimen rund 31 und den Kroaten 17 Prozent des Territoriums zuwies. Die Serben, die rund siebzig Prozent der Republik besetzt hielten, hatten schon früher die Bereitschaft angedeutet, im Rahmen einer ihnen zusagenden Lösung gewisse Gebiete aufzugeben, und stimmten jetzt dem Teilungsplan zu. Während die Kroaten Vorbehalte erhoben, verlangten die Muslimen substantielle Verbesserungen und hielten an dieser Forderung beharrlich fest. Wie schon beim Vance-Owen-Plan war auch für dieses Teilungsprojekt vorgesehen, dass ein grosses Kontingent von Friedenstruppen nach der Unterzeichnung der Verträge die Durchführung überwachen würde. Im Hinblick darauf liessen sich die Vermittler im Nato-Hauptquartier die Bereitschaft der Allianz bestätigen, für die Sicherung einer vereinbarten Friedenslösung 50 000 Mann nach Bosnien-Herzegowina zu entsenden, von denen die Hälfte von den Vereinigten Staaten zu stellen wäre.

Die während der Friedensbemühungen Owens und Stoltenbergs anhaltenden Kämpfe veranlassten den Uno-Sicherheitsrat, in einer Serie von Resolutionen die Wirkung der Präsenz von Uno-Truppen im Kampfgebiet zu verbessern. Schon im Frühjahr 1993 hatte er die Errichtung von Schutzzonen für Sarajewo und fünf weitere belagerte Städte beschlossen, aber die Ausführung offengelassen. Später wurde das Mandat der Friedenstruppen erweitert und ihnen das Recht eingeräumt, Angriffe auf die Schutzzonen abzuwehren und Waffenstillstände zu überwachen. Zu diesem Zweck wurde eine Erhöhung der Bestände um 7500 Mann vorgesehen. Ausserdem wurde der Einsatz von Luftstreitkräften zur Unterstützung der Blauhelme in Aussicht genommen. Inzwischen gingen die Kämpfe jedoch unverändert weiter und nahmen vor allem zwischen Kroaten und Muslimen um die Stadt Mostar immer heftigere Formen an.

Im November 1993 ergriffen die Aussenminister Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland die Initiative zu einem wei-

teren Friedensplan. Neu war dabei die Idee, Serbien und Montenegro eine Lockerung der Wirtschaftssanktionen in Aussicht zu stellen, sofern es zu einer Einigung über die territorialen Streitfragen in Bosnien-Herzegowina käme. Bedingung war ausserdem, dass in den serbisch besetzten Gebieten Kroatiens, wo es trotz Uno-Präsenz immer wieder zu Kämpfen gekommen war, eine dauernde Waffenruhe geben müsse. Gestützt auf den deutsch-französischen Vorstoss erliess der Rat der Europäischen Union im Dezember einen Aufruf an die Serben in Bosnien, die Forderung der Muslime nach einem Drittel des Territoriums der Republik und nach einem Zugang zum Meer zu erfüllen. Trotz dem Wink mit einer Lockerung der Sanktionen machten die Vermittlungsbemühungen keine Fortschritte, ging es doch nicht so sehr um Prozentzahlen als um Grenzziehungen, um das Schicksal der belagerten muslimischen Städte in Ostbosnien mit ihren Industrieanlagen und um die Zukunft der Hauptstadt Sarajewo, die die Serben teilen wollten und zu diesem Zweck mit ständigen Beschiessungen unter Druck hielten.

Am 5. Februar 1994 geschah es dann, dass auf dem Marktplatz von Sarajewo eine Granate in eine Menschenmenge einschlug und gegen 70 Todesopfer forderte. Erschütternde Fernsehbilder von dem Massaker lösten in der Weltöffentlichkeit einen Sturm der Entrüstung aus. Die Verkündung von Schutzzonen für die Zivilbevölkerung von sechs bosnischen Städten war durch dieses Ereignis als wirkungslose Scheinvorkehrung blossgestellt. Dies veranlasste den Generalsekretär der Vereinten Nationen, die Nato um Luftunterstützung für die Uno-Truppen in der Schutzone von Sarajewo zu bitten. Die Aussenminister der Europäischen Union forderten die Nato auf, die Aufhebung der Belagerung der bosnischen Hauptstadt notfalls durch den Einsatz von Luftstreitkräften zu erzwingen. Darauf richtete der Nato-Rat ein Ultimatum sowohl an die serbischen Belagerer als auch an die bosnischen Regierungstruppen, innert zehn Tagen

sämtliche schweren Waffen innerhalb von 20 Kilometern vom Stadtzentrum zu entfernen oder unter Uno-Kontrolle zu stellen. Damit war die Drohung verbunden, in der Ausschlusszone verbliebene Panzer oder Artilleriegeschütze zu vernichten.

Die Serben zögerten zuerst, die Forderung zu erfüllen, und drohten, die Uno-Truppen als feindliche Kräfte zu behandeln. Sie stellten die Kontakte mit den Blauhelm-Einheiten ein und blockierten die Strassen für Hilfstransporte. Nun schaltete sich Russland ein und erhob nachdrückliche Einwendungen gegen das Vorgehen der Nato. Die russischen Vertreter argumentierten, nur der Sicherheitsrat hätte einen solchen Beschluss fassen dürfen. Dem wurde entgegengehalten, dass die Aktion durch frühere Resolutionen gedeckt sei. Die russische Diplomatie verharrte aber nicht bei nutzlosen Protesten, sondern wandte sich an die Serben, um sie zum Abzug ihrer schweren Waffen zu veranlassen. Gleichzeitig wurde die Entsendung russischer Blauhelme nach Sarajewo bekanntgegeben. Darauf stimmte das Parlament der bosnischen Serben dem Abzug zu, und angesichts vollzogener Tatsachen blieben die angedrohten Luftangriffe aus. Die Aufhebung der Belagerung von Sarajewo wurde als grosser Erfolg eines energischen Vorgehens der westlichen Mächte empfunden. Endlich habe man den serbischen Aggressoren den Meister gezeigt, nun sollte die selbe Methode auch andernorts angewendet werden, lauteten viele Kommentare. Einer Beendigung des Kriegs war man aber, wie sich bald zeigen sollte, nicht näher gekommen. Russland hatte seinen Willen zur Mitsprache unzweideutig erkennen lassen. In Zukunft würde man mehr als bisher auf seine Interessen Rücksicht nehmen müssen.

Kroatisch-muslimische Verständigung

Kurz nach dieser diplomatischen Intervention Russlands wurde bekannt, dass auch die Vereinigten Staaten unerwartet aktiv ge-

worden waren. In Washington wurde am 1. März 1994 eine Vereinbarung über die Gründung einer Föderation der bosnischen Muslime und der bosnischen Kroaten in den Gebieten mit muslimischen, beziehungsweise kroatischen Mehrheiten der Republik Bosnien-Herzegowina geschlossen. Zwei sich bis dahin an unübersichtlichen Frontlinien heftig bekriegende Streitparteien wollten von jetzt an gemeinsam auftreten und ihre Differenzen durch die Bildung autonomer «Kantone» unter einer paritätisch konstruierten Staatsspitze überwinden. Gleichzeitig wurde eine Konföderation zwischen der neuen Föderation und der Republik Kroatien in Aussicht genommen. Die überraschend bekanntgegebene Einigung versprach die Konfliktlage in Bosnien zu vereinfachen. Anstelle eines kaum überlebensfähigen Rumpfstaates der Muslime mit schlecht definierbaren Grenzen und ohne Zugang zum Meer würde ein mit Kroatien verbundenes bosnisches Staatswesen besser geeignet sein, einen tragfähigen Bestandteil zu einer territorialen Neuordnung zu liefern. Die überraschende Schwenkung der kroatischen Politik, die zuvor Hand in Hand mit Serbien auf eine Teilung hingearbeitet hatte, warf aber auch viele Fragen auf. Amerikanischer Einfluss war zweifellos schon länger am Werk gewesen. Washington hatte dem kroatischen Präsidenten mit Wirtschaftssanktionen gedroht, falls Truppen der Republik weiterhin an den Kämpfen in Bosnien teilnahmen und ethnische Säuberungen der bosnischen Kroaten unterstützten. Es war dann als Anzeichen einer Veränderung aufgefallen, dass der entschieden die Vereinigung mit Kroatien anstrebbende Präsident der bosnischen Kroaten, Mate Boban, gestürzt und durch einen gemässigten Politiker ersetzt wurde. Damit hatte sich Präsident Tudjman gegen eine starke Gruppe aus der Herzegowina stammender Politiker in seiner Regierung durchgesetzt, die sich offen für eine Erweiterung der Grenzen der Republik eingesetzt hatten.

Die Einstellung der Kämpfe zwischen den Partnern der Föde-

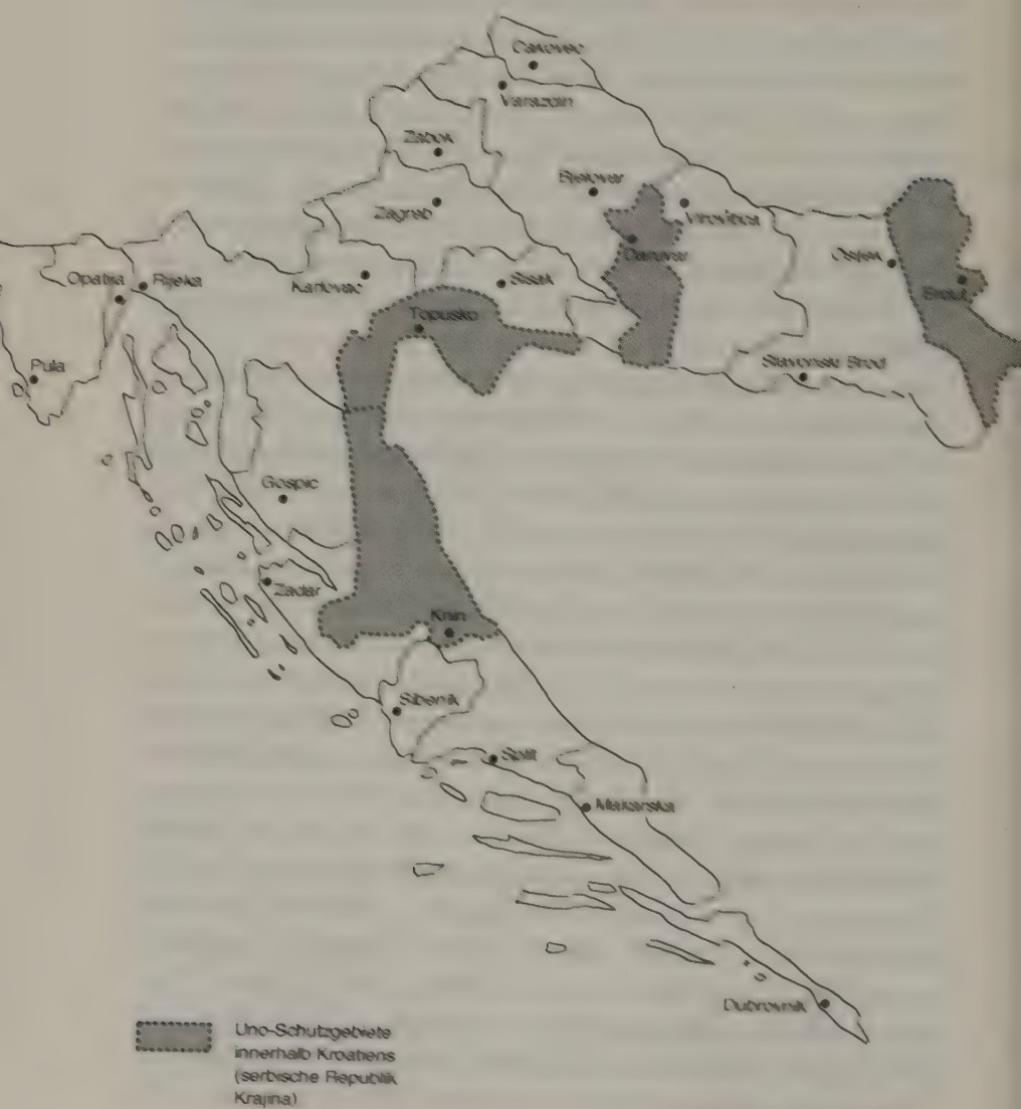
ration erlaubte den bosnischen Regierungstruppen, sich mit verstärkten Kräften gegen die Serben zu wenden. Ein gemeinsames Vorgehen unter einheitlichem Kommando wurde für später in Aussicht genommen. Zunächst aber eröffneten die Serben nach dem Abzug ihrer schweren Waffen aus der Umgebung von Sarajewo eine Offensive gegen die von Regierungstruppen gehaltene ostbosnische Enklave Goražde. Gegen starken Widerstand gelang es ihnen, bis in die unmittelbare Nähe der Stadt vorzudringen. Unter dem Eindruck einer anhaltenden Beschießung der mit Flüchtlingen überfüllten Wohnquartiere beschloss die Nato im Einvernehmen mit dem Uno-Generalsekretär ein weiteres Ultimatum. Wieder wurde der Abzug aller schweren Waffen aus einem Umkreis von 20 Kilometern vom Stadtzentrum gefordert. Auch hier liessen sich die Serben Zeit. Als das Ultimatum abgelaufen war, wurden amerikanische Nato-Flugzeuge aus Italien nach Goražde beordert, um in der Ausschlusszone zurückgebliebene Geschütze anzugreifen. Die Wirkung erwies sich jedoch als wenig überzeugend. Die abgeworfenen Bomben explodierten nur zum Teil und richteten wenig Schaden an. Als Antwort wurde umgehend ein britisches Kampfflugzeug abgeschossen, wurden Versorgungsrouten blockiert und der Flughafen von Sarajewo längere Zeit lahmgelegt. Schliesslich beendeten die Serben den Abzug ihrer schweren Waffen und ent hoben die Nato der Notwendigkeit, weitere Angriffe zu befehlen. Die Ereignisse von Goražde liessen die Aussichten, mit weiteren Schlägen an andern Orten den Schutz der Zivilbevölkerung zu sichern oder gar Friedensbereitschaft zu erzwingen, in einem nüchternen Licht erscheinen.

Inzwischen gingen im Frühjahr 1994 die Vermittlungsversuche weiter. Der Zusammenschluss der Muslime und Kroaten in Bosnien führte insofern zu einer Komplikation, als die neue Föderation 58 Prozent des Gebiets der Republik als «mehrheitlich muslimisch» oder «mehrheitlich kroatisch» beanspruchte,

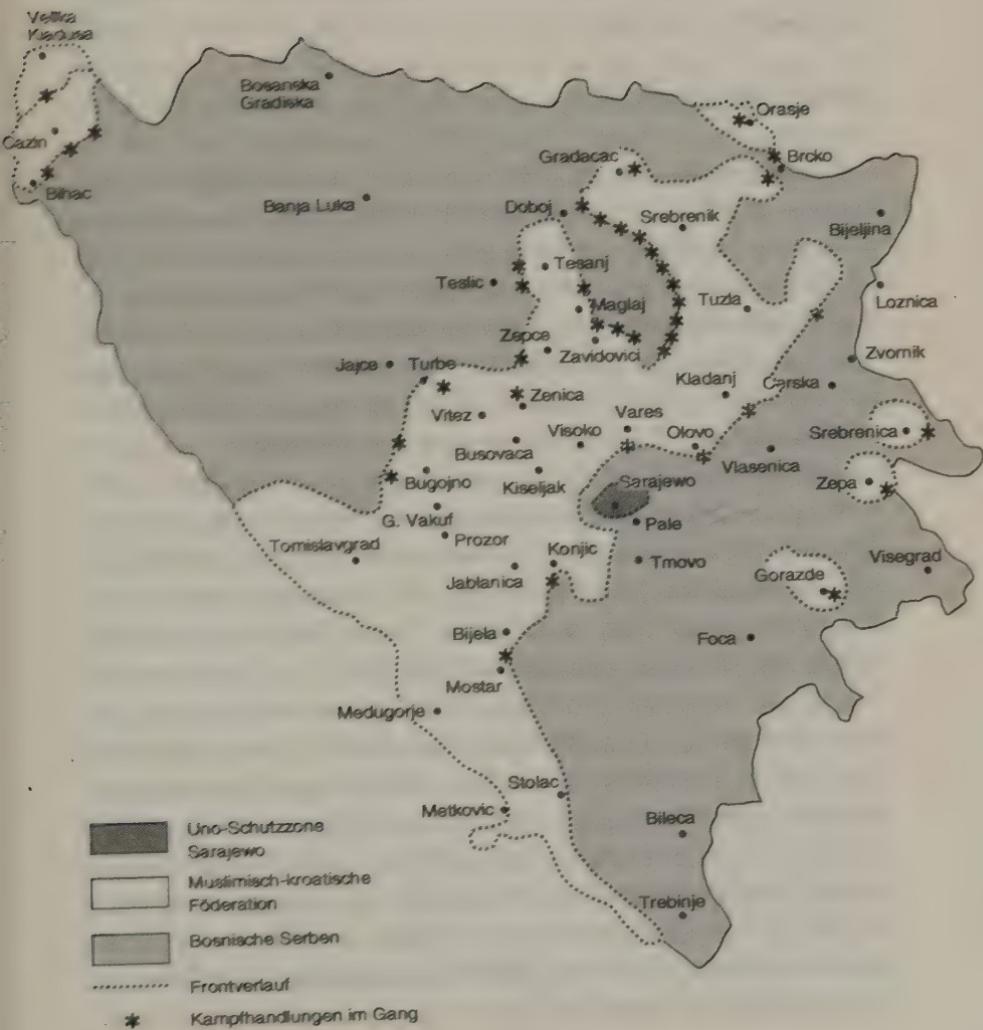
während die von der Europäischen Union angestrebte Lösung nur 51 Prozent gegenüber 49 für die Serben vorsah. Da die Amerikaner als Sponsoren der Föderation aufgetreten waren und öfters Verbesserungen für die Muslime gefordert hatten, drohte eine Blockierung der Friedensbemühungen. Sie wurde schliesslich durch die Schaffung einer Konsultationsgruppe überwunden, an der sich die Vereinigten Staaten, Russland, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland beteiligten und die den 51:49-Vorschlag zur Grundlage ihrer Arbeit machte. Zunächst sollte aber ein viermonatiger Waffenstillstand herbeigeführt und durch ein Auseinanderrücken der feindlichen Streitkräfte sowie die Stationierung von Blauhelmen zwischen den Fronten gesichert werden.

Bei den Verhandlungen zeigte sich, was sich schon früher abgezeichnet hatte, dass die Serben, im Besitz von rund 70 Prozent des Territoriums, einen gesicherten Waffenstillstand wünschten und ihn so lange als möglich aufrechterhalten wollten, dass aber die Muslime, beziehungsweise die bosnische Föderation, um der Gefahr einer Verfestigung der Frontlinien zu entgehen, nur für eine kurzfristige Einstellung der Kämpfe zu haben waren. Die Muslime hatten, entlastet von der Konfrontation mit den Kroaten, gegen die Serben einige lokale Erfolge erzielt. Eine Vereinigung der Armeen der Föderation versprach Aussicht, bald verstärkten Druck auf die Serben ausüben und Gebiete zurückgewinnen zu können. Die Serben waren zwar weiterhin an schweren Waffen weit überlegen, ihre Kampfmoral schien jedoch nachzulassen, während auf der Gegenseite die Zuversicht im Wachsen war. An den langen, verwickelten Fronten bot sich den Muslimen und Kroaten immer wieder Gelegenheit zu überraschenden Angriffen, ohne dass die Serben ihre Rüstungsüberlegenheit ins Spiel zu bringen vermochten. Und durch Vorstösse gegen den schmalen, aber für ihre strategischen Ziele entscheidend wichtigen Korridor zwischen Ost- und West-

Karte 4: Uno-Schutzgebiete
in Kroatien, Juni 1994



Karte 5: Frontverlauf in
Bosnien-Herzegowina,
Juni 1994



bosnien konnten die Serben unter Druck gesetzt werden. Im Frühsommer 1994 schien die muslimisch-kroatische Föderation versucht, eher auf eine weitere Kriegsrunde als auf Verhandlungen zu setzen und auf einen für sie günstigen Ausgang der anhaltenden amerikanischen Debatte über eine Aufhebung des Waffenembargos, wenn nicht sogar auf Waffenhilfe der Vereinigten Staaten, zu hoffen.

Europas Friedensaufgabe

Drei Jahre nach seinem Ausbruch ist für den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien eine dauerhafte Friedenslösung noch immer nicht in Sicht. Amerika und Russland, die Europäische Union und die Vereinten Nationen scheinen im Sommer 1994 gewillt, für einmal im Bemühen um eine Lösung am gleichen Strick zu ziehen, doch wie lange der Konsens über die anzustrebende Teilungsformel halten wird, ist ungewiss. Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft kranken an dem grundlegenden Zwiespalt, dass im Januar 1992 Slowenien und Kroatien und im März 1992 Bosnien-Herzegowina die internationale Anerkennung und die Aufnahme in die Vereinten Nationen gewährt wurde, obwohl die Neuordnung innerhalb des von Tito hinterlassenen Bundesstaats Jugoslawien bei weitem nicht geregelt war. Die voreilige Parteinaahme änderte nichts am Verlauf der Kämpfe, sie erweist sich jedoch als hinderlich, wenn es darum geht, den Krieg auf der Basis einer praktikablen Formel zu beenden. Die bosnischen Muslime und die Kroaten können sich jederzeit darauf berufen, dass ihre international anerkannten Staaten Opfer einer Aggression geworden seien und dass es ungerecht sei, von ihnen zur Wiederherstellung des Friedens Konzessionen zu verlangen. Das Beharren auf Gerechtigkeit, einer Gerechtigkeit allerdings, die auf ad hoc getroffenen politischen Entscheidungen beruht, gerät so der Suche nach Frieden in die Quere.

Einem internationalen Konflikt wie einer privaten Auseinandersetzung gegenüber hat der Aussenseiter grundsätzlich zwei Möglichkeiten, entweder die als gerecht empfundene Sache der einen Partei zu der eigenen zu machen oder aber unparteiisch zu bleiben und sich auf Schlichtung zu verlegen. Gefährlich ist, sich einmal so und einmal anders zu verhalten, denn es verleitet zu falschen Erwartungen, fördert Unnachgiebigkeit und birgt das Risiko in sich, die Auseinandersetzung unnötig zu verlängern. Im Jugoslawienkonflikt scheint dies ausgesprochen deutlich der Fall zu sein. Die im Sommer 1991 nach Jugoslawien entsandten Vermittlungsmissionen machten keinen Unterschied zwischen Angreifern und Angegriffenen – mit gutem Grund, denn dass die damalige Europäische Gemeinschaft nicht mit militärischen Mittel zugunsten einer Seite eingreifen würde, stand außer Frage. Die im Text des Maastricht-Vertrags festgehaltene Absicht, auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik hinzuarbeiten, umfasste keine derartigen Konsequenzen. Der Gedanke, dass die Gemeinschaft einen Krieg führen würde, um in ihrem südöstlichen Vorhof oder anderswo einer Aggression zu begegnen, die sie nicht selber traf, lag außerhalb des Vorstellbaren.

Es zeigte sich, dass in der Maastricht-Formel nicht so sehr ein Wille zu gemeinsamem Handeln Ausdruck gefunden hatte, als das Bestreben Bundeskanzler Kohls und Präsident Mitterrands, den nach der deutschen Wiedervereinigung befürchteten Spannungen innerhalb der Gemeinschaft durch einen raschen Ausbau ihrer Institutionen vorzubeugen. Diese Flucht nach vorn ist über die Unterzeichnung und die mühsame Ratifizierung des Vertrags hinaus umstritten geblieben. Was die geplante Europäische Währungsunion anbelangt, so ist sie noch Zukunftsmusik, an ihrer Realisierbarkeit braucht aber, genügend vereinten Willen vorausgesetzt, nicht gezweifelt zu werden. Doch die sich angesichts des Konflikts in Jugoslawien aufdrängende Frage, ob die Europäische Union je in der Lage wäre, einen Krieg zu führen und bis

zum Ende durchzustehen, ist wohl mit Nein zu beantworten. Als supranationales Gebilde, das auf einer Rechtsgemeinschaft beruht und nicht über ein zentrales Willensinstrument verfügt, ist sie der höchsten Herausforderung, dem Entscheid über Krieg und Frieden, nicht gewachsen.

Es ist auffallend, wie wenig die Frage, ob Europa zu einem Krieg fähig wäre, in der Debatte um die Politik gegenüber Jugoslawien zur Sprache gekommen ist. Der EG wird pauschal ein Versagen gegenüber dem Konflikt auf dem Balkan vorgeworfen, sie wird als uneinig, schwach und unentschlossen getadelt, aber was sie hätte tun sollen, wird konkret nicht erörtert. Vor der Einsicht, was eine militärische Intervention an Menschenleben und Material, aber auch an Wirtschaftskraft und Lebensstandard kosten könnte, verschliessen all jene die Augen, die klar zwischen Angreifern und Angegriffenen unterscheiden wollen und aus moralischer Überzeugung zur Hilfe für die letzteren aufrufen. Innerhalb der Nato, unter der Führung und mit dem Beistand der USA, war Westeuropa bisher zu seiner Verteidigung hinreichend gerüstet. Zur Verhinderung eines Unrechts über die eigenen Grenzen hinaus Krieg zu führen, ist aber eine andere Sache und bringt mit sich nicht nur die Gefahr des Scheiterns, sondern auch das Risiko, sich selber mit dem Griff zur Gewalt ins Unrecht zu versetzen – ein Risiko, das sich nur dort rechtferigen lässt, wo vitale eigene Interessen auf dem Spiel stehen.

Europa eignet sich nicht zum Weltpolizisten. Es war nur folgerichtig, sich auf Eindämmung des Konflikts und auf Vermittlung zu beschränken, Anheizung von aussen durch ein Waffenembargo gegenüber dem ganzen Konfliktgebiet zu unterbinden und nach Massgabe der Möglichkeiten der einzelnen Regierungen Friedenstruppen zu entsenden. Ungeachtet von Schuld oder Unschuld bedeutete dies, den Streitparteien unparteiisch zu begegnen und die Zusammenarbeit mit ihnen zu suchen. Die Natur des Konflikts hat dies allerdings schwer ge-

macht. Die brutale Kriegsführung der Serben, die Morde, Vertreibungen und wahllosen Zerstörungen, vor dem Hintergrund einer sich überschlagenden nationalistischen Propaganda, schienen keinen Raum für Unparteilichkeit zu lassen, auch dann nicht, als in ähnlichem Stil begangene Untaten der andern Kriegsparteien bekannt wurden. Mit ihrer kriegerischen Rhetorik machten die Serben ihre ständigen Unschuldsbeteuerungen unglaublich. Ihre krasse Missachtung zivilisierten Verhaltens liess immer wieder den Wunsch übermächtig werden, den Angegriffenen beizustehen und die Angreifer zu bestrafen.

Ein wachsendes Bedürfnis, trotz der Unmöglichkeit direkten Eingreifens doch irgend etwas zu tun, hat die Europäische Gemeinschaft und später die Vereinten Nationen des öfters veranlasst, vom Grundsatz der Unparteilichkeit und der Gleichbehandlung abzugehen. Serbien wurde mit wirtschaftlichen Sanktionen unter Druck gesetzt, um es zur Einstellung seiner Hilfe an die kroatischen und bosnischen Serben zu zwingen. Die Sanktionen bestärkten die Serben in dem Gefühl, von der ganzen Welt verteufelt zu werden, förderten aber auch die Überzeugung, niemanden fürchten zu müssen und sich auf die eigene militärische Überlegenheit verlassen zu können. Auch die im Einvernehmen mit der Uno unternommenen Militäraktionen der Nato zur Durchsetzung eines Flugverbots über dem Kampfgebiet und zur Sicherung der von der Weltorganisation proklamierten Schutzzonen für die Zivilbevölkerung richteten sich gegen die Serben, vermochten sie aber wenig zu beeindrucken. Es waren streng begrenzte Massnahmen zur Eindämmung der Auseinandersetzungen und zum Schutz von Menschen, sie wurden aber von der Weltöffentlichkeit regelmässig als Beginn einer neuen Politik der Bestrafung des Angreifers interpretiert – bis jeweils zur grossen Enttäuschung vieler Ungeduldiger klargestellt wurde, dass es nicht darum gehen könne, den Ausgang des Konflikts zu beeinflussen.

Westeuropa hat sich in der Zeit des Kalten Kriegs an stabile Verhältnisse gewöhnt. Zwar lebte es ständig mit der entfernten Gefahr eines ganz grossen Krieges und der nuklearen Vernichtung, doch abgesehen davon waren militärische Konflikte im eigenen Bereich undenkbar geworden. Der enorm gestiegene Wohlstand hat dazu ebenso sehr beigetragen wie die im vereinigten Europa eingegangenen Verpflichtungen. Die Europäer pflegen nach wie vor ihre nationalen Identitäten, doch hat sich die Konkurrenz auf den wirtschaftlichen Wettbewerb – und auf die Welt des Sports – verlagert. Das verführt viele Europäer zur Annahme, die Lehren zweier Weltkriege müssten im Osten Europas in gleicher Weise wirken. Dort sind jedoch unter der Glasglocke des Kommunismus alte Ressentiments bewahrt worden, die nach dem Wegfall des ideologischen Zwangs wieder hervorgebrochen sind und in der vom Zerfall der Staatswirtschaft hinterlassenen Öde nationalistische Blüten getrieben haben. Wo wenig Aussicht besteht, zu wirtschaftlicher Prosperität zu gelangen, lassen sich die Menschen leichter zu Gewalt und Krieg für ein nationales Anliegen mobilisieren. Bezeichnenderweise sind es im Jugoslawienkonflikt die Bewohner wirtschaftlich rückständiger, von den grossen Zentren entfernter Landgebiete, die, von den Hauptstädten aus ermuntert, ihre politischen Forderungen formuliert und zu ihrer Durchsetzung zu den Waffen gegriffen haben. Es sind die Serben in der Krajina und in den ländlichen Gebieten Bosniens sowie die Serben der östlichen und die Kroaten der westlichen Herzegowina, die in Belgrad und Zagreb auf die Erfüllung ihrer nationalen Ziele, das heisst den Anschluss gedrängt haben und auch die Hauptlast der Kämpfe trugen. Sie fühlen sich als Helden und während sie sich rühmen, für ihr Volk Opfer zu bringen, leben sie eine urtümliche Kampflust aus, der auch der Gedanke an Beute nicht fern liegt.

Während Westeuropa den Krieg als Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln für sich ausschliesst und militanten Nationa-

lismus ablehnt, wird unter den Völkern des ehemaligen Jugoslawien um Territorien gekämpft, nach den Masstäben einer früheren europäischen Epoche, in der Grenzen durch den Ausgang von Kriegen bestimmt wurden. Konfrontiert mit dem Dilemma, dass es selber zum Krieg greifen müsste, um die eigene, friedliche Ordnung in seinem östlichen Vorfeld durchzusetzen, hat Westeuropa im wesentlichen den Dingen ihren Lauf gelassen. Man muss annehmen, dass dies auch in Zukunft so sein wird. Was Europa für den Frieden tun kann, muss in längeren Zeitmasstäben gesehen werden und ist wenig heroisch. Die Europäische Union ist im Begriff, ihre Zone des Friedens und der Prosperität langsam auf den ganzen Kontinent auszuweiten. Ihre Anziehungskraft ist dabei gross. Je näher die Chance einer Mitgliedschaft rückt, wird die Bereitschaft zum Wohlverhalten wachsen. Der französischen Idee, die Aufnahme in die Europäische Union strikt von der vorherigen Regelung aller Grenz- und Minderheitenfragen abhängig zu machen und im Hinblick darauf Verhandlungsprozesse zu unterstützen, kann grosse Bedeutung zukommen. Eine sich wie ein Ölfleck ausbreitende Union vermag vielleicht dank ihrer Wirtschaftskraft eines Tages die nationalen Gegensätze Osteuropas zu entschärfen.

Für den gegenwärtigen Krieg ist dies aber keine Lösung. Einstweilen scheint es richtig, dass Europa sich bereitgefunden hat, seine Machtlosigkeit einzugestehen und die Initiative zu einer Teilung von Bosnien-Herzegowina nach einer Kommissformel zu ergreifen. Nachdem Amerika, Russland und die Vereinten Nationen den Vorschlag übernommen haben, käme es jetzt darauf an, an dieser Zielsetzung geschlossen festzuhalten und sich nicht von Aufwallungen eines schlechten Gewissens beirren zu lassen, wenn der Ruf nach «gerechten» Lösungen erhoben wird. Wer jetzt noch den Eindruck erweckt, den Unterlegenen werde durch militärische Intervention oder durch Aufhebung des Waffenembargos geholfen werden, läuft Gefahr, den

Krieg und die Agonie der bosnischen Städte in die Länge zu ziehen. Nur beharrliches Verhandeln mit gleichmässigem Druck auf alle Streitparteien kann in absehbarer Zeit Aussicht auf ein Ende der Kämpfe und auf einen Frieden bringen, der die Voraussetzung ist für eine Verbesserung der Lage der Menschen, auch wenn vielen der Rückweg in die Heimat verwehrt bleiben sollte. Auch ein noch so konsequentes Bemühen kann allerdings fehlgeschlagen. Wenn die eine oder andere Kriegspartei überzeugt sein sollte, dass sie noch Gewinne zu machen vermag, ist eine weitere Kriegsrunde nicht auszuschliessen, könnte es auch in Kroatien wieder zu Kämpfen kommen. Die Aussenwelt müsste sich aber jedenfalls nicht den Vorwurf machen, durch zwiespältige Signale eine Friedenschance verspielt zu haben.

Zeittafel

- 924 Tomislav wird König von Kroatien
- 1102 Kroatien wird mit Ungarn vereinigt
- 1222 König Stefan Nemanja von Serbien von seinem Bruder, Erzbischof Sava, nach östlichem Ritus erneut gekrönt
- 1346 Stefan Dušan erklärt sich zum Kaiser der Serben, Griechen, Bulgaren und Albaner und errichtet ein serbisches Patriarchat in Peć
- 1389 Niederlage der Serben unter König Lazar auf dem Amselfeld (Kosovo Polje). Serbien unter türkischer Oberhoheit
- 1453 Fall von Konstantinopel. Ende des tausendjährigen Osrömischen Reichs
- 1459 Serbien zur Gänze unterworfen und Teil des Osmanischen Reichs
- 1463 Bosnien von den Türken erobert
- 1483 Herzegowina wird türkisch
- 1526 Niederlage und Tod König Ludwigs von Ungarn durch die Türken in der Schlacht von Mohacs. Wahl Ferdinands von Habsburg durch einen Teil des ungarischen Adels
- 1529 Erfolglose Belagerung von Wien durch die Türken
- 1571 Niederlage der türkischen Flotte gegen die Spanier und Venezianer bei Lepanto

- 1683 Zweite Belagerung von Wien. Beginn des türkischen Rückzugs
- 1699 Friede von Karlowitz. Österreich erhält Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien, Venedig den grössten Teil Dalmatiens
- 1716 Eroberung von Belgrad durch Prinz Eugen von Savoyen
- 1718 Friede von Passarowitz. Belgrad und Nordserbien unter Österreich bis 1739
- 1789 Belgrad erneut österreichisch, 1791 wieder aufgegeben
- 1804 Serbischer Aufstand unter Karadjordje, 1813 unterdrückt
- 1815 Erneuter serbischer Aufstand unter Miloš Obrenović
- 1817 Miloš durch den Sultan als Fürst von Serbien anerkannt
- 1821 Beginn des griechischen Unabhängigkeitskriegs
- 1830 Der Sultan anerkennt die Autonomie Serbiens, Miloš wird erblicher Monarch, Aufhebung der religiösen Einschränkungen, die türkischen Grossgrundbesitzer müssen ihren Besitz verkaufen, türkische Garnisonen bleiben
- 1835 Miloš zum Erlass einer Verfassung mit einem Ältestenrat und einer Volksversammlung gezwungen
- 1838 Unter türkischem und russischem Druck wird die serbische Verfassung aufgehoben, Abdankung Miloš
- 1842 Alexander Karadjordjević vom Parlament zum Erbfürsten von Serbien gewählt
- 1848 Märzrevolution in Wien. Kossuth verlangt Selbstregierung für Ungarn. Flucht des Kaisers aus Wien. Der kroatische Landtag fordert Unabhängigkeit von Ungarn. Ban

- Jelačić führt ein Heer gegen Ungarn, später gegen das revolutionäre Wien.
- 1849 Die ungarische Republik in Debreczen ausgerufen, von einer russischen Armee blutig unterdrückt. Unter dem Bach-System wird das Reich zentral von Wien aus regiert, Ungarn in Administrativbezirke aufgeteilt, Deutsch als Verwaltungssprache eingeführt.
- 1858 Fürst Alexander Karadjordjević zur Abdankung gezwungen. Rückkehr der Obrenović
- 1867 Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn auf Kosten der übrigen Provinzen. Kroatien bleibt Ungarn unterstellt. Freie Bahn für Germanisierung und Magyarisierung. Verbindung der beiden Reichsteile in einer Personalunion mit gemeinsamen Ministerien für Auswärtiges, Krieg und Finanzen
- 1876 Aufstand gegen die Türken in Bosnien und Herzegowina. Kriegserklärung Serbiens und rasche Niederlage
- 1878 Berliner Kongress. Serbien wird unabhängig, aber Österreich erhält das Recht, Bosnien und Herzegowina militärisch zu besetzen
- 1881 Aufhebung der Militärverwaltung in der kroatischen Grenzregion
- 1882 Serbien wird Königreich
- 1902 Erfolgloser Aufstand mazedonischer Nationalisten gegen die türkische Herrschaft
- 1903 Ermordung des serbischen Königspaares durch antiösterreichische Verschwörer. Wahl von Peter Karadjordjević zum König

- 1908 Annexion Bosniens durch Österreich. Serbien droht mit Krieg, muss zurückweichen
- 1912 Erster Balkankrieg. Serbien, Bulgarien und Griechenland gegen die Türkei. Serbien erhält Kosovo, aber Österreich verhindert den Griff nach Nordalbanien
- 1913 Zweiter Balkankrieg. In einem gemeinsam mit Griechenland gegen Bulgarien geführten Krieg erhält Serbien den Nordteil Mazedoniens
- 1914 Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo. Ultimatum und Kriegserklärung Wiens. Das Eingreifen Russlands, dann Deutschlands, löst den Ersten Weltkrieg aus
- 1915 Niederlage und Besetzung Serbiens. Flucht der Regierung nach Korfu. Gespräche mit Exilpolitikern aus Kroatien und Slowenien
- 1918 Niederlage und Rückzug der Mittelmächte. Rückkehr der Regierung nach Belgrad. Ein Nationalrat in Zagreb beschließt die Vereinigung mit Serbien. Proklamierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen durch Prinzregent Alexander in Belgrad
- 1920 Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung.
- 1921 Verabschiedung der zentralistischen Veitstags-Verfassung. Proteste in Zagreb
- 1928 Schüsse auf Oppositionsabgeordnete im Parlament. Tod des kroatischen Bauernführers Stjepan Radić
- 1929 Ausrufung der Königsdiktatur durch Alexander I. Jugoslawien wird Staatsname

- 1934 Ermordung Alexanders in Marseille durch kroatische und mazedonische Extremisten
- 1939 Abkommen über eine Autonomie für Kroatien
- 1941 Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt. Offiziersputsch in Belgrad. Hitler befiehlt die Zerschlagung und Aufteilung Jugoslawiens. Gründung des Unabhängigen Staates Kroatien unter Ante Pavelić. Beginn des Partisanenkriegs der Kommunisten unter Tito und der serbischen Tschetniks unter Mihailović
- 1943 Bildung einer provisorischen Regierung durch den Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung im bosnischen Jajce
- 1945 Ausrufung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien
- 1948 Konflikt mit Stalin. Ausschluss Jugoslawiens aus dem Kominform
- 1949 Titoisten-Prozesse in Budapest und Sofia. Bruch Moskaus mit Belgrad. Amerika warnt vor Angriff auf Jugoslawien
- 1950 Einführung der «Arbeiterselbstverwaltung». Offene Kritik am Sowjetkommunismus
- 1953 Tod Stalins.
- 1955 Verurteilung von Milovan Djilas wegen Kritik an der Partei. Im Gefängnis schreibt er seine Abrechnung mit der «Neuen Klasse». Bulganin und Chruschtschew anerkennen in der Belgrader Erklärung die Grundsätze der Koexistenz unter Staaten ungeachtet ideologischer Differenzen
- 1956 Abrechnung Chruschtschews mit Stalin auf dem 20. Par-

- teikongress in Moskau. Unterdrückung des ungarischen Aufstands durch die Sowjetarmee
- 1961 Streit um Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeiterräte in der Partei. Erste Konferenz der Blockfreien Staaten in Belgrad
- 1966 Die Absetzung von Alexander Ranković signalisiert, dass es keine Rückkehr zu einer zentralistischen Staatswirtschaft geben wird. Liberalisierung in Kosovo
- 1968 Jugoslawien distanziert sich von der Intervention des Warschaupakts gegen die Reformbewegung in der Tschechoslowakei
- 1971 Nationalistische Welle in Kroatien durch Titos Eingreifen beendet
- 1974 In einer neuen Verfassung erhalten die Republiken weitgehende Kompetenzen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet
- 1980 Tod des Staatspräsidenten auf Lebenszeit, Josip Broz Tito
- 1981 Unruhen in Kosovo
- 1983 Prozess gegen «muslimische Fundamentalisten» in Sarajevo
- 1986 Die Serbische Akademie der Wissenschaften und Künste befasst sich mit einer Denkschrift über die Benachteiligung Serbiens unter Tito, deren unautorisierte Verbreitung grosse Aufregung auslöst
- 1987 Slobodan Milošević wird Parteicheef des Bundes der Kommunisten Serbiens

- 1989 Aufhebung der Provinzautonomie von Kosovo und Vojvodina. Serbische Massendemonstration zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld
- 1990 Zerfall des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens nach dem Auszug der slowenischen Delegation vom Parteikongress. Gründung nichtkommunistischer Parteien in den Republiken. Freie Wahlen in Kroatien, Slowenien, Mazedonien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Serbien. In einem Referendum spricht sich die slowenische Bevölkerung im Dezember für die Unabhängigkeit aus
- 1991 Gestützt auf ein Referendum vom 19. Mai erklärt sich Kroatien am 25. Juni, gleichzeitig mit Slowenien, für unabhängig

Literaturverzeichnis

- Edgar Hösch, Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart.
München 1993
- Barbara Jelavich, History of the Balkans, Cambridge 1983
- Holm Sundhaussen, Geschichte Jugoslawiens, Stuttgart 1982
- Stephen Clissold (ed.), A Short History of Yugoslavia. From early times to 1966,
Cambridge 1968
- Michael Boro Petrovich, A History of Modern Serbia, New York 1976
- Radovan Samardzic, Sima M. Cirkovic, Olga Zirojevic, Radmila Trickovic Dusan
T. Batakovic, Veselin Djuretic, Kosta Cavoski, Atanasije Jevtic,
Kosovo und Metochien in der serbischen Geschichte, Lausanne 1989
- David MacKenzie, Ilja Garasanin: Balkan Bismarck, Boulder 1985
- Stephen Gazi, A History of Croatia, New York 1973
- Robert William Seton-Watson, The Southern Slav Question and the Habsburg
Monarchy, New York 1969
- Ladislaus Hory und Martin Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945.
Stuttgart 1964
- Smail Balic, Das unbekannte Bosnien. Europas Brücke zur islamischen Welt.
Köln 1992
- Kemal Karpat, An Inquiry into the Social Foundations of Nationalism in the
Ottoman State. From Social Estates to Classes, from Millets to Nations.
Princeton 1973
- Srecko M. Dzaja, Konfessionalität und Nationalität Bosniens und der
Herzegowina 1463–1804, München 1984
- Ivo Andric, The Development of Spiritual Life in Bosnia under the Influence of
Turkish Rule, Durham 1990
- Ivo Andric, Die Brücke über die Drina, München 1962
- Ivo Andric, Wesire und Konsuln, München 1961
- Holm Sundhaussen, Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum
Staatszerfall, Mannheim 1993
- Paul Shoup, Communism and the Yugoslav National Question, London 1968
- Alex N. Dragnich, The First Yugoslavia: Search for a Viable Political System,
Stanford 1983

- Kosta Stevan Pavlovic, *The Improbable Survivor 1918–1988*, London 1988
Aleksa Djilas, *The Contested Country*, Cambridge 1991
Laslo Sekelj, *Yugoslavia: The Process of Disintegration*, Boulder 1993
Dennison Rusinow, *The Yugoslav Experiment 1948–1974*, London 1977
Jens Reuter, *Die Albaner in Jugoslawien*, München 1982
Alexandre Popovic, *Les musulmans yougoslaves 1945–1989*, Lausanne 1990
Melita H. Sunjic, *Woher der Hass? Kroaten und Slowenen kämpfen um Selbstbestimmung*, Wien 1992
Misha Glenny, *Jugoslawien: Der Krieg, der nach Europa kam*, München 1993
Johannes Grotzky, *Balkankrieg: Der Zerfall Jugoslawiens und die Folgen für Europa*, München 1993
Detlef Kleinert, *Inside Balkan: Opfer und Täter*, Wien 1993
Michael W. Weithmann, *Krisenherd Balkan: Ursprünge und Hintergründe des aktuellen Konflikts*, München 1992
Michael W. Weithmann (Hg.), *Der ruhelose Balkan, Die Konfliktregionen Südosteuropas*, München 1993
Roy Gutman, *Augenzeuge des Völkermords: Reportagen aus Bosnien*, Göttingen 1994
Mirko Grmek, Marc Gjidara, Neven Simac, *Le nettoyage ethnique: Documents historiques sur une idéologie serbe*, Paris 1993

Bildnachweis:

Karten 1, 2, 3 aus: Holger Sundhaussen, *Geschichte Jugoslawiens, 1918–1980*
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 1982, mit freundlicher Genehmigung
Karten 4, 5: UNHCR/NZZ
Umschlagbild: Ringier

Der jugoslawische Bruderstreit: Geschichte, Hintergründe, Motive

Krieg in Europa, der erste seit 1945 – die blutige Auseinandersetzung zwischen Serben, Kroaten und bosnischen Muslimen hält die Welt in Atem. Aber kaum jemand überblickt den Konflikt. Hier setzt Christian Kinds Buch an. Seine fundierte Darstellung liefert die inmitten der verwirrenden Vielfalt der täglichen Berichterstattung unentbehrliche Hintergrundinformation. Der Autor beschreibt zunächst die drei Nationalismen, die heute einander bekämpfen, und verweist auf deren Verwurzelung in den unterschiedlichen Religionen: Katholizismus, Orthodoxie und Islam haben die wahren inneren Grenzen der Südslawen geschaffen, und entlang dieser Trennlinien haben auch die Imperien des Sultans, des Zaren und des Kaisers in Wien und später die Mächte des 20. Jahrhunderts ihre eigene Politik verfolgt. Kind schildert sodann das Schicksal des nach dem Ersten Weltkrieg künstlich zusammengefügten jugoslawischen Staates in der Schlüsselperiode des Zweiten Weltkrieges. Die damaligen mörderischen Auseinandersetzungen zwischen Serben, Kroaten und Muslimen wirken heute noch nach. In einem dritten Teil beschreibt Kind die unter der Decke der kommunistischen Staatsideologie weiterschwellenden Konflikte in Titos Jugoslawien, dessen Auflösungsprozess in den heutigen Krieg aller gegen alle mündete.

Christian Kind, Jahrgang 1927, promovierte 1951 nach Studien in Zürich, Italien und den USA. 1954 trat er in die Auslandredaktion der NZZ ein, war deren Korrespondent für Österreich und Osteuropa, für Indien, London und Bonn, bevor er Leiter der Auslandredaktion wurde. Kind lebt seit 1992 im Ruhestand in Uhwiesen bei Schaffhausen.